

Monatsbericht des BMF November 2009





Monatsbericht des BMF November 2009

Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2009	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2009	
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	
Analysen und Berichte	39
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2009	
Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009	
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2009	
Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2008	
Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure	72
Statistiken und Dokumentationen	76
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	77
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	110

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich, Ihnen heute die hundertste Ausgabe des Monatsberichts des BMF zu präsentieren. Als ich im Jahre 1983 meinen Dienst als Referent in der Grundsatzabteilung des BMF antrat, waren derart aktuelle und umfassende Informationen aus den Bereichen der Finanz- und Wirtschaftspolitik allenfalls aus verstreuten Quellen in Erfahrung zu bringen. Mit dem seit August 2001 erscheinenden Monatsbericht ist hier nicht nur ein Kompendium zur aktuellen Finanzlage und -politik entstanden; seit Beginn des Jahres bietet der Monatsbericht digital im Internet auch eine verbesserte Nutzung und Verwertbarkeit der veröffentlichten Daten und Analysen.

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise ist ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für den finanzpolitischen Kurs der Bundesregierung in diesem und in den kommenden Jahren. Der massive Konjunktureinbruch hat erhebliche Kosten für den Staat zur Folge, die die Konsolidierungserfolge der vergangenen Jahre in allen öffentlichen Haushalten zunichte gemacht haben.

Erste Anzeichen der Krise machten sich bei den Steuereinnahmen bereits im Jahr 2008 bemerkbar. Hierauf weist auch die Statistik über die Steuerrückstände 2008 hin. Die Rückstände der besonders konjunkturreagiblen Körperschaftsteuer wiesen einen erheblichen Anstieg gegenüber dem Vorjahr auf. Allerdings war die Entwicklung der Rückstände insgesamt im vergangenen Jahr sehr positiv. Zum Jahresende 2008 ergab sich eine historisch niedrige Rückstandsquote von 3,72 %.

Die Ergebnisse der jüngsten Steuerschätzung vom 3. bis 5. November zeigen, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise besonders in diesem und im nächsten Jahr sehr deutliche Spuren in den öffentlichen Haushalten



hinterlassen wird. Im Zuge der scharfen Rezession sowie der zu ihrer Überwindung ergriffenen Stimulierungsmaßnahmen kommt es in den Jahren 2009 und 2010 zu einem drastischen Rückgang des Steueraufkommens gegenüber dem Jahr 2008. Bezogen auf das Jahr 2008 betragen die Steuerausfälle des Bundes im Jahr 2009 rd. 12 Mrd. € und im Jahr 2010 rd. 24 Mrd. €. Verglichen mit der jüngsten Steuerschätzung vom Mai 2009 werden die Steuereinnahmen insgesamt im Jahr 2009 voraussichtlich um 3,0 Mrd. € niedriger ausfallen. Dies ist wesentlich auf steuerliche Maßnahmen mit Wirkung für 2009 zurückzuführen, die erst nach der Mai-Steuerschätzung beschlossen wurden. Im Jahr 2010 wird das gesamte Steueraufkommen voraussichtlich etwas über dem Schätzergebnis vom Mai 2009 liegen. Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" hat seinen Schätzansatz für 2010 um 1,1 Mrd. € angehoben.

Dieses gemessen an der Schwere der Krise noch "erfreuliche" Ergebnis für 2010 ist auf die sich allmählich entspannende wirtschaftliche Lage zurück zu führen. In der Herbstprojektion der Bundesregierung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung, welche der Steuerschätzung zu Grunde lag, wurden die Wachstumsannahmen gegenüber dem Frühjahr 2009 nach oben korrigiert. Die erkennbare Stabilisierung ist neben der Verbesserung des außenwirtschaftlichen Umfeldes auch darauf zurückzuführen, dass die Bundesregierung mit den

□ Editorial

Konjunkturpaketen gezielt konjunkturelle Impulse gesetzt hatte.

Die sich abzeichnende wirtschaftliche Erholung hilft, die öffentlichen Haushalte wieder zu stabilisieren. Der Arbeitsmarkt hat sich - entgegen den Erwartungen - als deutlich robuster erwiesen, so dass ein starker Anstieg der Arbeitsmarktausgaben bisher ausblieb. Zudem sind die Ausgaben des Bundes für die Grundsicherung für Arbeitsuchende bisher nur verhältnismäßig gering gestiegen. Im Ergebnis überschreitet der Finanzierungssaldo des Bundes zum Ende des dritten Quartals 2009 mit 30,6 Mrd. € zwar deutlich den vergleichbaren Vorjahreswert, bleibt aber gleichzeitig unter der geplanten Neuverschuldung für das Jahr 2009. Sollte sich diese Entwicklung weiter fortsetzen, könnte die mit dem 2. Nachtragshaushalt 2009 beschlossene Nettokreditaufnahme von 49.1 Mrd. € im Haushaltsabschluss deutlich unterschritten werden.

Vorrangiges Ziel der Bundesregierung ist es jetzt zunächst, den wirtschaftlichen Einbruch zu überwinden und möglichst rasch zu einem stabilen und lang anhaltenden Aufschwung zurückzukehren. Nicht zuletzt mittels einer wachstumsorientierten Steuerpolitik werden wir schnell und effektiv Wachstumshemmnisse beseitigen und durch gezielte Maßnahmen den Weg zu einer sich selbst verstärkenden Belebung ebnen. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz und dem Bürgerentlastungsgesetz wird die steuerliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger ab dem Jahr 2010 fühlbar gesenkt, es werden deutliche Impulse für eine positive wirtschaftliche Entwicklung gesetzt.

Eine solche Wachstumspolitik steht keinesfalls im Widerspruch zu einer konsequenten Konsolidierungspolitik. Mit der endgültigen Überwindung der Krise wird die Haushaltspolitik des Bundes wieder auf einen strikten Konsolidierungskurs zurückkehren. Dies gilt insbesondere auch vor dem Hintergrund der neuen, im Grundgesetz verankerten Schuldenregel, die in den kommenden Jahren die Rückführung der strukturellen Verschuldung erfordert.

Die Konsolidierungsverpflichtungen aufgrund unserer nationalen Regeln stehen im Einklang mit den Vereinbarungen zu fiskalpolitischen "Exit-Strategien", die sowohl in der EU als auch in G20-Rahmen getroffen wurden. So haben sich die EU-Finanzminister darauf verständigt, dass ab 2011 mit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte begonnen werden muss. Ab 2013 muss Deutschland entsprechend den Vorgaben des Europäischen Stabilitätsund Wachstumspaktes wieder eine gesamtstaatliche Defizitquote von unter 3% des BIP erreichen.

Auch beim jüngsten Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure im schottischen St. Andrews waren die Ausstiegsstrategien aus der extrem expansiven Fiskal- und Geldpolitik ein zentrales Thema. Darüber hinaus wurde hier die Einrichtung eines "G20-Rahmenwerkes für starkes, ausgeglichenes und nachhaltiges Wachstum" vereinbart, welches ein Monitoring der Umsetzung entsprechender Strategien durch die einzelnen G20-Länder sowie eine internationale Koordinierung der wirtschaftspolitischen Ziele und Konzepte erleichtern soll.

Dr. Walther Otremba Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

(Dalther Benk

Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2009	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2009	29
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	33
Termine. Publikationen	37

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Finanzwirtschaftliche Lage

Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich bis einschließlich Oktober auf 244,0 Mrd. € und lagen damit um 4,3 Mrd. € (+1,8 %) über denen des Vorjahreszeitraums. Bereinigt um die ab 2009 geänderte Zahlungsmodalität bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung lag die Veränderung der Ausgaben jedoch bei + 3,5 %, damit

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2009 ¹	lst - Entwicklung ² Januar bis Oktober 2009
Ausgaben (Mrd. €)	303,3	244,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	7,4	1,8
Einnahmen (Mrd. €)	253,8	204,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-6,2	-2,7
Steuereinnahmen (Mrd. €)	224,1	179,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-6,3	-4,0
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-49,5	-39,1
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)		-14,7
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	-0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-49,1	-24,3

¹ Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos 303 307 253 828 Soll 2009 0 -49 479 243 983 204784 Januar bis Oktober 2009 49 -39 150 239714 210504 Januar bis Oktober 2008 -29 171 -50 000 50 000 100 000 150 000 200 000 250 000 300 000 350 000 in Mio. € ■ Durchlaufende Mittel Ausgaben ■ Einnahmen **■**Finanzierungssaldo Stand Soll: 2. Nachtragshaushalt 2009. Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

² Buchungsergebnisse.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist	Soll	Ist - Entv	vicklung	Ist - Entv	wicklung	
	2008	2009 ¹	Januar bis Ol	ktober 2009	Januar bis O	ktober 2008	Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	ggu. vorjani m //
Allgemeine Dienste	50 394	53 595	42 706	17,5	40 577	16,9	5,2
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4993	5717	4 689	1,9	4298	1,8	9,1
Verteidigung	29 999	31 019	25 471	10,4	24 148	10,1	5,5
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 103	6357	5 197	2,1	4844	2,0	7,3
Finanzverwaltung	3 307	3 783	2 933	1,2	2 555	1,1	14,8
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	13 437	14 606	11 255	4,6	10 187	4,2	10,5
BAföG	1 193	1 433	1 138	0,5	1 036	0,4	9,8
Forschung und Entwicklung	7 709	8 761	6 100	2,5	5 441	2,3	12,1
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	140 439	152 691	125 327	51,4	121 789	50,8	2,9
Sozialversicherung	75 539	76 302	68 816	28,2	68 121	28,4	1,0
Arbeitslosenversicherung	7 583	7 777	2 360	1,0	6320	2,6	-62,7
Grundsicherung für Arbeitssuchende	34776	37810	29 678	12,2	28 758	12,0	3,2
darunter: Arbeitslosengeld II	21 624	23 500	18 761	7,7	18 291	7,6	2,6
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 889	3 700	2 924	1,2	3 254	1,4	-10,1
Wohngeld	772	591	660	0,3	714	0,3	-7,6
Erziehungsgeld/Elterngeld	4769	4 4 2 4	3 783	1,6	4113	1,7	-8,0
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 2 6 9	2 083	1 851	0,8	2 035	0,8	-9,0
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 058	1 274	826	0,3	711	0,3	16,2
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 607	1 857	1 241	0,5	1 168	0,5	6,3
Wohnungswesen	1 062	1 2 1 0	986	0,4	890	0,4	10,8
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe. Dienstleistungen	5 778	7 426	4 096	1,7	4 376	1,8	-6,4
Regionale Förderungsmaßnahmen	945	738	500	0,2	599	0,2	-16,5
Kohlenbergbau	1816	1 465	1 375	0,6	1816	0,8	-24,3
Gewährleistungen	684	2 400	418	0,2	464	0,2	-9,9
Verkehrs und Nachrichtenwesen	11 231	12 894	9 267	3,8	8 647	3,6	7,2
Straßen (ohne GVFG)	6 0 4 5	6787	4796	2,0	4364	1,8	9,9
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 991	15 965	12 602	5,2	12 760	5,3	-1,2
Bundeseisenbahnvermögen	4326	5 506	4 2 7 5	1,8	3 175	1,3	34,6
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 864	4074	3 095	1,3	2 3 1 0	1,0	34,0
Allgemeine Finanzwirtschaft	41 374	43 000	36 662	15,0	39 499	16,5	-7,2
Zinsausgaben	40 171	41 431	35 553	14,6	38 433	16,0	-7,5
Ausgaben zusammen	282 308	303 307	243 983	100,0	239 714	100,0	1,8

¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

aber weiterhin deutlich unter der mit dem 2. Nachtragshaushalt unterstellten Steigerungsrate für das Gesamtjahr von +7,4%. Im Vergleich mit dem Zeitraum von Januar bis Oktober ist diese moderate Ausgabenentwicklung vor allem auf gesunkene Zinsausgaben (-3,0 Mrd. €) zurückzuführen.

Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes lagen mit 204,8 Mrd. € um 5,7 Mrd. € unter dem Voriahresergebnis. Die Steuereinnahmen gingen im Vorjahresvergleich um - 4,0 % zurück und beliefen sich auf 179.7 Mrd. €.

Damit fiel der Rückgang der Veränderungsrate im Vergleich zu der mit der Veranschlagung unterstellten Veränderungsrate von -6,3% noch relativ günstig aus, wobei sich der aktuelle Wert im November infolge der für das 4. Quartal anstehenden Kompensationszahlung des Bundes zum Ausgleich der bei den Ländern weggefallenen Kfz-Steuereinnahmen verschlechtern dürfte. Nach dem Ergebnis der Steuerschätzung vom 5. November 2009 sind für den Bund für das laufende Jahr Steuermehreinnahmen gegenüber dem Soll in Höhe von knapp 3 Mrd. € zu erwarten. Dies entspricht einer Veränderung gegenüber dem Jahres-Ist 2008 von – 5,1%. Dabei ergibt sich mehr als die

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereiche/Hauptfunktionen Januar bis Oktober 2009 Allgemeine Dienste 79,7% 77,1% Bildungswesen, Wissenschaft Soziale Sicherung 82,1% Gesundheit und Sport 64,8% Wohnungswesen 66.8% Ernährung, Landwirtschaft etc. 55,2% Verkehrs-und Nachrichtenwesen 71,9%

78,9%

20000

■ Soll 2009

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Wirtschaftsunternehmen

Allgemeine Finanzwirtschaft

Stand Soll: 2. Nachtragshaushalt 2009.

85,3%

Ist bis Oktober 2009

60 000

80000

%=% des jeweiligen Solls

100 000 120 000

140 000

160 000 in Mio. €

40 000

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

Hälfte der Verbesserung aus geringeren EU-Abführungen. Die Verwaltungseinnahmen lagen um + 7,8% über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums.

Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo beläuft sich bis einschließlich Oktober auf −39,1 Mrd. €. Bei der Bewertung des Betrages ist zu beachten, dass die monatliche Entwicklung von Einnahmen

Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist	Soll	Ist - Entv	vicklung	Ist - Entv	vicklung	Veränderung
	2008	2009 ¹	Januar bis Ol	ktober 2009	Januar bis Ol	ctober 2008	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Konsumtive Ausgaben	257 992	270 639	224 267	91,9	222 044	92,6	1,0
Personalausgaben	27 012	27 791	23 842	9,8	22 753	9,5	4,8
Aktivbezüge	20 298	20 959	17710	7,3	16903	7,1	4,8
Versorgung	6714	6832	6132	2,5	5 851	2,4	4,8
Laufender Sachaufwand	19 742	21 129	15 919	6,5	14 649	6,1	8,7
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 421	1 451	1 089	0,4	1 041	0,4	4,6
Militärische Beschaffungen	9 622	10 360	7 542	3,1	7 040	2,9	7,1
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9318	7 287	3,0	6 5 6 8	2,7	10,9
Zinsausgaben	40 171	41 431	35 553	14,6	38 433	16,0	-7,5
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	179 871	148 557	60,9	143 603	59,9	3,4
an Verwaltungen	12930	15 055	11 841	4,9	10346	4,3	14,5
an andere Bereiche	155 494	164816	137 450	56,3	133 332	55,6	3,1
darunter:							
Unternehmen	22 440	23 930	18 461	7,6	17370	7,2	6,3
Renten, Unterstützungen u.a.	29 120	30 881	25 081	10,3	24831	10,4	1,0
Sozialversicherungen	99 123	104 653	89 885	36,8	87 260	36,4	3,0
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	417	396	0,2	2 605	1,1	-84,8
Investive Ausgaben	24 316	32 802	19 716	8,1	17 671	7,4	11,6
Finanzierungshilfen	17 117	24 153	13 883	5,7	12 506	5,2	11,0
Zuweisungen und Zuschüsse	14018	14961	11 073	4,5	9 9 7 5	4,2	11,0
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 395	8 257	1 891	0,8	1 866	0,8	1,3
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	935	919	0,4	666	0,3	38,0
Sachinvestitionen	7 199	8 649	5 833	2,4	5 165	2,2	12,9
Baumaßnahmen	5 777	7 061	4721	1,9	4220	1,8	11,9
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 055	685	0,3	585	0,2	17,1
Grunderwerb	504	533	426	0,2	359	0,1	18,7
Globalansätze	0	- 134	0		0		
Ausgaben insgesamt	282 308	303 307	243 983	100,0	239 714	100,0	1,8

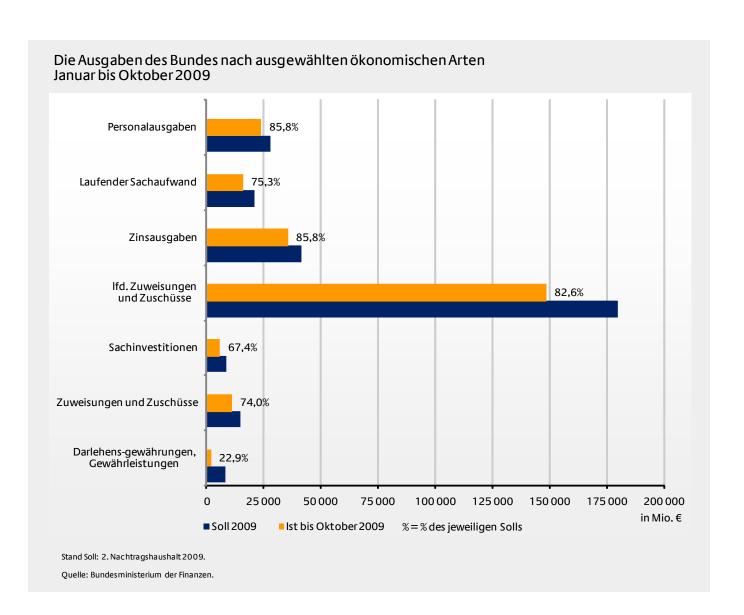
¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

und Ausgaben nicht gleichmäßig verläuft. Auf Basis der sich abzeichnenden Minderausgaben und der aktuellen Steuerschätzung besteht jedoch weiterhin die Erwartung, dass die geplante, mit dem 2. Nachtragshaushalt auf 49,1 Mrd. € erhöhte Nettokreditaufnahme deutlich unterschritten werden kann.

Sondervermögen ITF

Ein wesentlicher Bestandteil des im Februar des Jahres beschlossenen Konjunkturpakets II ist der "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF). Der Bund hat mit diesem Sondervermögen außerhalb des Bundeshaushalts bis 2011 insgesamt 20,4 Mrd. € für eine zusätzliche Investitionsförderung bereitgestellt. Bis einschließlich Ende Oktober waren von diesen Mitteln 3,9 Mrd. € abgeflossen. Allein 3,1 Mrd. € wurden davon im Rahmen des Programms zur Stärkung der Pkw-Nachfrage ausgezahlt.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

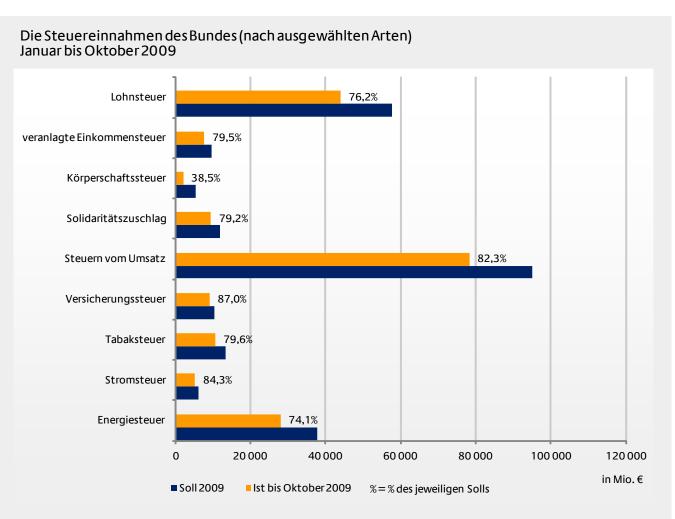
Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll	Ist - Entv	vicklung	Ist - Entv	vicklung	Veränderung
	2008	2009 ¹	Januar bis Ol	ctober 2009	Januar bis Ol	ctober 2008	ggü. Vorjahr in
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	%
I. Steuern	239 231	224 068	179 728	87,8	187 264	89,0	-4,0
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	193 532	180 772	143 936	70,3	153 731	73,0	-6,4
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge) ² davon:	96379	85 573	64949	31,7	74 148	35,2	-12,4
Lohnsteuer	60310	57 800	44 015	21,5	46310	22,0	-5,0
veranlagte Einkommensteuer	13 899	9711	7 722	3,8	9827	4,7	-21,4
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	8 305	7 270	5 621	2,7	6849	3,3	-17,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ²	5 922	5 337	4798	2,3	5 050	2,4	-5,0
Körperschaftssteuer	7 943	5 455	2 100	1,0	6112	2,9	-65,6
Steuern vom Umsatz	95 806	95 165	78 280	38,2	78 734	37,4	-0,6
Gewerbesteuerumlage	1 348	1 164	707	0,3	849	0,4	-16,7
Energiesteuer	39 248	37 835	28 018	13,7	27 217	12,9	2,9
Tabaksteuer	13 574	13 380	10 651	5,2	10 695	5,1	-0,4
Solidaritätszuschlag	13 146	12 000	9 500	4,6	10 433	5,0	-8,9
Versicherungsteuer	10 478	10 450	9 087	4,4	9 049	4,3	0,4
Stromsteuer	6 2 6 1	6 200	5 2 2 5	2,6	5 130	2,4	1,9
Kraftfahrzeugsteuer	-	3 719	2 540	1,2	-	-	-
Branntweinabgaben	2 129	2 133	1 721	0,8	1 757	0,8	-2,0
Kaffeesteuer	1 008	1 000	807	0,4	809	0,4	-0,2
Ergänzungszuweisungen an Länder	-14 850	-13 784	-10 245	-5,0	-11 093	-5,3	-7,6
BNE-Eigenmittel der EU	-15 340	-16 470	-11 690	-5,7	-12 166	-5,8	-3,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-3 738	-2 260	-1 578	-0,8	-3 118	-1,5	-49,4
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6 675	-6 775	-5 646	-2,8	-5 563	-2,6	1,5
Zuweisung an die Länderfür Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-	-4 571	-2 285	-1,1	-	-	
II. Sonstige Einnahmen	31 246	29 760	25 056	12,2	23 240	11,0	7,8
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 568	4339	4228	2,1	4225	2,0	0,1
Zinseinnahmen	737	911	525	0,3	642	0,3	-18,2
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	8 630	4004	3 669	1,8	4230	2,0	-13,3
Einnahmen zusammen	270 476	253 828	204 784	100,0	210 504	100,0	-2,7

¹ Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

 $^{^2}$ Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Stand Soll: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM SEPTEMBER 2009

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2009

Insgesamt sind die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im Oktober 2009 im Vorjahresvergleich um - 4,5 % und damit weniger stark als in den beiden Vormonaten gesunken (September: - 7,4 %, August: - 9,9 %).

Die Einnahmen aus den gemeinschaftlichen Steuern blieben im Berichtsmonat hinter dem Vorjahresniveau um insgesamt -5,5 % zurück. In den unterschiedlichen Veränderungsraten von Bundessteuern (+10,8 %) und Ländersteuern (-43,9 %) spiegelt sich im Oktober wie in den drei Monaten zuvor die Verlagerung der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer wider.

Bei den Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) brachte der Oktober im Vergleich zum Vorjahr erwartungsgemäß eine klare Verschlechterung der Veränderungsrate mit sich (-10,4%), weil für diesen Monat deutlich höhere EU-Abführungen zu leisten waren.

Die kumulierte Veränderungsrate beläuft sich bei den Steuereinnahmen insgesamt für die Monate Januar bis Oktober 2009 auf - 5,8 % und für den Bund auf - 4,3 %.

Der Rückgang bei den Einnahmen aus der Lohnsteuer ist angesichts der Wirtschaftskrise, die das gesamtwirtschaftliche Produktionsniveau im Vergleich zum Vorjahr deutlich nach unten zieht, sowie angesichts der Anhebung des Kindergeldes, dessen Auszahlung das Steueraukommen drückt, erneut moderat ausgefallen (-3,4%). Das entspricht insgesamt einem Minus von -350 Mio. €.

Bei der veranlagten Einkommensteuer hat sich das kassenmäßige Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr um mehr als - 800 Mio. € verschlechtert. Davon ist ein beträchtlicher Teil auf die Wiedereinführung der Pendlerpauschale und die dadurch erhöhten Arbeitnehmererstattungen zurückzuführen.

Bei der Körperschaftsteuer errechnet sich aktuell dagegen unerwartet eine Verbesserung von + 300 Mio. €. Ursächlich hierfür ist vor allem die Verringerung der Erstattungen für vergangene Veranlagungszeiträume.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag waren mit - 60,9 % erhebliche Mindereinnahmen zu verzeichnen, obwohl die Anhebung des Steuersatzes von 20 % auf 25 % seit Jahresbeginn in die entgegengesetzte Richtung wirkt. Die Ausschüttungen von Dividenden müssen demnach umso mehr nach unten gefahren worden sein. In der kumulierten Betrachtung, die zu einer Glättung monatlicher Schwankungen führt, wird der Rückgang derzeit mit - 17,7 % ausgewiesen.

Im Falle der Abgeltungsteuer war der Rückgang gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres mit mehr als einem Fünftel (-21,9%) ebenfalls deutlich stärker als im bisherigen Jahresdurchschnitt (Januar bis Oktober kumuliert -5,0%). Allerdings lässt die hier vorgenommene Reduzierung des Steuersatzes von 30% auf 25% auch schon für sich genommen eine Aufkommensminderung erwarten.

Nach von Basiseffekten geprägten Schwankungen in den beiden Vormonaten (+5,3% im September gegenüber - 4,5% im August) bewegt sich die Veränderung bei den Steuern vom Umsatz (+2,6%) nun wieder in stabileren Bahnen. Der Rückgang bei der Einfuhrumsatzsteuer lag im Oktober auf genau der gleichen Höhe wie von Januar bis Oktober kumuliert (-23,6%). Er wirkt sich auf die Veränderung der kassenmäßigen Einnahmen aus der Umsatzsteuer aufgrund dadurch verminderter Vorsteuerabzüge positiv aus: Mit

Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr¹

2009	Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2009	Veränderung ggü. Vorjahı
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio € ⁵	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	10312	-3,4	106 918	-4,7	134 500	-5,2
veranlagte Einkommensteuer	-674	Х	18 169	-21,4	26 850	-17,9
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	226	-60,9	11 241	-17,7	12 995	-21,6
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	713	-21,9	10 906	-5,0	12 729	-5,4
Körperschaftsteuer	-1 133	Х	4200	-65,6	6360	-59,9
Steuern vom Umsatz	14391	2,6	145 268	0,5	176 750	0,4
Gewerbesteuerumlage	397	-23,6	1885	-19,0	2 750	-18,2
erhöhte Gewerbesteuerumlage	392	-35,8	1713	-29,4	2 471	-27,8
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	24 624	-5,5	300 300	-6,7	375 405	-6,9
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 300	4,0	28 018	2,9	39 250	0,0
Tabaksteuer	1 227	-0,3	10 651	-0,4	13 580	0,0
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	159	-1,4	1719	-2,1	2 080	-2,2
Versicherungsteuer	490	1,8	9 0 8 7	0,4	10510	0,3
Stromsteuer	514	-1,9	5 2 2 5	1,9	6 3 5 0	1,4
Kraftfahrzeugsteuer (ab 1. Juli 2009) ³	634	Х	2 540	Х	3 642	Х
Solidaritätszuschlag	613	-9,7	9 500	-8,9	11 850	-9,9
übrige Bundessteuern	119	-1,2	1189	-0,4	1 466	-0,2
Bundessteuern insgesamt	7 057	10,8	67 930	3,8	88 728	2,8
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	268	-24,4	3 868	-5,7	4 5 7 8	-4,0
Grunderwerbsteuer	442	4,0	4034	-18,7	4 685	-18,2
Kraftfahrzeugsteuer (bis 30. Juni 2009) ³	0	X	4398	X	4398	-50,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	137	12,0	1 2 7 8	-2,4	1 480	-3,6
Biersteuer	62	3,1	621	-1,3	727	-1,7
Sonstige Ländersteuern	13	-14,6	283	2,3	323	0,8
Ländersteuern insgesamt	922	-43,9	14 482	-23,3	16 191	-26,2
EU-Eigenmittel						
Zölle	305	-20,8	3 0 3 7	-8,2	3 700	-7,6
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	58	-79,0	1 578	-49,4	1 890	-49,4
BSP-Eigenmittel	2 996	74,8	11 690	-3,9	15 170	-1,1
EU-Eigenmittel insgesamt	3 359	41,4	16 304	-12,3	20 760	-10,1
Bund ⁴	13 464	-10,4	179 380	-4,3	226 989	-5,1
Länder ⁴	14 266	-5,1	167 093	-6,7	207 017	-6,7
EU	3 359	41,4	16 304	-12,3	20 760	-10,1
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 819	-9,8	22 971	-6,5	29 258	-6,6
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	32 908	-4,5	385 749	-5,8	484 024	-6,1

¹Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kfz-Steuer dem Bund zu.

⁴ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

 $^{^{5}}$ Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom November 2009.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im September 2009

+13,1% wurde das Vorjahresniveau im Oktober deutlich übertroffen.

Der Anstieg von +10,8 % bei den reinen Bundessteuern geht in erster Linie auf den Wechsel in der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer zurück. Würde man die Effekte dieser institutionellen Veränderung nicht berücksichtigen, hätten sich die Einnahmen aus den reinen Bundessteuern in der Summe kaum verändert (+0,8 %). Den bei der Energiesteuer (+4,0 %) und der Versicherungsteuer (+1,8 %) beobachteten Zuwächsen standen negative Veränderungsraten bei den anderen Einzelsteuern gegenüber. Am stärksten fiel der Rückgang infolge der Verminderung

seiner Bemessungsgrundlagen beim Solidaritätszuschlag aus (- 9,7 %). Im Falle der Stromsteuer (- 1,9 %), der Branntweinsteuer (- 1,4 %) und der Tabaksteuer (- 0,3 %) waren die Rückgänge weniger deutlich ausgeprägt.

Das Aufkommen der reinen Ländersteuern verringerte sich im Oktober 2009 um - 43,9 %. Ohne die Kraftfahrzeugsteuer gerechnet hätte das Minus bei - 5,6 % gelegen. Bestimmend dafür war die schwache Entwicklung der Erbschaftsteuer (- 24,4 %). Mehreinnahmen aus der Grunderwerbsteuer (+ 4,0 %), aus der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 12,0 %) sowie der Biersteuer (+ 3,1%) brachten keinen vollständigen Ausgleich.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Oktober durchschnittlich 3,70 % (September 3,75 %).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe notierte Ende Oktober bei 3,27% (September 3,23%).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – verringerten sich von 0,75 % Ende September auf 0,72 % Ende Oktober.

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 5. November 2009 die seit Mai 2009 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % bzw. 0,25 % belassen.

Der deutsche Aktienindex sank zum 30. Oktober auf 5 415 Punkte (September 5 675 Punkte).

Der Euro Stoxx 50 sank von 2 873 Punkten im September auf 2 744 Punkte im Oktober.

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 sank im September auf 1,8 % nach 2,6 % im August und 3,0 % im Juli. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten von M3 für den Zeitraum von Juli bis September verringerte sich auf 2,5 %, nachdem er im Zeitraum Juni bis



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

August bei 3,1% gelegen hatte (Referenzwert 4,5%).

Die Wachstumsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im September 1,1% (August 1,1%, Juli 1,8%).

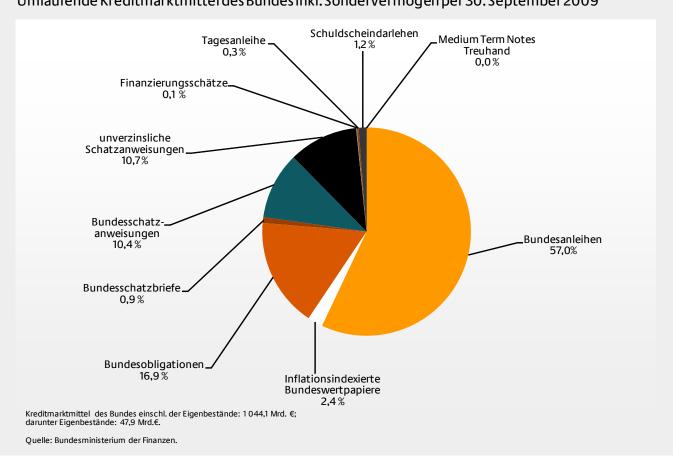
In Deutschland betrug die Wachstumsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen im September 1,76 % (August 1,77%, Juli 3,44%).

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen (Finanzmarktstabilisierungsfonds und Investitions- und Tilgungsfonds) betrug

270,96 Mrd. € bis einschließlich September 2009. Davon wurden 270 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurde am 10. Juni 2009 im Tenderverfahren eine 1,75 %ige Neuemission einer Inflationsindexierten Bundesanleihe (ISIN DE 0001030526, WKN 103052) mit einem Volumen von 3,0 Mrd. € begeben. Weiterhin wurde am 21. September 2009 eine 1,5 %ige Neuemission einer US-Dollar-Anleihe (ISIN DE 0001030120, WKN 103012) über ein Bankenkonsortium begeben. Die Anleihe hat eine Laufzeit von drei Jahren und ein Emissionsvolumen von 4.0 Mrd. US-Dollar (2 735 978 112,18 €). Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsaufbau: 7,92 Mrd. €).

Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 30. September 2009



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						in M	lrd.€						
Anleihen	14,3	-	-	-	-	-	31,5	-	-				45,8
Bundesobligationen	-	-	-	18,0	-	-	-	-	-				18,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	14,0	-	-	13,0				42,0
U-Schätze des Bundes	6,8	6,8	6,9	5,9	5,9	5,9	11,9	12,2	12,0				74,4
Bundesschatzbriefe	0,3	0,0	0,2	0,0	0,0	0,1	0,0	0,2	0,0				1,0
Finanzierungsschätze	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,3				1,5
Tagesanleihe	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2				1,7
Fundierungsschuld- verschreibungen	-	-	-	-		-	-	-	-			•	-
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-		-	-	-	-				-
Entschädigungsfonds	-	-	-	-		-	-	-	-				-
Schuldscheindarlehen	0,0	0,2	0,0	0,2		-	-	-	0,0				0,4
Kredite zur Rekapitalisierung	10,2	2,0	2,0	-	-	0,1	-	-	-				14,3
Sonstige Schulden gesamt	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0				0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	32,1	9,4	24,5	24,4	6,2	20,5	43,9	12,7	25,5				199,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2009 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
						in M	Ird. €						
Gesamte Zinszahlungen und													
Sondervermögen	13,6	0,2	1,2	3,6	0,1	1,9	13,7	0,2	1,3	•		•	35,9
Entschädigungsfonds													

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die im September 2009 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2009".

Für Bund und Sondervermögen belaufen sich bis einschließlich September 2009 die Tilgungen auf rund 199,21 Mrd. € und die Zinszahlungen auf rund 35,88 Mrd. €. Der Bruttokreditbedarf wurde zur Finanzierung des Bundeshaushaltes in Höhe von 207,21 Mrd. €, der Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 60,80 Mrd. € und der Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 2,95 Mrd. € eingesetzt.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2009 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001135382 WKN 113538	Aufstockung	1. Juli 2009	10 Jahre fällig 4. Juli 2019 Zinslaufbeginn 22. Mai 2009 erster Zinstermin 4. Juli 2010	6 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135382 WKN 113538	Aufstockung	12. August 2009	10 Jahre fällig 4. Juli 2019 Zinslaufbeginn 22. Mai 2009 erster Zinstermin 4. Juli 2010	6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137271 WKN 113727	Neuemission	9. September 2009	2 Jahre fällig 16. September 2011 Zinslaufbeginn 11. September 2009 erster Zinstermin 16. September 2010	7 Mrd.€
USD-Anleihe ISIN DE0001030120 WKN 103012	Neuemission	14. September 2009	3 Jahre fällig 21. September 2012	2,736 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135382 WKN 113538	Aufstockung	16. September 2009	10 Jahre fällig 4. Juli 2019 Zinslaufbeginn 22. Mai 2009 erster Zinstermin 4. Juli 2010	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141554 WKN 114155	Neuemission	23. September 2009	5 Jahre fällig 10. Oktober 2014 Zinslaufbeginn 25. September 2009 erster Zinstermin 10. Oktober 2010	7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137271 WKN 113727	Aufstockung	30. September 2009	2 Jahre fällig 16. September 2011 Zinslaufbeginn 11. September 2009 erster Zinstermin 16. September 2010	5 Mrd. €
			3. Quartal 2009 insgesamt	38,736 Mrd. €

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2009 Geldmarktinstrumente

Emission	ion Art der Begebung Tendertermin		Laufzeit	Volumen ¹	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115426 WKN 111542	Neuemission	13. Juli 2009	6 Monate fällig 13. Januar 2010		
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115350 WKN 111535	Aufstockung	20. Juli 2009	9 Monate (Restlaufzeit) fällig 28. April 2010	4 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE00011154234 WKN 111543	Neuemission	27. Juli 2009	12 Monate fällig 28. Juli 2010	5 Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115442 WKN 111544	Neuemission	10. August 2009	6 Monate fällig 17. Februar 2010	7 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115384 WKN 111538	Aufstockung	17. August 2009	9 Monate (Restlaufzeit) fällig 19. Mai 2010	4 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115459 WKN 111545	Neuemission	24. August 2009	12 Monate fällig 25. August 2010	5 Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115467 WKN 111546	Neuemission	14. September 2009	6 Monate fällig 17. März 2010	7 Mrd.€	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115418 WKN 111541	Aufstockung	21. September 2009	9 Monate (Restlaufzeit) fällig 30. Juni 2010	4 Mrd. €	
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115475 WKN 111547	Neuemission	28. September 2009	12 Monate fällig 29. September 2010	5 Mrd. €	
			3. Quartal 2009 insgesamt	48 Mrd. €	

 $^{^1} Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Beschleunigter BIP-Anstieg im 3. Quartal bekräftigt konjunkturelle Erholungstendenz.
- Aktuelles Indikatorenbild deutet auf Fortsetzung des Aufwärtstrends in der Industrie hin.
- Arbeitsmarkt überraschte im Oktober mit unerwartet günstigen Daten.
- Einzelhandelsumsätze und Stimmungsindikatoren signalisieren Abschwächung der privaten Konsumtätigkeit.
- Günstiges Preisklima hielt im Oktober an. Verbraucherpreisindex blieb auf Vorjahresniveau.

Die wirtschaftliche Erholung hat sich in Deutschland im 3. Quartal erwartungsgemäß beschleunigt fortgesetzt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,7% gegenüber dem Vorquartal angewachsen. Zugleich wurde das Ergebnis für das 2. Quartal geringfügig aufwärts revidiert. Einzelergebnisse nach Wirtschaftsbereichen und Verwendungsaggregaten für das 3. Quartal werden zwar erst am 24. November 2009 veröffentlicht. Die monatlichen Konjunkturindikatoren lassen aber bereits folgende Entwicklungstendenzen erkennen: Entstehungsseitig dürfte vor allem der Aufwärtstrend im Verarbeitenden Gewerbe das Wachstum getragen haben. Verwendungsseitig steht eine deutliche Ausweitung der Exporte einem kräftigen Anstieg der Importe gegenüber. Die Zunahme der Importe weist dabei auf einen Wachstumsimpuls durch die Vorratsinvestitionen hin. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren die privaten Konsumausgaben im 3. Quartal rückläufig und wirkten somit dämpfend auf die BIP-Entwicklung.

Die vorlaufenden Konjunkturindikatoren deuten zwar für sich genommen auf eine

Fortsetzung der konjunkturellen Erholung hin. Insbesondere vor dem Hintergrund einer nachlassenden privaten Konsumtätigkeit ist jedoch im Schlussquartal dieses Jahres mit einer verminderten Wachstumsdynamik zu rechnen. Dabei dürfte eine zunehmende Konsumzurückhaltung auch Ausdruck einer anhaltenden Unsicherheit über die weiteren Arbeitsplatz- und Einkommensperspektiven der privaten Haushalte sein. Denn vor dem Hintergrund der erheblichen Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten ist weiterhin mit einem spürbaren Beschäftigungsabbau zu rechnen. Diese Einschätzung wird auch im aktuellen Jahresgutachten des Sachverständigenrates vertreten.

Bisher fiel die Reaktion des Arbeitsmarktes auf den Einbruch des gesamtwirtschaftlichen Produktionsniveaus jedoch noch moderat aus. Dies trug zu einer im Vorjahresvergleich relativ robusten Entwicklung der Lohnsteuer bei, das Bruttoaufkommen (vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) ging nur leicht zurück (Januar bis Oktober - 0,9%).

Der private Konsum, der im 1. Halbjahr noch deutlich konjunkturstabilisierend gewirkt hat, entwickelte sich zuletzt wahrscheinlich rückläufig. Im Jahresdurchschnitt dürften die Konsumausgaben der privaten Haushalte noch

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

zunehmen. Die Entwicklung des Aufkommens der Steuern vom Umsatz, das bisher kumuliert von Januar bis Oktober 2009 geringfügig (+ 0,5 %) angestiegen ist, scheint diese Annahme zu bestätigen.

Die sich abzeichnende allmähliche weltwirtschaftliche Erholung und die Stabilisierung der Situation an den Finanzmärkten haben zu einer deutlichen Verbesserung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Deutschland geführt. Dies spiegelt sich auch in einem spürbaren Anstieg der nominalen Warenexporte im 3. Quartal wider (saisonbereinigt, gegenüber dem Vorquartal). Der Absturz der Exporte vom 4. Quartal des vergangenen Jahres bis zum 2. Vierteljahr 2009 konnte jedoch bei Weitem nicht wieder ausgeglichen werden. Das Vorjahresniveau der Warenexporte wurde im 3. Quartal (nach Ursprungswerten) weiterhin erheblich unterschritten. Im Zeitraum Januar bis September 2009 lag das Exportergebnis deutlich unter dem entsprechenden Vorjahresniveau (-22%). Dabei war vor allem die Ausfuhrtätigkeit in den Nicht-Euroraum der Europäischen Union stark rückläufig (-25,9%). Die Abnahme der Exporte in den Euroraum (-20,9%) und in Drittländer (-21,1%) war jedoch ebenfalls sehr ausgeprägt.

Im Zuge der erkennbaren konjunkturellen Erholung der Weltwirtschaft wurde die Nachfrage nach deutschen Exportgütern im 2. und 3. Quartal spürbar ausgeweitet. Die Zunahme der Auslandsnachfrage dürfte die Exporttätigkeit auch in den nächsten Monaten begünstigen. Entsprechend bewerten die Unternehmen die Exportperspektiven für die nächsten drei Monate laut ifo-Geschäftsumfrage inzwischen deutlich günstiger als noch im ersten Vierteljahr. Nach sieben Anstiegen in Folge überwiegt nun bereits seit zwei Monaten die Zahl der Unternehmen, die ihre Exportperspektiven optimistisch beurteilen (+6,1 Saldenpunkte). Sowohl der IWF als auch die EU-Kommission erwarten im Rahmen ihrer aktuellen Prognosen für das

kommende Jahr eine spürbare Ausweitung der weltwirtschaftlichen Aktivität (IWF, EU-Kommission: +3,1%). Damit dürfte 2010 auch das Welthandelsvolumen zunehmen. Neben den positiven Aussichten für die Erholung der Exportwirtschaft in Deutschland gibt es aber auch Risiken. So bestehen immer noch weltweite Überkapazitäten, die einer schnellen und nachhaltigen Belebung der Investitionsgüternachfrage entgegenstehen. Auch eine weitere Verschärfung der Kreditbedingungen könnte die Nachfrage nach Investitionen dämpfen. Darüber hinaus belastet die aktuelle Wechselkursentwicklung des Euro gegenüber dem Dollar (Durchschnitt Oktober: 1,48 US-Dollar/€) tendenziell auch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen.

Die nominalen Warenimporte überstiegen im 3. Quartal das Ergebnis des Vorquartals (saisonbereinigt) in etwa gleicher Höhe wie die Ausfuhren. Dies deutet darauf hin, dass die Nettoexporte rein rechnerisch kaum zum Wirtschaftswachstum beigetragen haben dürften. Die kräftige Zunahme der Importtätigkeit dürfte aufgrund des hohen Importanteils deutscher Exporte auch die dynamische Entwicklung der Ausfuhrtätigkeit widerspiegeln. Dafür spricht unter anderem, dass die inländische Nachfrage nach Vorleistungsgütern im 3. Quartal besonders kräftig ausgeweitet wurde. Zudem dürfte es in der Industrie zu einem Aufbau der Lagerbestände gekommen sein, da die Umsatzentwicklung im 3. Quartal hier etwas weniger dynamisch ausfiel als die Ausweitung der Produktion.

Die sehr günstige Entwicklung der Industrieindikatoren in saisonbereinigter Rechnung deutete bereits auf einen weiteren Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im 3. Quartal hin. So zeigte die Industrieproduktion im dritten Vierteljahr einen deutlichen Aufwärtstrend, nachdem sie in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres rückläufig gewesen war (saisonbereinigt, jeweils gegenüber dem Vorquartal). Das industrielle Produktionsniveau liegt jedoch

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanz politisch wichtige Wirtschafts daten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2008		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd.€	ggü. Vorj.	Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr					r
	bzw. Index	in%	1. Q.09	2.Q.09	3.Q.09	1. Q.09	2.Q.09	3.Q.09
Bruttoinlandsprodukt								-
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	110,3	+1,3	-3,5	+0,4	+0,7	-6,4	-7,0	-4,7
jeweilige Preise	2 496	+2,8	-3,4	+0,8	+1,5	-5,0	-5,8	-2,9
Einkommen ¹								
Volkseinkommen	1886	+2,5	-4,0	-1,0		-6,5	-7,4	
Arbeitnehmerentgelte	1 225	+3,7	-0,6	-0,2		+1,0	-0,1	
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	661	+0,2	-10,7	-2,9		-18,6	-20,7	
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 558	+2,7	-0,4	+0,6		+0,1	-0,1	
Bruttolöhne ugehälter	996	+4,0	-1,6	+0,1		+0,6	-0,7	
Sparen der privaten Haushalte	179	+7,7	-0,4	-3,0		+2,4	-1,7	
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	20	08	Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Aug 09	Sep 09	Dreimonats- durchschnitt	Aug 09	Sep 09	Dreimonats durchschnit
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd.€)	86	+6,1	+0,4		-2,8	-5,0		-4,8
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	984	+2,0	-2,8	+3,8	+5,4	-20,9	-18,8	-19,4
Waren-Importe	806	+4,7	+0,5	+5,8	+5,4	-20,1	-16,3	-19,7
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden Gewerbe	111,5	-0,0	+1,8	+2,7	+3,5	-17,1	-12,8	-15,6
$(Index 2005 = 100)^2$								
Industrie ³	113,4	+0,2	+2,1	+3,2	+3,5	-19,3	-14,5	-17,6
Bauhauptgewerbe	108,3	-0,6	+4,8	-1,8	+0,3	+2,6	+3,3	+2,9
Umsätze im Produzierenden Gewerbe ²								
Industrie (Index 2005 = 100) ³	112,6	-0,3	+1,9	+1,9	+3,3	-18,0	-13,6	-16,2
Inland	108,8	+0,1	+3,0	-0,4	+1,0	-15,3	-12,0	-14,0
Ausland	117,2	-0,8	+0,8	+4,5	+6,2	-20,9	-15,6	-18,7
Auftragseingang (Index 2005 = 100) ²								
Industrie ³	111,3	-7,1	+2,1	+0,9	+8,9	-20,6	-13,0	-18,1
Inland	108,3	-5,7	-0,8	-2,3	+9,8	-16,7	-14,0	-14,9
Ausland	113,8	-8,2	+5,0	+3,7	+8,1	-23,7	-12,1	-20,7
Bauhauptgewerbe	102,7	-4,3	-0,5		+3,0	+2,0		-4,2
Umsätze im Handel (Index 2005=100)								
Einzelhandel								
(ohne Kfz. und mit Tankstellen)	96,7	-0,5	-1,5	-0,2	-0,7	-2,9	-3,9	-2,3
Handel mit Kfz	91,1	-5,1	-0,5	-1,4	-4,1	+3,0	+1,1	+2,1

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarkt	2008		Veränderung in Tsd. gegenüber						
	Personen Mio.	ggü. Vorj. in %	Vorperiode (saisonber.)			Vorjahr			
			Aug 09	Sep 09	Okt 09	Aug 09	Sep 09	Okt 09	
Arbeitslose (nationale									
Abgrenzung nach BA)	3,27	-13,5	-7	-15	-26	+276	+266	+232	
Erwerbstätige, Inland	40,28	+1,4	-3	+5		-81	-104		
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,46	+2,2	+8	•		-139		•	
Preisindizes	20	08	Veränderung in % gegenüber						
2005=100		ggü. Vorj.		Vorperiode			Vorjahr		
	Index	in%	Aug 09	Sep 09	Okt 09	Aug 09	Sep 09	Okt 09	
Importpreise	109,9	+4,5	+1,3	-0,9		-10,9	-11,0		
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	112,7	+5,5	+0,5	-0,5		-6,9	-7,6		
Verbraucherpreise	106,6	+2,6	+0,2	-0,4	+0,1	+0,0	-0,3	+0,0	
ifo-Geschäftsklima	saison bereinigte Salden								
gewerbliche Wirtschaft									
	Mrz 09	Apr 09	Mai 09	Jun 09	Jul 09	Aug 09	Sep 09	Okt 09	
Klima	-36,1	-32,9	-31,9	-28,6	-25,8	-19,6	-18,0	-16,7	
Geschäftslage	-37,7	-36,0	-37,9	-38,2	-34,4	-30,9	-29,1	-28,6	
Geschäftserwartungen	-34,4	-29,8	-25,6	-18,4	-16,7	-7,6	-6,1	-4,0	

¹Rechenstand August 2009

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

immer noch unter dem Stand von Ende 2003. Im 3. Vierteljahr 2009 wurde vor allem die Herstellung von Vorleistungsgütern erheblich ausgeweitet. Auch die Investitionsgüterproduktion nahm deutlich zu. Hierzu trug der Anstieg der Erzeugung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen maßgeblich bei (saisonbereinigt gut + 10 % gegenüber dem Vorquartal).

Auch der Aufwärtstrend der industriellen Bestelltätigkeit hat sich im 3. Quartal spürbar verstärkt (saisonbereinigt gegenüber Vorquartal). Diese Entwicklung war auf zunehmende Nachfrageimpulse sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland zurückzuführen. Besonders kräftig nahm dabei das Auftragsvolumen bei Vorleistungsgütern auf beiden Märkten zu. Auch die Investitionsgüternachfrage zog spürbar an. Allerdings haben sich die

inländischen Nachfrageimpulse im Bereich der Kraftfahrzeuge und Kraftwagenteile nach dem Auslaufen der Pkw-Umweltprämie deutlich zurückgebildet (3. Quartal: saisonbereinigt +1,5 % nach +3,4 % im 2. Quartal, jeweils gegenüber dem Vorquartal). Damit wurde der Anstieg der Inlandsorder von Investitionsgütern im Verlauf gedämpft.

Die positive Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe dürfte sich in den nächsten Monaten fortsetzen. Dafür sprechen die nochmals verbesserten industriellen Auftragseingänge sowie die spürbare Ausweitung der Vorleistungsgüterproduktion, die jeweils als vorlaufende Indikatoren für die zukünftige Produktion herangezogen werden können. Darüber hinaus ist im Verarbeitenden Gewerbe eine fortgesetzte Stimmungsverbesserung zu verzeichnen. Insbesondere bei den ifo-Geschäftserwartungen überwog im

² Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

³Ohne Energie.

Oktober bereits zum dritten Mal in Folge die Zahl der Unternehmen, die eine Zunahme der Geschäftstätigkeit erwarten.

Während die Entwicklung in der
Verlaufsbetrachtung auf eine fortgesetzte
Erholung im Verarbeitenden Gewerbe
hindeutet, verdeutlicht der Vorjahresvergleich
weiterhin die Schärfe des konjunkturellen
Einbruchs zu Jahresbeginn. So lagen
die Industrieindikatoren im 3. Quartal
immer noch erheblich unter dem
entsprechenden Niveau des Vorjahres.
Die damit verbundene Unterauslastung
der industriellen Produktionskapazitäten
stellt ein erhebliches Risiko für die weitere
Beschäftigungsentwicklung und damit für
eine nachhaltige konjunkturelle Wende dar.

Die Bauproduktion wurde im 3. Quartal nur geringfügig ausgeweitet. Im weiteren Verlauf dürfte sie jedoch zunehmend von den in den Konjunkturpaketen I und II beschlossenen Fördermaßnahmen profitieren. Hierauf deuten die verbesserte Auftragsentwicklung und der Anstieg von Baugenehmigungen im Bauhauptgewerbe hin. So sind die Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude öffentlicher Bauherren im Juli/August saisonbereinigt um 4,8 % gegenüber Mai/Juni angestiegen.

Die Indikatoren zur Entwicklung des privaten Konsums deuten insgesamt auf eine spürbare Abschwächung der privaten Konsumtätigkeit hin. Im September sind die Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) gegenüber dem Vormonat in preis- und saisonbereinigter Betrachtung erneut gesunken. Die Verkaufserlöse fielen damit im 3. Quartal real um (saisonbereinigt) 0,7 % unter das Niveau des Vorquartals. Im September waren zudem die Umsätze im Bereich des Kfz-Handels gegenüber dem Vormonat rückläufig. Dazu dürfte unter anderem das Auslaufen der Umweltprämie beigetragen haben. Insgesamt blieben die Umsätze im Kfz-Bereich im 3. Quartal (saisonbereinigt) deutlich hinter dem Umsatzergebnis des Vorquartals zurück. Im Vergleich zum Vorjahr war im gleichen

Zeitraum allerdings ein Anstieg um real 2,1% zu verzeichnen (Ursprungswerte). Die Stimmungsindikatoren signalisieren eine abnehmende Konsumbereitschaft der privaten Haushalte. So verschlechterte sich im Oktober laut ifo-Umfrage die Lagebeurteilung im Einzelhandel. Zudem sehen die Einzelhändler die Entwicklung der nächsten sechs Monate pessimistischer als noch im Vormonat. Auch die Anschaffungsneigung der privaten Haushalte deutet laut GfK auf eine Abschwächung der privaten Konsumtätigkeit hin.

Die zunehmende Unsicherheit über die persönlichen Arbeitsplatz- und Einkommensperspektiven dürfte zu dem zurückhaltenden Ausgabenverhalten der privaten Haushalte beigetragen haben, wenngleich sich am Arbeitsmarkt auch im Oktober eine vergleichsweise günstige Entwicklung zeigte. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl verringerte sich um 26 000 Personen. Ohne Berücksichtigung des Sondereffekts im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wäre die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl laut Bundesagentur für Arbeit (BA) in ähnlicher Größenordnung gesunken. Die registrierte Arbeitslosigkeit (nach Ursprungszahlen) ist gegenüber dem Oktober 2008 um 232 000 auf 3,23 Mio. Arbeitslose angestiegen. Während im Juli und August die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) noch gesunken war, stieg diese im September um 5 000 Personen auf 40,55 Mio. Erwerbstätige wieder leicht an. Im Vorjahresvergleich ergab sich jedoch im September (nach Ursprungswerten) ein Rückgang um 104 000 Personen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist – nach vorläufigen Hochrechnungen der BA – im August im Vergleich zum Juli saisonbereinigt um 8 000 angestiegen. Gegenüber dem Vorjahr war allerdings (nach Ursprungswerten) ein Rückgang um 139 000 Personen zu verzeichnen. Der vergleichsweise geringe Beschäftigungsabbau ist zum Teil dadurch zu erklären, dass dem Rückgang der Zahl der Vollzeitbeschäftigten (- 350 000)

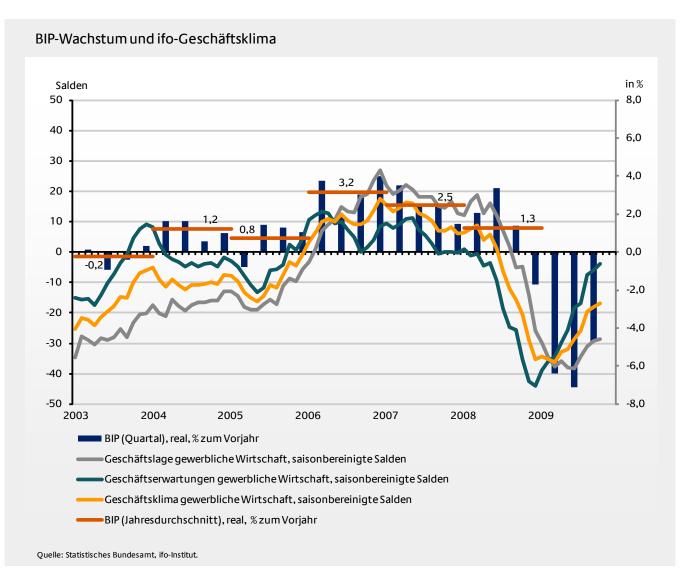
KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

eine Zunahme der Teilzeitbeschäftigung um rund 210 000 Beschäftigungsverhältnisse gegenüberstand.

Die Reaktion des Arbeitsmarktes auf den scharfen Konjunktureinbruch zu Jahresbeginn ist zwar weiterhin als moderat zu beurteilen. Der deutliche Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden zeigt aber gleichwohl ein hohes Maß an Unterbeschäftigung in den Unternehmen an. Dies könnte anzeigen, dass stärkere Arbeitsmarktreaktionen bevorstehen. Ein wesentlicher Grund für das bisherige Ausbleiben ausgeprägter Beschäftigungseffekte ist die nach wie vor hohe Inanspruchnahme der

Kurzarbeit. Dennoch besteht weiterhin das Risiko, dass es – bei weiterer Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und bei zögerlicher wirtschaftlicher Erholung – zu stärkeren Anpassungsreaktionen kommt und die Ungleichgewichte auf den Arbeitsmarkt zunehmen. So deuten Umfrageergebnisse des ifo-Instituts sowie die aktuelle Befragung der Einkaufsmanager tendenziell auf einen deutlichen Beschäftigungsabbau in den Unternehmen hin.

Das günstige Preisklima hielt auch im Oktober an. Der Verbraucherpreisindex (VPI) blieb im Vergleich zum Vorjahr unverändert und stieg



gegenüber dem Vormonat nur geringfügig an (+ 0,1%). Die Vorjahresveränderung des VPI wurde erneut maßgeblich von einem Rückgang der Nahrungsmittelpreise (- 3,4%) sowie der Preise für Heizöl (- 25,1%) und Kraftstoffe (- 6,1%) bestimmt. Diese Entwicklung ist weiterhin durch einen statistischen Effekt (Basiseffekt) gekennzeichnet. Nach kräftigem Anstieg der Energie- und Nahrungsmittelpreise im Vorjahr befinden sich diese inzwischen auf deutlich niedrigerem Niveau. Die Basiseffekte dürften mit Blick auf die spürbare Rückbildung des Rohölpreises in der zweiten Hälfte des Vorjahres allmählich auslaufen. Zudem

Insgesamt dürfte jedoch die Preisentwicklung weiterhin in ruhigen Bahnen verlaufen. Darauf deuten auch rückläufige Preise auf den vorgelagerten Handelsstufen hin (Importund Erzeugerpreise), die als Frühindikatoren für die zukünftige Preisentwicklung auf der Verbraucherebene dienen.

stieg der Rohölpreis (Sorte Brent) seit dem

Tiefstand vom Dezember 2008 inzwischen

Jahresveränderungsraten beim VPI dürften

damit zukünftig wieder die Regel werden.

um über 80 % (in US-Dollar) an. Positive

Der Importpreisindex fiel im September um 11,0 % unter das Niveau des Vorjahresmonats.

Hier schlugen vor allem rückläufige Preise für importierte Energieträger zu Buche (Rohöl: -35,3 %, Mineralölerzeugnisse: -35,7 %). Ohne Berücksichtigung von Rohölund Mineralölerzeugnissen unterschritten die Importpreise das Vorjahresniveau noch um 7,4 %. Erdgas wurde im Vergleich zum Vorjahr erheblich billiger importiert (-44,1 %), und auch Importe von Eisenerzen und Nicht-Eisenerzimporten kosteten wesentlich weniger als vor einem Jahr. Im Nahrungsmittelsektor fielen gegenüber dem Vorjahr vor allem die Preise für Getreide (-27,3 %) sowie Milch und Milcherzeugnisse (-11,8 %).

Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte sanken im September gegenüber dem Vorjahr um 7,6 %. Zwei Drittel des jährlichen Preisrückgangs sind dabei auf rückläufige Energiepreise zurückzuführen (-16,4 % gegenüber dem Vorjahr). Ohne Berücksichtigung von Energie sanken die Erzeugerpreise im September um 3,3 % unter ihr entsprechendes Vorjahresniveau. Die Herstellungspreise für Vorleistungsgüter unterschritten das Vorjahresniveau um 7,0 % (Metalle: -20,0 %). Auch die Erzeugerpreise für Nahrungsmittel sanken deutlich (-5,5 % gegenüber dem Vorjahr).

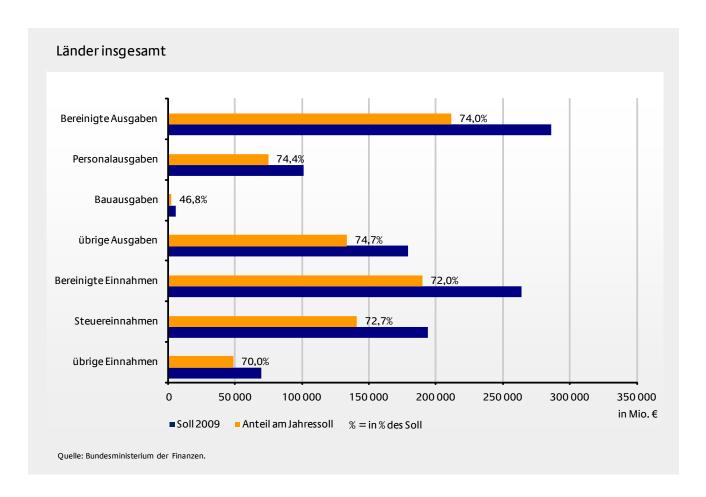
Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2009

Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2009

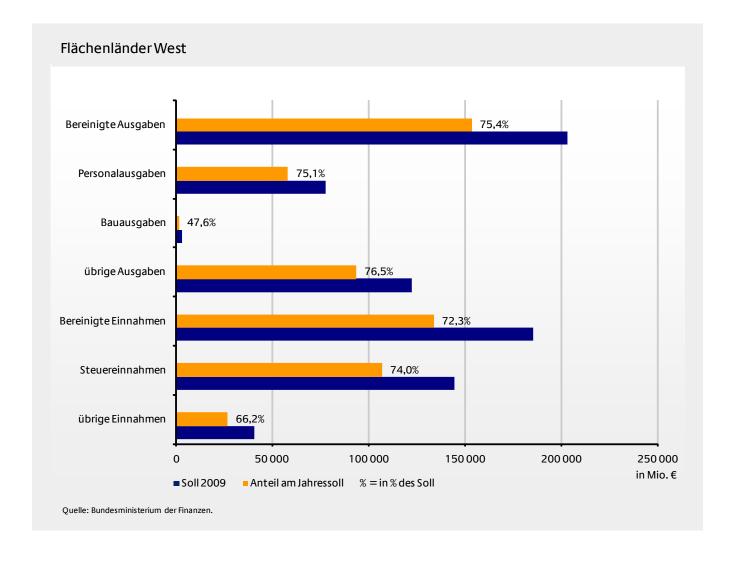
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich September 2009 vor.

Auch nach dem 3. Quartal 2009 stellt sich die Entwicklung der Länderhaushalte deutlich ungünstiger dar als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Das Finanzierungsdefizit der Länder insgesamt betrug Ende September 2009 rund - 21,4 Mrd. € und fiel damit um rund 25,9 Mrd. € höher aus als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Für das Jahr 2009 ist ein Gesamtdefizit von rund - 21,7 Mrd. € geplant. Während sich die Einnahmen der Ländergesamtheit gegenüber dem Vorjahr

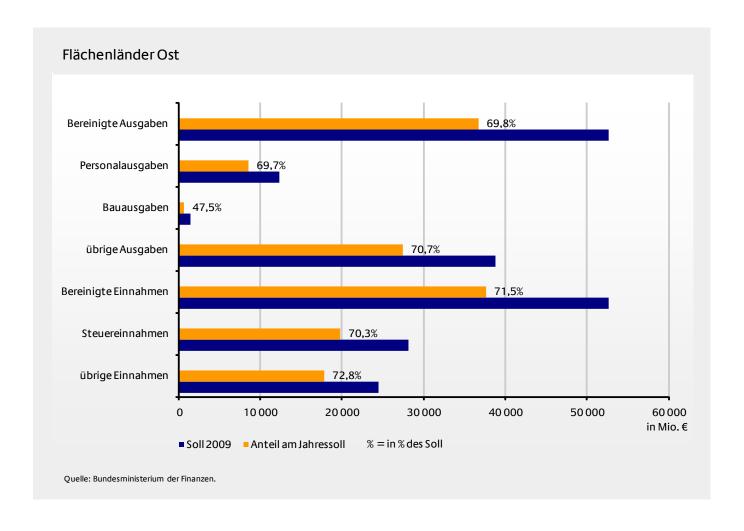
um - 6,5% verringerten, erhöhten sich die Ausgaben im gleichen Zeitraum um + 6,4%. Die Steuereinnahmen der Länder insgesamt sind im Vergleich zum Vorjahr um - 8,3% gesunken. In den Stadtstaaten verringerten sich die Steuereinnahmen um - 12,9%, bei den ostdeutschen Flächenländern um - 8,1% und bei den westdeutschen Flächenländern um - 7,7%. Die Ausgaben erhöhten sich in den Flächenländern West um + 8,7%, in den Flächenländern Ost um + 0,9% und in den Stadtstaaten um + 0,3%. Für das Gesamtjahr haben die Länder einen Ausgabenanstieg von + 4,1% und einen Einnahmenrückgang von - 3,8% geplant.



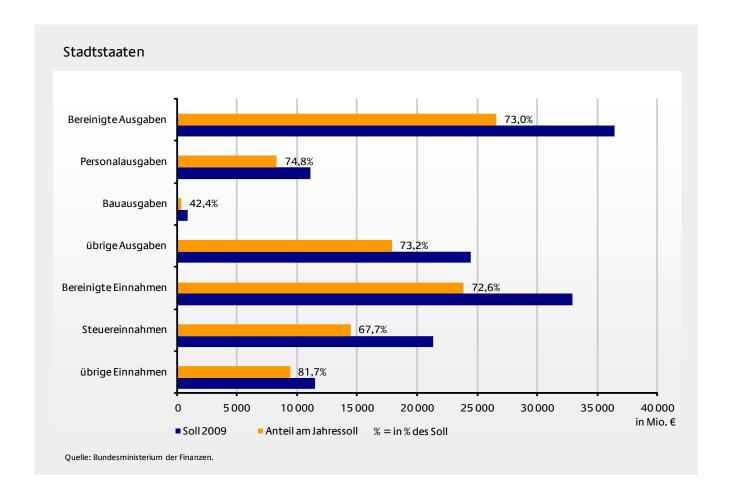
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2009



Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2009



Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2009



EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf die ECOFIN-Räte am 20. Oktober 2009 in Luxemburg und am 10. November in Brüssel

20. Oktober 2009 in Luxemburg

Ausstiegsstrategie aus den finanzpolitischen Maßnahmen

Die ECOFIN-Minister setzten ihre bei ihrem informellen Treffen am 1./2. Oktober 2009 begonnene Debatte über einen koordinierten Ausstieg aus den vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ergriffenen finanzpolitischen Maßnahmen fort. Zudem verabschiedeten sie Ratsschlussfolgerungen, die von den Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat am 29./30. Oktober 2009 bestätigt wurden. Die Schlussfolgerungen enthalten folgende Elemente: 1) eine Koordinierung des Exits im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts; 2) einen Beginn der fiskalischen Konsolidierung bei allen EU-Mitgliedstaaten spätestens im Jahr 2011, wenn die Kommission ein nachhaltiges, sich selbst tragendes Wirtschaftswachstum prognostiziert; 3) strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen von über 0,5% des BIP pro Jahr in den meisten Mitgliedstaaten und 4) starke nationale Haushaltsregeln.

Europäischer Ausschuss für Systemrisiken

- Verordnung zur Einsetzung eines Europäischen Ausschusses für Systemrisiken und über die gemeinschaftliche Finanzaufsicht auf Makroebene
- Beschluss des Rates zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang

mit der Funktionsweise des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken auf die Europäische Zentralbank

Der ECOFIN-Rat diskutierte die beiden Legislativvorschläge zur Einrichtung eines Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (ESRB). Ohne den laufenden nationalen Parlamentsverfahren vorzugreifen, konnte eine breite Unterstützung zu den Inhalten der Verordnung zur Einrichtung des ESRB und zur Ratsentscheidung, mit der der EZB spezifische Aufgaben in Bezug auf den ESRB übertragen werden, festgestellt werden. Aufgrund dieser Unterstützung beauftragte der ECOFIN-Rat die schwedische Präsidentschaft, die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über die Verordnung auf dieser Grundlage zu beginnen, mit dem Ziel einer Einigung in erster Lesung. Auch beauftragte der ECOFIN-Rat die schwedische Präsidentschaft, die notwendigen Schritte mit dem Europäischen Parlament hinsichtlich der Ratsentscheidung einzuleiten. Hierbei soll der Bedarf für weitere politische Verhandlungen berücksichtigt werden, bevor eine abschließende Einigung im Dezember 2009 über das gesamte Paket zur Europäischen Aufsichtsstruktur (Makro- und Mikroaufsicht) erreicht werden kann.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Steuern

Betrugbekämpfungsabkommen mit Drittländern:

- Liechtenstein
- Weitere Drittländer

Die Europäische Kommission berichtete über die Fortschritte ihrer Verhandlungen mit Liechtenstein über ein Betrugsbekämpfungsabkommen. Eine politische Einigung zum Abkommensentwurf konnte jedoch nicht erzielt werden, da einzelne Mitgliedstaaten eine Paketlösung mit der derzeit überarbeiteten Amtshilfe-Richtlinie und der Zinsrichtlinie anstreben.

Der Entwurf der Verhandlungsleitlinie für Betrugsbekämpfungsabkommen mit weiteren Drittländern stieß auf breite politische Unterstützung. Allerdings müssen die Arbeiten hierzu wegen des Zusammenhangs mit dem Betrugsbekämpfungsabkommen mit Liechtenstein und den in der vorangegangenen Diskussion vorgetragenen Vorbehalten fortgeführt werden.

10. November in Brüssel

Nachbereitung der Tagung des Europäischen Rates (29./30. Oktober 2009)

Die schwedische Präsidentschaft berichtete kurz über die Ergebnisse des Europäischen Rates am 29./30. Oktober 2009. Mit der finanzpolitischen Exit-Strategie werde sich der Europäische Rat im Dezember erneut befassen, zudem werde er sich der Zukunft der Strategie für Wachstum und Beschäftigung (Lissabon-Strategie) widmen. Bei den weiteren Arbeiten im Bereich der mikroprudentiellen Finanzmarktaufsicht ersuchte die schwedische Präsidentschaft die Mitgliedstaaten mit Nachdruck, auf dem ECOFIN-Rat im Dezember einen Konsens herbeizuführen.

Nachbereitung der Tagung der G20-Finanzminister am 6./7. November 2009

In ihrer Nachbereitung des G20-Finanzministertreffen am 6./7. November 2009 in St Andrews betonten die schwedische Präsidentschaft und die ECOFIN-Minister die Bedeutung der guten Abstimmung europäischer Positionen im Vorfeld des Treffens. Wesentliche Themen waren dort die Reform der internationalen Finanzinstitutionen, die Finanzierung des Klimaschutzes und die Finanzmarktreformen. Darüber hinaus haben sich die G20-Finanzminister mit der wirtschaftlichen Entwicklung und einer koordinierten Exit-Strategie aus den Hilfsmaßnahmen, die zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise ergriffen wurden, befasst. Ein weiteres Thema war die Ausgestaltung des Rahmens für Wachstum, der beim G20-Gipfel in Pittsburgh beschlossen worden war.

Exit-Strategien im Finanzsektor

Die ECOFIN-Minister führten einen ersten Gedankenaustausch zu Strategien für einen Ausstieg aus den Maßnahmen zur Unterstützung des Finanzsektors. Es bestand Einvernehmen, dass ein Ausstieg aus den Unterstützungsmaßnahmen gegenwärtig noch verfrüht sei. Unbeschadet dessen sollte jedoch bereits jetzt damit begonnen werden, koordinierte Ausstiegsstrategien aus den Stabilisierungsmaßnahmen zu entwickeln. Die schwedische Präsidentschaft kündigte an, dieses Thema beim Dezember-ECOFIN erneut aufgreifen zu wollen.

Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen

In Erfüllung eines Auftrags des Rates hat die Europäische Kommission eine umfassende Beurteilung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in den Mitgliedstaaten vorgenommen und in einem Bericht veröffentlicht. Bei der Einteilung in Risikokategorien belegt Deutschland einen

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

mittleren Platz. Die ECOFIN-Minister haben Ratsschlussfolgerungen verabschiedet. Demnach bestehen die Risiken für die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen vor allem in der Alterung der Gesellschaft sowie in den im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise ergriffenen Maßnahmen. Die notwendige Verbesserung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen könne durch eine Kombination von Haushaltskonsolidierung und die Umsetzung von Strukturreformen erreicht werden.

Bürokratieabbau – Verringerung der administrativen Belastung

Die Europäische Union hat 2005 eine umfassende Strategie zur besseren Rechtsetzung entwickelt. Die Unternehmen sollen im internationalen Wettbewerb gestärkt und von unnötigen Verwaltungslasten befreit werden. Die Strategie hat im Wesentlichen drei Ansatzpunkte: 1) Bis 2012 sollen die auf EU-Rechtsvorschriften beruhenden Verwaltungslasten für Unternehmen aus Berichts- und Informationspflichten um 25 % verringert werden; 2) die europäischen Regelungen sollen klar, verständlich und benutzerfreundlich gestaltet werden; 3) die Folgenabschätzung (Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und soziale Auswirkungen) europäischer Legislativvorschläge und Initiativen soll verbessert werden. Die ECOFIN-Minister verabschiedeten ohne Aussprache Ratsschlussfolgerungen, in denen die erreichten Fortschritte anerkannt und die Bedeutung weiterer Arbeiten unterstrichen werden. Die Europäische Kommission wird aufgefordert, jährlich dem Europäischen Rat im Frühjahr über die weiteren Fortschritte zu berichten.

Steuern

a) Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Verwaltungszusammenarbeit im Bereich der Steuern (Amtshilferichtlinie)

Bei der Amtshilferichtlinie geht es um die gegenseitige Amtshilfe der Steuerbehörden in den Mitgliedstaaten bei der Festsetzung und Beitreibung von Steuern. Eine der wichtigsten Neuerungen ist der Umgang mit der Berufung auf das Bankgeheimnis, um eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit abzulehnen. Ein um Auskunft ersuchter Mitgliedstaat soll künftig einem anderen Mitgliedstaat Auskünfte über einen Steuerpflichtigen nicht allein deshalb verweigern können, weil diese Information sich im Besitz einer Bank oder eines anderen Geldinstituts befindet. Eine weitere Neuerung ist, dass künftig zur Erhöhung der Transparenz in steuerlichen Angelegenheiten ein automatisches Auskunftssystem zwischen den Steuerbehörden der Mitgliedstaaten etabliert werden soll. Trotz intensiver Diskussion konnten sich die ECOFIN-Minister nicht auf eine allgemeine Ausrichtung zum Richtlinienentwurf verständigen, da einzelne Mitgliedstaaten an ihrer Forderung nach einer Paketlösung mit anderen Steuerdossiers festhielten.

b) Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 92/79/EEC, 92/80/ EEC und 95/59/EC zur Struktur und Höhe der Verbrauchsteuern auf Tabakwaren

Die ECOFIN-Minister konnten bei ihrer zweiten Behandlung des Dossiers eine politische Einigung zu dem von der Kommission im Herbst 2008 vorgelegten Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung der Struktur und der Sätze der Verbrauchsteuern auf Tabakwaren erzielen. Aus deutscher Sicht sind insbesondere zwei Punkte zu begrüßen: Erstens konnte für Deutschland (und Ungarn) eine längere Übergangszeit für die Umstellung auf die neue Definition für Zigarillos erreicht werden, wodurch die deutschen Unternehmen eine angemessene Übergangszeit erhalten.

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Zweitens wurde eine Anhebung der Mindestbesteuerung für Zigaretten auf 90 €/1 000 Zigaretten vereinbart. Mitgliedstaaten mit einem niedrigeren Steuersatz werden ihre Steuern auf Zigaretten erhöhen müssen.

EU-Statistiken

Die ECOFIN-Minister verabschiedeten einvernehmlich und ohne Aussprache Schlussfolgerungen zu EU-Statistiken. In die Schlussfolgerungen wurde auch ein Absatz zu den wiederholten Statistikproblemen in Griechenland aufgenommen. Griechenland wird aufgefordert, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um das Vertrauen in die griechischen Statistiken wieder herzustellen. Die Kommission wird gebeten bis zum Jahresende einen Bericht vorzulegen und geeignete Maßnahmen vorzuschlagen.

Verabschiedete A-Punkte:

Solvabilität-II-Richtlinie

Die ECOFIN-Minister haben die Rahmenrichtlinie zu Solvabilität II ohne Aussprache als sogenannten

A-Punkt verabschiedet. Gegenstand der Solvabilität-II-Richtlinie ist die Modernisierung der Eigenkapital- und Risikomanagementvorschriften für Versicherungen. Deutschland hatte sich in den Verhandlungen sehr für die Verabschiedung der Richtlinie eingesetzt, da die Versicherungswirtschaft in Deutschland von großem Gewicht ist. Die Krise hat zudem gezeigt, dass strengere Anforderungen an das Risikomanagement von Unternehmen sowie eine verbesserte Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden bei der Gruppenaufsicht notwendig sind. Die Lehren aus der Krise sollen im Rahmen der noch zu erarbeitenden Durchführungsmaßnahmen berücksichtigt werden. Die Mitgliedstaaten haben bis zum 31. Oktober 2012 Zeit, die neue Richtlinie umzusetzen.

Änderung der Richtlinien über Eigenkapitalanforderungen für Handelsbuch und Weiterverbriefungen und im Hinblick auf die aufsichtliche Überprüfung der Vergütungspolitik

Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise waren sich die ECOFIN-Minister einig, dass es einer strikteren Regelung der Managervergütung und einer Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen an Banken bedarf. Auf der Grundlage eines Richtlinienvorschlags der Kommission vom Juli 2009 verständigten sich die ECOFIN-Minister ohne Aussprache (sogenannter A-Punkt) auf folgende wesentliche Änderungen der bisherigen Regelung:

- 1. Weiterverbriefungen sollen mit höheren Eigenkapitalanforderungen belegt werden.
- 2. Die Offenlegungspflichten der Banken für Verbriefungsrisiken werden verschärft.
- 3. Die Bewertung der Handelsbuchrisiken sollen so geändert werden, dass die Banken den potenziellen Verlusten, die aufgrund ungünstiger Marktentwicklungen in Stresssituationen entstehen können, in vollem Umfang Rechnung tragen.
- 4. Banken und Wertpapierfirmen sollen zu einer soliden Vergütungspolitik verpflichtet werden, die übermäßige Risikobereitschaft weder fördert noch belohnt. Banken, die sich nicht an die neuen Bestimmungen halten, müssen mit Sanktionen rechnen.

Als nächstes wird die Änderungsrichtlinie im Europäischen Parlament behandelt.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

1./2. Dezember 2009	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
10./11. Dezember 2009	Europäischer Rat in Brüssel
18./19. Januar 2010	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2010 (2. Regierungsentwurf)

3 5. November 2009	Steuerschätzung
bis 4. Dezember 2009	Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
11. Dezember 2009	Zuleitung an Kabinett
16. Dezember 2009	Kabinettbeschluss
15. Januar 2010	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
19 22. Januar 2010	1. Lesung Bundestag
12. Februar 2010	1. Beratung Bundesrat
25. Januar - 4. März 2010	Beratungen im Haushaltsausschuss
4. März 2010	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
16 19. März 2010	2./3. Lesung Bundestag
26. März 2010	2. Beratung Bundesrat
Mitte April 2010	Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Dezember 2009	November 2009	21. Dezember 2009
Januar 2010	Dezember 2009	29. Januar 2010
Februar 2010	Januar 2010	22. Februar 2010
März 2010	Februar 2010	22. März 2010
April 2010	März 2010	22. April 2010
Mai 2010	April 2010	20. Mai 2010
Juni 2010	Mai 2010	21. Juni 2010
Juli 2010	Juni 2010	19. Juli 2010
August 2010	Juli 2010	20. August 2010
September 2010	August 2010	20. September 2010
Oktober 2010	September 2010	21. Oktober 2010
November 2010	Oktober 2010	22. November 2010
Dezember 2010	November 2010	20. Dezember 2010

TERMINE, PUBLIKATIONEN

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90¹ Telefax: 01805 / 77 80 94¹

 1 Jeweils 0,14 \in / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet:

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

Analysen und Berichte

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2009	40
Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009	45
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2009	60
Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2008	64
Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure	

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2009

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2009

1	Einleitung	40
	Steuerrechtsänderungen	
	Gesamtwirtschaftliche Annahmen	
4	Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"	41
5	Finanzpolitische Schlussfolgerungen	43

- Der Konjunktureinbruch und steuerliche Maßnahmen zu seiner Bekämpfung haben massive Steuerausfälle zur Folge.
- Die öffentlichen Haushalte nehmen im Jahr 2009 insgesamt 3 Mrd. € weniger und im Jahr 2010
 1,1 Mrd. € mehr ein als noch im Mai 2009 geschätzt.
- Gegenüber der Mai-Steuerschätzung wird insbesondere bei der Körperschaftsteuer ein erheblicher Einbruch des Steueraufkommens erwartet, während die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer voraussichtlich wesentlich besser ausfallen werden

1 Einleitung

Vom 3. bis 5. November 2009 fand in Hamburg auf Einladung der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg die 135. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2009 und 2010.

2 Steuerrechtsänderungen

Die Schätzung ging vom geltenden Steuerrecht aus. Für das Jahr 2009 waren gegenüber der vorangegangenen Schätzung vom Mai 2009 die finanziellen Auswirkungen folgender Gesetze zu berücksichtigen:

 Gesetz zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen (Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung); nur Differenz zum Mai-Ansatz; Gesetz zur Änderung des Energiesteuergesetzes.

Für das Jahr 2010 wurde zusätzlich das Begleitgesetz zur zweiten Föderalismusreform berücksichtigt.

Die in der Mai-Schätzung unterstellten finanziellen Auswirkungen des EuGH-Urteils "Meilicke" verschieben sich um ein weiteres Jahr nach hinten, weil erst Ende kommenden Jahres mit einer erneuten Entscheidung des EuGH in dieser Sache zu rechnen ist. Außerdem kann das Gesetz zur Modernisierung des Wagniskapitalmarkts aus EU-rechtlichen Gründen vorerst nicht angewendet werden.

3 Gesamtwirtschaftliche Annahmen

Der Steuerschätzung wurden die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Herbstprojektion der Bundesregierung zugrunde gelegt. Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland verlief im

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2009

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Vorgaben des interministeriellen Arbeitskreises "gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen" für die Steuerschätzungen Mai 2009 und November 2009

	200	09	2010		
	Steuerschätzung Mai 2009	Steuerschätzung November 2009	Steuerschätzung Mai 2010	Steuerschätzung November 2010	
BIP nominal					
% gegenüber Vorjahr	- 5,3	- 3,9	+1,2	+1,6	
BIP real					
% gegenüber Vorjahr	- 6,0	- 5,0	+0,5	+1,2	
Bruttolohn- und Gehaltsumme					
% gegenüber Vorjahr	- 0,4	- 0,7	- 1,8	- 1,3	
Unternehmens- und Vermögenseinkommen					
% gegenüber Vorjahr	- 18,3	- 13,3	+9,1	+9,6	
Modifizierte letzte inländische Verwendung					
% gegenüber Vorjahr	+1,5	+1,6	+1,3	+1,3	

Sommerhalbjahr günstiger als noch im Frühjahr erwartet. Zudem deuten die in die Zukunft weisenden Wirtschaftsdaten auf eine Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtstendenz hin. Dennoch verbleibt die gesamtwirtschaftliche Aktivität auf niedrigem Niveau. Im Schätzzeitraum 2009 und 2010 werden für das nominale Bruttoinlandsprodukt nun Veränderungsraten von -3,9 % bzw. +1,6 % erwartet (vgl. Tabelle 1). Dies entspricht gegenüber der Steuerschätzung vom Mai 2009 für die Jahre 2009 und 2010 einer Aufwärtskorrektur von +1,4 bzw. +0,4 Prozentpunkten.

Die für die Steuerschätzung relevanten Einzelaggregate sind in der Herbstprojektion ebenfalls angepasst worden. Dies betrifft in besonderem Maße die erwarteten Veränderungsraten der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die für das Jahr 2009 deutlich und für das Jahr 2010 leicht nach oben korrigiert wurden. Das für die Schätzung der Lohnsteuer relevante erwartete Niveau der Bruttolohn- und Gehaltssumme wurden hingegen für das Jahr 2009 leicht nach unten angepasst, während für das Folgejahr eine leichte Aufwärtskorrektur vorgenommen wurde. Die Schätzungen für die sogenannte modifizierte letzte inländische Verwendung,

einem Indikator für die Entwicklung der Umsatzsteuer, deuten weiterhin auf eine Aufwärtsbewegung hin. Hier blieben die erwarteten Veränderungsraten gegenüber der Steuerschätzung vom Mai 2009 nahezu unverändert.

4 Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"

Die Schätzergebnisse sind der Tabelle 2 (s. S. 42) zu entnehmen. Danach werden die Steuereinnahmen insgesamt gegenüber dem Ist-Ergebnis 2008 in diesem Jahr um -37,1 Mrd. € und im kommenden Jahr um weitere -12,5 Mrd. € zurückgehen.

Verglichen mit der letzten Steuerschätzung vom Mai 2009 werden die Steuereinnahmen insgesamt im Jahr 2009 voraussichtlich um -3,0 Mrd. € niedriger ausfallen (Tabelle 3, s. S. 43). Die Steuermindereinnahmen werden vor allem durch das Bürgerentlastungsgesetz verursacht. Hierfür sind insbesondere Maßnahmen zur Konjunkturstützung verantwortlich, die erst nach der Steuerschätzung im Mai in das Gesetzesvorhaben aufgenommen und zusammen mit den bereits im Mai

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2009

Tabelle 2: Ergebnis der Steuerschätzung November 2009

	Ist	Schätzung	Schätzung	
	2008	2009	2010	
1. Bund (Mrd. €)	239,2	227,0	215,7	
Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	+3,9	-5,1	-5,0	
2. Länder (Mrd. €)	221,9	207,0	201,5	
Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	+4,1	-6,7	-2,7	
3. Gemeinden (Mrd. €)	77,0	69,3	66,5	
Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	+5,9	-10,0	-4,0	
4. EU (Mrd. €)	23,1	20,8	27,8	
Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	+3,7	-10,1	+33,7	
5. Steuereinnahmen insgesamt (Mrd. €)	561,2	524,1	511,5	
Veränderung gegenüber Vorjahr (%)	+4,3	-6,6	-2,4	

Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten.

Angaben in Mrd. € gerundet; Veränderungsraten aus Angaben in Mio. € errechnet.

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

einbezogenen Maßnahmen im Oktober 2009 vom Gesetzgeber beschlossen wurden. Deutlich niedrigere Minderabführungen an die EU und geschätzte Mehreinnahmen bei den Bundessteuern (insbesondere aus der Energiesteuer + 1,4 Mrd. € gegenüber Mai) führen dazu, dass die Steuereinnahmen des Bundes im November um + 1,5 Mrd. € höher geschätzt wurden als im Mai, während die Steuereinnahmen der Länder um -2,0 Mrd. € niedriger ausfielen. Die Einnahmen der Gemeinden werden durch einen stärkeren Rückgang der Gewerbesteuer (-1,3 Mrd. € gegenüber Mai) gemindert.

Im Jahr 2010 wird das Steueraufkommen insgesamt voraussichtlich etwas über dem Schätzergebnis vom Mai 2009 liegen. Während auch in diesem Jahr das Bürgerentlastungsgesetz zu erheblichen Steuerausfällen führen wird (-1,5 Mrd. €), trägt vor allem die Verschiebung der Auswirkungen des Gerichtsverfahrens im Fall "Meilicke" (+3,2 Mrd. €) dazu bei, dass die Steuerrechtsänderungen im Saldo das Aufkommen um +1,7 Mrd. € erhöhen. Trotz der für den Bund aufkommensmindernden Auswirkung der höheren EU-Abführungen

schätzte der Arbeitskreis die Entwicklung der Steuereinnahmen des Bundes auch für 2010 günstiger ein als die Einnahmeentwicklung bei den Ländern (Bund +1,0 Mrd. €; Länder keine Änderung gegenüber Mai-Schätzung). Ebenso wie im Vorjahr ist die Ursache hierfür in der besseren Entwicklung der Bundessteuern, insbesondere der Energiesteuer (+1,7 Mrd. € gegenüber Mai), zu sehen. Dies beruht vor allem auf der bereits für 2009 besser eingeschätzten Entwicklung, die zu einem gegenüber der Mai-Schätzung höheren Vorjahresniveau der Einnahmen führt (Basiseffekt). Der erwartete Rückgang der Gewerbesteuer (um -1,8 Mrd. € stärker als im Mai) drückt das Ergebnis der Gemeinden.

Insgesamt wird die Entwicklung der Steuereinnahmen in den Jahren 2009 und 2010 gegenüber der Schätzung im Mai durch weit stärkere Rückgänge der Körperschaftsteuer sowie erhebliche Rückgänge der Lohnsteuer und der Gewerbesteuer geprägt (Tabelle 4, s. S. 44). Während sich die veranlagte Einkommensteuer und die Energiesteuer voraussichtlich deutlich besser entwickeln als noch im Mai erwartet, bleiben die Erwartungen bezüglich der Entwicklung des Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2009

Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2009 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2009 – Ebenen

	Abweichungen						
	Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2009		davon:				
2009 9		Abweichung insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung ²	Ergebnis der Steuerschätzung November 2009	
Bund ³	225,5	1,5	-1,3	1,7	1,1	227,0	
Länder ³	209,0	-2,0	-0,9		-1,1	207,0	
Gemeinden ³	70,3	-1,0	-0,2		-0,8	69,3	
EU	22,3	-1,6	0,0	-1,7	0,1	20,8	
Steuereinnahmen insgesamt	527,0	-3,0	-2,4	0,0	-0,6	524,1	
		Abweichungen					
			Abweich	nungen			
	Ergebnis der		Abweich	davon:		Ergebnis der	
2010	Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2010	Abweichung insgesamt	Abweich Steuerrechts- änderungen 1		Schätz- abweichung²	Ergebnis der Steuerschätzung November 2010	
2010 Bund ³	Steuerschätzung	_	Steuerrechts-	davon: Änderung		Steuerschätzung	
	Steuerschätzung Mai 2010	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹	davon: Änderung EU-Abführung	abweichung ²	Steuerschätzung November 2010	
Bund ³ Länder ³	Steuerschätzung Mai 2010	insgesamt	Steuerrechts- änderungen ¹ 0,7	davon: Änderung EU-Abführung	abweichung ²	Steuerschätzung November 2010 215,7	
Bund ³	Steuerschätzung Mai 2010 214,7 201,5	insgesamt 1,0 0,0	Steuerrechts- änderungen ¹ 0,7 0,9	davon: Änderung EU-Abführung	abweichung² 1,3 -0,9	Steuerschätzung November 2010 215,7 201,5	

 $^{^12009\,\}text{ff.:}\,Gesetz\,zur\,verbesserten\,steuerlichen\,Berück sichtigung\,von\,Vorsorgeaufwendungen\,(B\"{u}rgerentlastungsgesetz\,Krankenversicherung);$

Gesetz zur Änderung des Energiesteuergesetzes;

Begleitgesetz zur zweiten Föderalismusreform;

Finanzielle Auswirkungen EuGH-Urteil "Meilicke";

Nichtanwendung des Gesetzes zur Modernisierung des Wagniskapitalmarktes.

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Aufkommens der Steuern vom Umsatz im Wesentlichen unverändert.

Der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" musste seine Schätzung vom Mai 2009 sowohl im Jahr 2009 als auch im Jahr 2010 lediglich um -0,6 Mrd. € nach unten korrigieren. Allerdings mussten erhebliche Korrekturen mit teilweise aufkommenserhöhender und teilweise aufkommensmindernder Auswirkung in der Einschätzung der Entwicklung einiger Steuerarten vorgenommen werden. Die Abweichungen des Schätzergebnisses gegenüber dem Mai werden vor allem durch die neu hinzugekommenen

Steuerrechtsänderungen verursacht, die das Ergebnis des Jahres 2009 unter die Erwartungen vom Mai drücken, während sie im Jahr 2010 zu einer leichten Verbesserung der Schätzung gegenüber dem Mai-Ansatz führen.

5 Finanzpolitische Schlussfolgerungen

Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der zur Bewältigung der Krise ergriffenen Stimulierungsmaßnahmen kommt es in den Jahren 2009 und 2010 den

² Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte.

³Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2009

Erwartungen der November-Steuerschätzung (wie auch bereits der Mai-Steuerschätzung) zufolge zu einem drastischen Rückgang des Steueraufkommens gegenüber dem Jahr 2008.

Die daraus resultierenden Belastungen für die staatlichen Haushalte werden allerdings nur zum Teil - nämlich soweit es sich um die sogenannten "automatischen Stabilisatoren" und um befristete steuerliche Stimulierungsmaßnahmen handelt - ohne weitere politische Entscheidungen begrenzt. Zu einem großen Teil - nämlich soweit es sich um unbefristete Änderungen des Steuerrechts wie z. B. die Wiedereinführung der Pendlerpauschale und die vollständige Abzugsfähigkeit der Beiträge zur Krankenund Pflegevollversicherung handelt -

werden Steuerausfälle dauerhaft zu verzeichnen sein. Auch die jüngst mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf den Weg gebrachten Entlastungen, die in der Steuerschätzung noch nicht berücksichtigt wurden, führen zu einem mittelfristigen Anpassungsbedarf in den öffentlichen Haushalten. Die sich für das Jahr 2011 und die Folgejahre ergebenden Konsolidierungserfordernisse werden nicht zuletzt von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung abhängen. Aufschluss darüber wird die Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Frühjahr 2010 geben, die dann auch der nächsten Steuerschätzung und darauf aufbauend – der Haushaltsplanung der Bundesregierung für 2011 bis 2014 zugrunde gelegt wird.

Tabelle 4: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2009 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2009 – Einzelsteuern

	Abweichungen (Beträge in Mio. €)			
Steuerart	2009	2010		
Lohnsteuer	-1 500	-1 700		
veranlagte Einkommensteuer	4 000	7 150		
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	-1 545	-335		
Abgeltungsteuer auf Zins- u. Veräußerungserlöse	600	548		
Körperschaftsteuer	-4 550	-5 140		
Steuern vom Umsatz	200	900		
Gewerbesteuer	-1 450	-2 000		
Bundessteuern zusammen	1 307	1 494		
Energiesteuer	1 150	1 350		
Stromsteuer	150	150		
Tabaksteuer	200	280		
Versicherungsteuer	60	0		
Solidaritätszuschlag	-150	0		
Kraftfahrzeugsteuer	-77	-260		
sonstige Bundessteuern	-26	-26		
Ländersteuern, zusammen	81	204		
Gemeindesteuern, zusammen	-250	-250		
Zölle	110	220		
Steuereinnahmen insgesamt	-2 997	1 091		

DRITTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2009

Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009

Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen bis September 2009

1	Zusammenfassung der Entwicklung bis zum 3. Quartal 2009	.45
2	Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2009	
3	Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen	.53
4	Entwicklung der Einnahmen	.57

- Nach aktueller Einschätzung kann die mit dem 2. Nachtragshaushalt 2009 auf 49,1 Mrd. € erhöhte Nettokreditaufnahme insbesondere auf Grund sich abzeichnender Entlastungen auf der Ausgabenseite deutlich unterschritten werden.
- Bei der Bundesagentur für Arbeit ist ein erheblicher Anstieg der Ausgaben für Kurzarbeit zu verzeichnen. Die Ausgaben des Bundes für die Grundsicherung für Arbeitsuchende sind bisher verhältnismäßig gering gestiegen.
- Der Rückgang der Steuereinnahmen des Bundes ist bis Ende September mit -3,9 % im Vorjahresvergleich noch vergleichsweise günstig ausgefallen. Gegenüber der Veranschlagung im 2. Nachtragshaushalt 2009 sind für den Bund Mehreinnahmen von knapp 3 Mrd. € zu erwarten.

1 Zusammenfassung der Entwicklung bis zum3. Quartal 2009

Das Haushaltsgesetz 2009 wurde am 28. November 2008 vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 29. Dezember 2008 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 2899) verkündet. Darüber hinaus hat der Deutsche Bundestag am 13. Februar 2009 das 1. Nachtragshaushaltsgesetz 2009 beschlossen, welches am 5. März 2009 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 406) verkündet wurde. Der 2. Nachtrag zum Bundeshaushalt 2009 wurde vom Bundestag am 2. Juni 2009 beschlossen und am 31. Juli 2009 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I S. 2290) verkündet. Der Darstellung in diesem Bericht liegt der 2. Nachtragshaushalt zugrunde.

Ausgaben: Zum Ende des 3. Quartals 2009 betrugen die Ausgaben des Bundes 218,6 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht dies einer Ausgabensteigerung von 1,8 Mrd. € (+0,8%). Diese im Vergleich zur Veranschlagung (+7,4%) moderate Steigerung ergibt sich im Wesentlichen aus der ab 2009 geänderten Zahlungsmodalität bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung (Ablösung der Zahlung in monatlichen Raten durch Zahlungen zum Jahresende). Werden die Ausgaben um diesen Sondereffekt bereinigt, so lag die Steigerung der Ausgaben bei +3,3 %. Die investiven Ausgaben beliefen sich bis Ende September 2009 auf 17,1 Mrd. € und sind somit um 1,7 Mrd. € beziehungsweise 11,3% gestiegen.

Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009

Einnahmen: Die Einnahmen des Bundes (ohne Nettokreditaufnahme) betrugen 188,0 Mrd. € bis Ende September 2009. Damit lag das Ergebnis um 4,2 Mrd. € (-2,2%) unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Steuereinnahmen gingen im Vorjahresvergleich um 6,6 Mrd. € (-3,9%) zurück. Damit fiel der Rückgang der Veränderungsrate bis zum Ende des 3. Quartals im Vergleich zu der für das Gesamtjahr 2009 unterstellten Veränderungsrate von -6,3% bisher noch relativ günstig aus. Erheblich hierzu beigetragen haben die im Vorjahresvergleich bis Ende September um 3,1 Mrd. € deutlich geringeren Abführungen an die EU, für die im letzten Quartal des Jahres aber höhere Zahlungen zu erwarten sind. Bei den Gemeinschaftlichen Steuern kam es im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu erheblichen Rückgängen in Höhe von annähernd 10 Mrd. €. Hier haben sich erwartungsgemäß sowohl konjunkturelle Effekte als auch in nicht unerheblichem Umfang Sonderfaktoren (wie z. B. bei

der Lohnsteuer die im Rahmen des Konjunkturpakets II beschlossene Zahlung eines einmaligen Kinderbonus in Höhe von 100 € und bei der Einkommensteuer die nach Wiedereinführung der Pendlerpauschale gestiegenen Arbeitnehmererstattungen) ausgewirkt. Bei den reinen Bundessteuern sind Mehreinnahmen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum in Höhe von 1,8 Mrd. € (+3,0%) zu verzeichnen, wobei dieses positive Ergebnis allein durch den Wechsel der Ertragskompetenz für die Kraftfahrzeugsteuer zum 1. Juli 2009 auf den Bund zustande gekommen ist. Die Länder erhalten hierfür eine finanzielle Kompensation, die im Bundeshaushalt als Abzugsbetrag bei den Steuereinnahmen berücksichtigt ist. Nach dem Ergebnis der Steuerschätzung vom 5. November 2009 kann insgesamt betrachtet davon ausgegangen werden, dass die Steuereinnahmen des Bundes mit einem geschätzten Volumen von 227 Mrd. € um knapp 3 Mrd. € über dem Soll liegen werden. Dabei ergibt sich mehr als die Hälfte dieses

Tabelle 1: Gesamtübersicht

	Soll 2009 ² Januar bis Januar bis Veränderung September 2009 September 2008		Veränderung ge	ng gegenüber Vorjahr	
Aufgabenbereich		in%			
Ermittlung des Finanzierungssaldos					
1. Ausgaben	303,3	218,6	216,8	+1,8	+0,8
2. Einnahmen	253,8	188,0	192,2	-4,2	-2,2
Steuereinnahmen	224,1	164,5	171,1	-6,6	-3,9
Sonstige Einnahmen	29,8	23,5	21,1	+2,4	+11,3
Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo	-49,5	-30,6	-24,5	-6,0	+24,5
Deckung des Finanzierungssaldos					
Nettokreditaufnahme / aktueller Kapitalmarktsaldo ³	49,1	19,2	1,5	+17,7	х
kassen mäßiger Fehlbetrag	-	11,2	22,9	-11,7	-51,2
Münzeinnahmen	0,4	0,2	0,1	+0,1	+91,7
nachrichtlich:					
Investitionen (inklusive Darlehen, u. a. Vorsorge Gesundheitsfonds)	32,8	17,1	15,4	+1,7	+11,3

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

³ Soll: Nettokreditaufnahme, unterjährig: aktueller Kapitalmarktsaldo.

DRITTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2009

Betrages aus geringeren Abführungen an die EU. Die Verwaltungseinnahmen stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,4 Mrd. € beziehungsweise +11,3 %. Insbesondere der gestiegene Jahresüberschuss der Deutschen Bundesbank aus dem Geschäftsjahr 2008 (6,3 Mrd. €, davon knapp 2,8 Mrd. € über den Erblastentilgungsfonds vereinnahmt), beeinflusste hierbei das Ergebnis positiv.

Finanzierungssaldo: Der Finanzierungssaldo für den Zeitraum 1. bis 3. Quartal 2009 lag bei -30,6 Mrd. €. Dies sind 6,0 Mrd. € beziehungsweise +24,5 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Haushaltsentwicklung innerhalb eines Jahres verläuft nicht gleichmäßig, daher können aus diesen Zahlen nur bedingt Rückschlüsse auf das zu erwartende Jahresergebnis gezogen werden. Nach aktueller Einschätzung besteht jedoch auf Basis sich abzeichnender Minderausgaben (z. B. im Bereich Zinsen) und der aktuellen Steuerschätzung die Erwartung, dass die mit dem 2. Nachtragshaushalt auf 49,1 Mrd. € erhöhte Nettokreditaufnahme deutlich unterschritten werden kann (s. S. 46).

Erläuterungen zu wesentlichen Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum

Pauschale Abgeltung an die

Krankenkassen: Der Aufwuchs der Mittel ergibt sich insbesondere aus dem gesetzlich vorgesehenen Anstieg der Zahlungen des Bundes zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der gesetzlichen Krankenkassen für versicherungsfremde Aufgaben. Während im Jahr 2008 eine Jahreszahlung von 2,5 Mrd. € vorgesehen war, sah das Fünfte Buch Sozialgesetzbuch bis Juni 2009 einen Betrag von 4,0 Mrd. € vor. Darüber hinaus wurde mit dem Konjunkturpaket II eine Senkung des allgemeinen Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Juli 2009 um 0,6 Prozentpunkte auf 14,9 % beschlossen. Zur Finanzierung dieser Maßnahme wurden mit dem 1. Nachtragshaushalt 2009 die Zuführungen aus dem Bundeshaushalt an den Gesundheitsfonds von 4 Mrd. € um 3.2 Mrd. € auf insgesamt 7,2 Mrd. € für das Jahr 2009 erhöht. Die erhöhte Ausgabenentwicklung

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum

	Soll 2009 ²	Januar bis September 2009	Januar bis September 2008	Veränderung ge	genüber Vorjahr
Aufgabenbereich		in Mrd. € ¹			in%
Mehrausgaben ggü. Vorjahreszeitraum					
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	7,2	5,9	1,3	+4,7	х
Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	31,0	23,0	21,8	+1,3	+5,9
Bundeseisenbahnvermögen	5,5	3,8	2,8	+1,0	+37,3
Eisenbahnen des Bundes - Deutsche Bahn AG	4,1	2,7	2,0	+0,7	+33,7
Leistungen an die Rentenversicherung	78,9	64,7	64,0	+0,7	+1,1
Minderausgaben ggü. Vorjahreszeitraum					
Arbeitsmarktpolitik	45,9	27,4	31,9	-4,4	-13,9
Zinsen	41,4	32,8	35,6	-2,7	-7,7

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

DRITTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2009

spiegelt diesen Anstieg und die geänderte Auszahlung des Bundeszuschusses ab 2009 von halbjährlich auf monatlich wider. Sie bildet darüber hinaus ab, dass die monatlichen Teilzahlungen des Bundes vorgezogen werden können, um ein Darlehen zu vermeiden, das der Bund dem zum 1. Januar 2009 neu errichteten Gesundheitsfonds gewährt, sofern die Einnahmen und die Liquiditätsreserve des Fonds nicht ausreichen, um die Zuweisungen an die Krankenkassen zu leisten.

Verteidigung, einschließlich zivile Verteidigung: Der Anstieg der Ausgaben spiegelt die Erhöhung der Ausgabenansätze für das Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr wider. Die Mittel fließen im Jahresverlauf nicht gleichmäßig ab.

Bundeseisenbahnvermögen: Die nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Verwaltungsausgaben des Sondervermögens des Bundes werden aus dem Bundeshaushalt getragen. Die im Vergleich zum Vorjahreszeitraum höhere Erstattung des Bundes resultiert im Wesentlichen daraus, dass die Privatisierung eines Geschäftsanteils des Bundeseisenbahnvermögens an der Vivico Real Estate GmbH im Vorjahreszeitraum zu einer niedrigeren Erstattungsleistung des Bundes geführt hat.

Eisenbahnen des Bundes: Die

Investitionsmittel im Schienenbereich wurden - auch durch das Konjunkturpaket I gegenüber den Vorjahren wesentlich erhöht. Von den für 2009 zur Verfügung stehenden Mitteln in Höhe rd. 4,1 Mrd. € entfallen 2,5 Mrd. € auf Leistungen zum Erhalt des Schienennetzes, zu denen die Bundesregierung mit der Deutschen Bahn AG (DB AG) für die Jahre 2009 bis 2013 eine Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung abgeschlossen hat. Die Auszahlung dieser Bestandsnetzmittel erfolgt in monatlichen Raten und damit nicht mehr - wie in den Vorjahren - projektbezogen. Von dem Gesamtbetrag von 2,5 Mrd. € p. a. wurden bis Ende September 2009 bereits 1,75 Mrd. € an die DB AG ausgezahlt. Auch die aus

Mautmitteln finanzierten Ausgaben für den Schienenbereich, die im Wesentlichen für Bedarfsplanvorhaben eingesetzt werden, lagen bis Ende September 2009 über dem Vorjahreswert.

Leistungen an die Rentenversicherung: Die im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Bundesleistungen entsprechen den gesetzlichen Regelungen des § 213 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch, die die Zuschüsse des Bundes an die allgemeine

Rentenversicherung regeln.

Arbeitsmarktpolitik: Die Ausgaben im Bereich Arbeitsmarktpolitik vom 1. bis 3. Quartal 2009 liegen um 4,4 Mrd. € niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dieser Rückgang ist die Folge der geänderten Zahlungsmodalitäten für die "Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung", die einem Mehrwertsteuerpunkt beziehungsweise rund 8 Mrd. € entspricht. Bis 2008 wurde dieser Transfer an die Bundesagentur für Arbeit in gleichen monatlichen Raten gezahlt. Ab 2009 erfolgen im Regelfall Zahlungen zum Jahresende, so dass sich für das 1. bis 3. Quartal 2009 eine Entlastung des Bundeshaushalts um 5,2 Mrd. € ergibt. Die Ausgaben des Bundes für "Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende" sind um 0,9 Mrd. € im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen. Dieser verhältnismäßig geringe Anstieg zeigt, dass sich die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Arbeitsmarktausgaben bisher auf den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit konzentrieren. Insbesondere ist ein erheblicher Anstieg der Ausgaben für Kurzarbeit zu verzeichnen. Durch die positive Entwicklung des Haushaltes der Bundesagentur für Arbeit vor der Finanzkrise kann die Bundesagentur 2009 ihre Aufgaben noch ohne ein Darlehn des Bundes erfüllen.

Zinsen: Die Zinsausgaben des laufenden Jahres werden im Wesentlichen durch die Kreditaufnahme (Volumen und Konditionen) der Vorjahre bestimmt. Gleichwohl

DRITTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2009

führten die deutlichen Absenkungen der Renditen kurzfristiger Kreditaufnahmen zu Einsparungen gegenüber den Planansätzen. Im Gegensatz dazu erhöhten sich die Zinssätze längerfristiger Laufzeiten zur Jahresmitte leicht, was stärkere Schwankungen bei den für Disagien geleisteten Zahlungen zur Folge hatte.

2 Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2009

Mit dem Unternehmensteuerreformgesetz 2008 vom 14. August 2007 (BGBl. I S. 1912) werden nationalen wie internationalen Investoren attraktive steuerliche Rahmenbedingungen geboten, das Steueraufkommen langfristig gesichert und der weitere Verlust an Steuersubstrat verhindert. Kernelemente der Reform sind u.a. die Senkung der Gesamtbelastung für Kapitalgesellschaften um fast neun Prozentpunkte auf unter 30 % sowie die Einführung einer Tarifbegünstigung für nicht entnommene Gewinne von Personenunternehmen. Des Weiteren wurde die Neukonzeption der Besteuerung von Kapitaleinkünften des Privatvermögens beschlossen. Dieser Reformschritt wurde zum 1. Januar 2009 umgesetzt und ist eng mit der Reform der Unternehmensbesteuerung verbunden. Zukünftig werden alle im Privatvermögen zufließenden Kapitaleinkünfte einheitlich mit einer 25 % igen, durch die Kreditinstitute einzubehaltenden Abgeltungsteuer belegt. Durch eine Veranlagungsoption ergibt sich für Steuerpflichtige mit Zinseinkünften bei einem unter 25 Prozent liegenden individuellen Grenzsteuersatz keine Mehrbelastung.

Das Jahressteuergesetz 2009 vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794) umfasst eine Vielzahl von Verbesserungen in verschiedenen Bereichen des Steuerrechts. Die Maßnahmen betreffen ganz unterschiedliche Bereiche. Das Spektrum reicht von Gesundheitsförderung über die Bekämpfung von Steuerstraftaten oder extremistischen Vereinen bis hin zu Maßnahmen, die der Verhinderung von Steuerausfällen, dem Bürokratieabbau und der Vereinfachung des Steuerrechts dienen.

Mit dem Steuerbürokratieabbaugesetz vom 20. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2850) wurden eine Reihe weiterer Maßnahmen verabschiedet, bei denen die elektronische Kommunikation zwischen den am Besteuerungsverfahren Beteiligten im Vordergrund steht. So wurden überflüssige bürokratische Lasten abgebaut sowie das Verfahren bei der Steuererhebung im Interesse von Bürgern, Unternehmen und Staat vereinfacht.

Die Bundesregierung hat am 5. November 2008 das Konjunkturpaket I "Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung" beschlossen. Dessen steuerliche Regelungen wurden im Rahmen des Gesetzes zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung vom 21. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2896) umgesetzt. Ziel ist es, den Folgen der weltweiten Abschwächung der Konjunktur sowie der Finanzmarktkrise auch mit gezielten steuerlichen Maßnahmen entgegen zu wirken. Das Gesetz erweitert für kleinere und mittlere Unternehmen die Möglichkeit, zeitlich befristet Investitionsabzugsbeträge und Sonderabschreibungen in Anspruch zu nehmen sowie bewegliche Wirtschaftsgüter degressiv abzuschreiben. Außerdem wurde der Höchstbetrag der Steuerermäßigung für die Absetzbarkeit bei der Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen verdoppelt sowie die Kraftfahrzeugsteuer für bis zum 30. Juni 2009 erstmals zugelassene Pkw bis zu zwei Jahre ausgesetzt.

Mit dem Gesetz zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2955) wurde die finanzielle Leistungsfähigkeit von Familien verbessert. Die Maßnahmen beinhalten die

DRITTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2009

spürbare Erhöhung des Kindergeldes (auf monatlich jeweils 164 € für erste und zweite Kinder, 170 € für dritte Kinder und jeweils 195 € für das vierte und jedes weitere Kind) und des Kinderfreibetrages (die Freibeträge für Kinder belaufen sich dadurch auf jährlich 6.024 € je Kind), das Schulbedarfspaket von 100 € jährlich pro hilfebedürftigem Kind sowie eine deutliche Ausweitung der Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen. Damit werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, die häusliche Pflege erleichtert und wirksame beschäftigungspolitische Impulse gesetzt.

Das Konjunkturpaket II wurde im Rahmen des Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 2. März 2009 (BGBl. I S. 416) umgesetzt, flankiert durch das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 29. Mai 2009 und das Gesetz zur Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer und Änderung anderer Gesetze vom 25. Mai 2009.

Die Einkommensteuerbelastung wird dauerhaft abgesenkt - zum einen durch die Anhebung des Grundfreibetrages in zwei Stufen zum 1. Januar 2009 sowie zum 1. Januar 2010 um jeweils 170 €, und zum anderen durch die Senkung des Eingangssteuersatzes ab dem 1. Januar 2009 von 15 % auf 14 %. Außerdem wird ebenfalls in zwei Stufen eine "Rechtsverschiebung" der Tarifeckwerte um insgesamt 730 € durchgeführt (400 € zum 1. Januar 2009 und weitere 330 € zum 1. Januar 2010). Mit diesen Maßnahmen werden die Bürgerinnen und Bürger um rund 3,1 Mrd. € im Jahr 2009 und rund 5,8 Mrd. € im Jahr 2010 entlastet. Hiervon profitieren insbesondere Geringverdiener. Es wird zudem ein Anreiz zur Arbeitsaufnahme für bisher nicht Beschäftigte geschaffen. Um die finanzielle Situation von Familien weiter zu verbessern, wurde für jedes Kind, für das im Jahr 2009 Anspruch auf Kindergeld besteht, ein einmaliger Kinderbonus von 100 € gezahlt. Die Ertragshoheit und die Verwaltungskompetenz der Kraftfahrzeugsteuer wurden ab dem 1. Juli

2009 auf den Bund übertragen. Außerdem wurde die Kraftfahrzeugsteuer für erstmals zugelassene Pkw zum 1. Juli 2009 auf einen vorrangig CO₂-orientierten Tarif umgestellt. Der paritätisch finanzierte Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung wurde zum 1. Juli 2009 um 0,6 Beitragssatzpunkte gesenkt. Zum Ausgleich steigt der bislang vorgesehene Bundeszuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung im Jahr 2009 um 3,2 Mrd. € und in den Jahren 2010 und 2011 um jeweils 6,3 Mrd. €. Im Jahr 2012 erreicht der Bundeszuschuss den bislang für 2016 vorgesehenen Endwert von 14 Mrd. €.

Mit dem Gesetz zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung vom 7. März 2009 (BGBl. I S. 451) wurden die Rahmenbedingungen für die Beteiligung der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen verbessert. Ab dem Jahr 2009 wurde die steuerliche Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung im Rahmen des Einkommensteuergesetzes und des Fünften Vermögensbildungsgesetzes erweitert. Außerdem wurde das Investmentgesetz geändert, um insbesondere für Mitarbeiter kleiner und mittlerer Unternehmen die Möglichkeit der Anlage von Kapital in einem Mitarbeiterbeteiligungsfonds zu schaffen.

Mit dem Gesetz zur Fortführung der Gesetzeslage 2006 bei der Entfernungspauschale vom 20. April 2009 (BGBl. IS. 774) wird nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Dezember 2008 die Gesetzeslage bei der Entfernungspauschale von 2006 rückwirkend ab 2007 fortgeführt. Danach kann die Entfernungspauschale von 0,30 € wieder vom ersten Entfernungskilometer an als Werbungskosten geltend gemacht werden. Höhere Aufwendungen für die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Unfallkosten als außergewöhnliche Aufwendungen sind ebenfalls wieder abziehbar. Die Umsetzung des Urteils führt im Jahr 2009 zu steuerlichen Erleichterungen für die Pendler in Höhe von rund 5.4 Mrd. €.

DRITTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2009

Das Gesetz zur verbesserten steuerlichen Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen vom 16. Juli 2009 (BGBl. IS. 1959) entlastet ab 2010 rund 16,6 Mio. Bürgerinnen und Bürger in einem Umfang von rund 10 Mrd. € jährlich insbesondere durch die steuerliche Berücksichtigung von Beiträgen zugunsten einer Krankenund Pflegeversicherung. Daneben treten Erleichterungen für Unternehmen in einem Volumen von insgesamt etwas mehr als 2,5 Mrd. € im Jahr 2009 in Kraft. Mit diesen Maßnahmen werden gezielt Voraussetzungen geschaffen, damit die Unternehmen die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise besser bewältigen können, wobei die Grundausrichtung der Unternehmensteuerreform gewahrt bleibt. Durch die zeitlich auf die Jahre 2008 und 2009 befristete Einführung einer Sanierungsklausel bei der Verlustnutzungsbeschränkung bleiben Verlustvorträge von Unternehmen insbesondere in den in Krisenzeiten wichtigen Fällen des Einstiegs eines neuen Investors oder bei einer Veränderung von Beteiligungsverhältnissen auf Grund einer Erhöhung des Kapitals des Unternehmens erhalten, wenn der Beteiligungserwerb der Sanierung dient und wesentliche Betriebsstrukturen erhalten bleiben. Die ebenfalls auf die Jahre 2008 und 2009 befristete Anhebung der Freigrenze bei der Zinsschranke von 1 Mio. € auf 3 Mio. € hilft insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen, mit den Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise umzugehen. Als weitere Maßnahme erfolgt vom 1. Juli 2009 an die Verdoppelung der Umsatzgrenze bei der Ist-Versteuerung auf 500.000 €, die den Unternehmen die in wirtschaftlich schwierigen Zeiten notwendige Liquidität verschafft. Hierdurch kommen befristet bis Ende 2011 mehr Unternehmen in den Genuss dieser Regelung. Zudem wurde durch das Bürgerentlastungsgesetz der Kreis der Berechtigten für die zusätzliche Leistung für die Schule (das so genannte Schulbedarfspaket) mit Wirkung ab dem 31. Juli 2009 auf alle Schülerinnen und Schüler ausgeweitet, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Mit dem Gesetz zur Änderung der Förderung von Biokraftstoffen vom 20. Juli 2009 (BGBl. IS. 1804) wurden die Regelungen im Energiesteuergesetz geändert, u. a. wurde die stufenweise Rückführung der steuerlichen Begünstigung von reinem Biodiesel um jährlich 3 Cent/Liter abgemildert. Die steuerliche Förderung läuft nunmehr im Jahr 2013 - statt wie bisher vorgesehen im Jahr 2012 - weitgehend aus. Daneben werden die mit der steuerlichen Förderung eng zusammenhängenden Regelungen im Bundes-Immissionsschutzgesetz zur Biokraftstoffquote angepasst. Kernpunkt hierbei ist die Absenkung der Gesamtquote für das Jahr 2009 auf 5,25 % und für die Jahre 2010 bis 2014 auf 6,25%.

Durch das Gesetz zur Änderung des Energiesteuergesetzes vom 22. Juli 2009 (BGBl. I S. 1979) wurden die durch das Haushaltsbegleitgesetz 2005 erfolgten Einschränkungen bei der Vergütung für in der Land- und Forstwirtschaft verwendeten Dieselkraftstoff für die Verbrauchsjahre 2008 und 2009 ausgesetzt, um die entlastungsberechtigten Betriebe in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld mit verbesserter Liquidität auszustatten.

Senkung des Beitragssatzes zur **Arbeitslosenversicherung:** Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wurden bereits zum 1. Januar 2007 von 6,5 % auf 4,2 % deutlich gesenkt. Beitragspflichtige Arbeitnehmer und Arbeitgeber wurden zum 1. Januar 2008 nochmals durch eine Beitragssenkung um 0,9 Prozentpunkte (auf 3,3%) nachhaltig entlastet. Bereits im vergangenen Jahr wurde beschlossen, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung ab Anfang 2009 längerfristig auf 3,0 % festzulegen und ihn - allerdings befristet bis zum 30. Juni 2010 - auf 2,8 % abzusenken. Im Rahmen des Konjunkturpaketes II wurde entschieden, den Beitragsatz nunmehr bis zum Ende des Jahres 2010 auf 2,8 % zu stabilisieren.

Eingliederungsbeitrag: Die Bundesagentur für Arbeit ist seit dem Jahr 2008 mit einem

Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009

Eingliederungsbeitrag in Höhe der Hälfte an den vom Bund getragenen Aufwendungen für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (Eingliederungsleistungen) und den Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende beteiligt. Im Jahr 2009 beträgt dieser Eingliederungsbeitrag knapp 4,9 Mrd. €. Das Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) als wesentlicher Bestandteil des Konjunkturpaketes II ist nicht Gegenstand des Bundeshaushalts. Der ITF verfügt über eine eigene Kreditermächtigung. Aus diesem Sondervermögen werden unter Berücksichtigung der am 1. Juli 2009 in

Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

	Soll 2009 ²	Januar bis September 2009	Januar bis September 2008	Veränderung ge	genüber Vorjah
Aufgabenbereich	in Mrd. € ¹				in%
Leistungen an die Rentenversicherung (RV)	78,9	64,7	64,0	+0,7	+1,1
darunter:					
Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	38,6	32,2	31,8	+0,4	+1,1
zusätzlicher Zuschuss an die RV	18,7	15,6	15,2	+0,4	+2,7
Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,5	8,6	8,6	-0,01	-0,1
Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,4	0,3	0,4	-0,05	-0,1
Bundeszuschuss an die knappschaftliche / hüttenknappschaftliche RV	6,0	5,0	5,1	-0,1	-1,1
Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die RV	2,6	2,2	2,2	+0,02	+1,1
nachrichtlich:					
Überführung der geschlossenen Sonderversorgungssysteme in die RV	1,6	1,3	1,3	+0,03	+2,0
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	7,2	5,9	1,3	+4,7	x
Liquiditätsdarlehen an den Gesundheitsfonds	4,0	-	-	-	-
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,7	3,1	3,1	-0,004	-0,1
darunter:					
Alterssicherung	2,3	1,7	1,7	-0,01	-0,4
Krankenversicherung	1,2	1,0	1,0	+0,01	+0,8
Unfallversicherung	0,1	0,3	0,4	-0,0004	-0,1
Arbeitsmarktpolitik	45,9	27,4	31,9	-4,4	-13,9
darunter:					
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung (Transferzahlung aus Mehrwertsteuererhöhung 2007)	7,8	0,5	5,7	-5,2	-91,0
Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,2	0,2	0,4	-0,2	-53,8
Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	37,8	26,7	25,8	+0,9	+3,5
darunter:					
Arbeitslosengeld II	23,5	16,9	16,6	+0,4	+2,2
Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	3,7	2,7	2,9	-0,3	-9,7
Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende	4,0	2,9	2,6	+0,4	+14,4
Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	6,6	4,1	3,6	+0,5	+15,2

DRITTER QUARTALSBERICHT ZUM BUNDESHAUSHALT 2009

noch Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

	Soll 2009 ² Januar bis Januar bis Veränderung geg			egenüber Vorjahr	
Aufgabenbereich		in Mrd. €¹			
Elterngeld	4,4	3,4	3,2	+0,2	+7,7
Erziehungsgeld	0,02	0,004	0,6	-0,5	-99,3
Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG	0,4	0,3	0,1	+0,2	х
Wohngeld ³	0,6	0,6	0,7	-0,1	-15,2
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,4	0,4	0,4	-0,02	-4,7
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2,1	1,7	1,8	-0,2	-8,9

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

Kraft getretenen Gesetzesänderung zur Aufstockung des Programms zur Stärkung der Pkw-Nachfrage in den Jahren 2009 bis 2011 Konjunktur stützende Maßnahmen bis zu einem Betrag von 20,4 Mrd. € finanziert. Da die im ITF zusammengefassten Maßnahmen zur schnellen Belebung der Konjunktur beitragen sollen, sind sie grundsätzlich bis zum Ende des Jahres 2010 befristet, können aber noch bis Ende des Jahres 2011 ausfinanziert werden. Eine Ausnahme bildet die Umweltprämie, die bis Ende des Jahres 2009 befristet wurde. Bis Ende September waren gut 2,9 Mrd. € abgeflossen, davon knapp 2,5 Mrd. € für das mit 5 Mrd. € dotierte Programm zur Stärkung der PKW-Nachfrage.

3 Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen

Soziale Sicherung

In Tabelle 3 sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung dargestellt. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Für die soziale Sicherung

sind im Bundeshaushalt 2009 insgesamt 152,7 Mrd. € veranschlagt. Mit einem Anteil von 50,3% ist dies der Schwerpunkt auf der Ausgabenseite.

Allgemeine Dienste

Bei den in Tabelle 4 dargestellten wesentlichen Ausgaben des Bundes für "Allgemeine Dienste" (s. S. 54) handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für Allgemeine Dienste sind im Bundeshaushalt 2009 mit 53,6 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 17,7 % an den Gesamtausgaben.

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Tabelle 5 (s. S. 55) gibt einen Überblick über die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Für diesen Aufgabenbereich sind im Bundeshaushalt 2009 insgesamt 14,6 Mrd. € vorgesehen. Der Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes beträgt somit 4,8 %.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

³ Vergleich 2009 zu 2008 nicht aussagekräftig, da 2008 im Juli letztmalig ein Festbetrag in Höhe von 0,4 Mrd. € nach § 34 Abs. 2 WoGG gezahlt worden ist und in Folge der ab 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Wohngeldnovelle im Vergleich zum Vorjahr die Wohngeldzahlungen erheblich gestiegen sind.

Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009

Tabelle 4: Allgemeine Dienste

	Soll 2009 ²	Januar bis September 2009	Januar bis September 2008	Veränderung ge	genüber Vorjahr
Aufgabenbereich		in M	rd. €¹		in%
Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	31,0	23,0	21,8	+1,3	+5,9
Obergruppe 55: Militärische Beschaffungen, Wehrforschung und militärische Entwicklung,	10,3	6,9	6,3	+0,5	+8,4
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	5.7	4,3	4.0	+0.3	+7.5
(Funktion 023) ³	٥,.	-1,5	-1,0	, 0,5	, 5
Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	2,3	1,7	1,7	-0,004	-0,2
Beteiligung an Einrichtungen der Weltbankgruppe	0,7	0,7	0,5	+0,2	+37,5
Beitrag zu den "Europäischen Entwicklungsfonds"	0,8	0,7	0,7	+0,03	+4,1
Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen	0,1	0,1	0,3	-0,2	-74,5
Politische Führung und zentrale Verwaltung (Oberfunktion 01)	6,4	4,7	4,4	+0,3	+6,0
Zivildienst	0,6	0,5	0,4	+0,1	+12,6
Finanzverwaltung (Oberfunktion 06)	3,8	2,7	2,3	+0,4	+16,0
Öffentliche Sicherheit und Ordnung (Oberfunktion 04)	3,7	2,5	2,4	+0,2	+6,8
nachrichtlich: Ausgaben für Versorgung	7,3	5,9	5,7	+0,2	+4,0
Ziviler Bereich	2,8	2,2	2,2	+0,02	+0,7
Bundeswehr, Bundeswehrverwaltung	4,5	3,7	3,5	+0,2	+6,1

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

In Tabelle 6 (s. S. 56) sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen abgebildet. Wesentliche Aufgabenbereiche sind hier Bau und Betrieb der Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Bundeswasserstraßen sowie Bau, Ausbau und Ersatzinvestitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes. Die Ausgaben sind im Bundeshaushalt 2009 auf 12,9 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 4,3 % an den Gesamtausgaben. Die Steigerung der klassischen Verkehrsinvestitionen im Jahr 2009 um fast 2 Mrd. € gegenüber der alten Finanzplanung auf rund 11,1 Mrd. € resultiert

je zur Hälfte aus Mehreinnahmen aus der Mauterhöhung sowie aus der Aufstockung im Rahmen des Konjunkturpakets I.

Wirtschaftsförderung

In Tabelle 7 (s. S. 56) sind die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Gewerbe und Dienstleistungen, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energieund Wasserwirtschaft aufgeführt. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung sind im Bundeshaushalt 2009 auf 7,4 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 2,4% an den Gesamtausgaben des Bundes.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

 $^{^3\,} Dar \ddot{u}ber\, hinaus\, sind\, we itere\, Mittel\, f\"{u}r\, Wirtschaftliche\, Zusammenarbeit\, bei\, anderen\, Funktionen\, veranschlagt.$

Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009

Tabelle 5: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

	Soll 2009 ²	Januar bis September 2009	Januar bis September 2008	Veränderung ge	genüber Vorjahr
Aufgabenbereich		in%			
Investitionsprogramm Ganztagsschulen	-	0,3	0,4	-0,1	-18,3
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	8,8	5,3	4,7	+0,6	+13,5
gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	3,4	1,8	1,7	+0,1	+6,5
darunter:					
Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG) in Berlin	0,6	0,3	0,4	-0,03	-7,5
Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V. (FhG) in München	0,5	0,3	0,2	+0,03	+15,5
Forschungszentren der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft (ohne DLR)	1,5	0,9	0,8	+0,1	+11,4
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) einschließlich nationales Weltraumprogramm und ESA	1,1	0,8	0,7	+0,1	+10,7
Technologie und Innovation im Mittelstand	0,6	0,4	0,3	+0,04	+13,0
Forschung und experimentelle Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rationellen Nutzung der Energie	0,2	0,1	0,1	+0,03	+28,2
Forschung und experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der menschlichen Gesundheit	0,3	0,2	0,1	+0,03	+23,8
Vorsorgeforschung in den Bereichen Klima, Energie und Umwelt	0,4	0,2	0,2	+0,03	+18,7
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1,4	1,0	0,9	+0,1	+12,8
Hochschulen	2,6	1,9	1,6	+0,3	+17,3
Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,7	0,5	0,5	-	-
Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. Bonn	0,9	0,6	0,5	+0,04	+8,0
Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	0,3	0,2	0,1	+0,04	+26,3
Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	0,3	0,2	0,1	+0,1	+53,3
Hochschulpakt 2020	0,4	0,3	0,2	+0,1	+57,8
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,1	0,1	+0,02	+18,0
nachrichtlich:					
Kunst- und Kulturpflege inklusive kulturelle Angelegenheiten im Ausland	1,8	1,3	1,2	+0,1	+9,4

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009

Tabelle 6: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

	Soll 2009 ²	Januar bis September 2009	Januar bis September 2008	Veränderung ge	genüber Vorjahr
Aufgabenbereich		in M	rd. €¹		in%
Straßen	6,8	4,1	3,7	+0,4	+10,8
Bundesautobahnen	3,9	2,3	2,1	+0,2	+9,8
Bundesstraßen	2,8	1,7	1,4	+0,3	+22,9
Wasserstraßen und Häfen	1,9	1,2	1,1	+0,1	+12,7
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	1,3	1,0	1,0		
Finanzhilfen an die Länder für die Schieneninfrastruktur und Investitionszuschüsse für den öffentlichen Personennahverkehr	0,3	0,1	0,2	-0,1	-39,0
nachrichtlich:					
Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich aus Hauptfunktion 8:					
Eisenbahnen des Bundes - Deutsche Bahn AG	4,1	2,7	2,0	+0,7	+33,7
Bundeseisenbahnvermögen	5,5	3,8	2,8	+1,0	+37,3

 $^{^{\}mathrm{1}}$ Differenzen durch Rundung möglich.

Tabelle 7: Wirtschaftsförderung

	Soll 2009 ²	Januar bis September 2009	Januar bis September 2008	Veränderung ge	genüber Vorjahr
Aufgabenbereich		in Mr	d. €¹		in%
Regionale Förderungsmaßnahmen	0,7 3	0,4	0,5	-0,1	-15,9
Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsstruktur"	0,7	0,4	0,5	-0,1	-16,0
Förderung des Steinkohlenbergbaus	1,6	1,5	1,9	-0,4	-23,3
Mittelstandsförderung ⁴	0,9	0,5	0,5	+0,1	+19,8
Förderung erneuerbarer Energien	0,8	0,5	0,3	+0,2	+80,4
Gewährleistungen	2,4	0,4	0,4	-0,05	-11,3
Landwirtschaft	1,0	0,4	0,5	-0,02	-5,4
Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"	0,7	0,2	0,2	+0,03	+18,6

 $^{^{\}mathrm{1}}$ Differenzen durch Rundung möglich.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

³ Soll ohne EFRE-Mittel (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung).

⁴ Ohne Altprogramme.

Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009

Tabelle 8: Übrige Ausgaben

	Soll 2009 ²	Januar bis September 2009	Januar bis September 2008	Veränderung ge	genüber Vorjahr
Aufgabenbereich		in Mı	rd. €¹		in%
Zinsen	41,4	32,8	35,6	-2,7	-7,7
Wohnungswesen	1,2	0,8	0,7	+0,1	+11,8
darunter die Schwerpunkte:					
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur Sozialen Wohnraumförderung	0,5	0,4	0,4	-	-
Energetische Sanierungs- und Wohnraummodernisierungsprogramme der KfW	0,6	0,4	0,3	+0,1	+33,3
Städtebauförderung	0,6	0,2	0,2	-0,03	-14,4
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1,3	0,7	0,6	+0,1	+14,0
darunter					
Gesundheit	0,4	0,3	0,2	+0,02	+9,4
Umweltschutz	0,4	0,2	0,1	+0,03	+26,5
Sport und Erholung	0,1	0,1	0,1	+0,01	+7,6
Postbeamtenversorgungskasse	5,9	4,5	4,2	+0,2	+5,2
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,3	0,2	0,2	+0,01	+7,7

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

Übrige Ausgaben

Tabelle 8 gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes in den Aufgabenbereichen Wohnungswesen, Gesundheit und Sport und allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen auf die Bundesschuld.

4 Entwicklung der Einnahmen

In Tabelle 9 (s. S. 58) sind die Einnahmen des Bundes im Jahr 2009 aufgeführt. Den weitaus größten Teil der Einnahmen des Bundes (81,2%) machen die mit dem 2. Nachtragshaushalt 2009 im Soll veranschlagten Steuereinnahmen des Bundes mit 224,1 Mrd. € aus. Für sonstige Einnahmen sind im Jahr 2009 29,8 Mrd. € vorgesehen, was einem Anteil von 13,3% an den Einnahmen insgesamt entspricht. Zur Deckung des Finanzierungssaldos aus Ausgaben und Einnahmen sind eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 49,1 Mrd. € und Münzeinnahmen in Höhe von 0,4 Mrd. € veranschlagt.

² Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009

Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen

	Soll 2009 ²	Januar bis September 2009	Januar bis September 2008	Veränderung ge	genüber Vorjahr
Aufgabenbereich		in%			
Einnahmen	253,8	188,0	192,2	-4,2	-2,2
darunter:					
Steuern	224,1	164,5	171,1	-6,6	-3,9
Bundesanteile an Gemeinschaftlichen Steuern und Gewerbesteuerumlage ³	181,9	131,4	141,4	-9,9	-7,0
Lohnsteuer	57,8	39,6	41,8	-2,2	-5,2
Veranlagte Einkommensteuer	9,7	8,0	9,8	-1,8	-17,9
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	7,3	5,5	6,5	-1,0	-15,8
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ⁴	5,3	4,5	4,6	-0,2	-3,5
Körperschaftsteuer	5,5	2,7	6,8	-4,2	-60,9
Steuern vom Umsatz	95,2	70,6	71,1	-0,5	-0,7
Gewerbesteuerumlage	1,2	0,6	0,7	-0,1	-16,8
Bundessteuern 1,3	87,4	60,9	59,1	+1,8	+3,0
Energiesteuer	38,1	24,7	24,0	+0,7	+2,8
Tabaksteuer	13,4	9,4	9,5	-0,0	-0,4
Solidaritätszuschlag	12,0	8,9	9,8	-0,9	-8,9
Versicherungsteuer	10,5	8,6	8,6	+0,0	+0,3
Stromsteuer	6,2	4,7	4,6	+0,1	+2,3
Branntweinsteuer	2,1	1,6	1,6	+0,0	-2,2
Kraftfahrzeugsteuer ⁵	3,7	1,9	-	+1,9	х
Kaffeesteuer	1,0	0,7	0,7	+0,001	+0,1
Schaumweinsteuer	0,4	0,3	0,3	-0,004	-1,1
Sonstige Bundessteuern	0,002	0,002	0,002	+0,0	-0,6
Abzugsbeträge ⁶	-43,9	-27,9	-29,4	+1,5	-5,3
Ergänzungszuweisungen an Länder	-13,8	-10,3	-11,1	+0,8	-7,5
Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	-6,8	-5,1	-5,0	-0,1	+1,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-2,3	-1,5	-2,8	+1,3	-46,5
BNE-Eigenmittel der EU	-16,5	-8,7	-10,5	+1,8	-16,8
Kompensationszahlungen an die Länder zum Ausgleich der weggefallenen Einnahmen KfZ-Steuer und LKW-Maut	-4,6	-2,3	-	-2,3	х

Dritter Quartalsbericht zum Bundeshaushalt 2009

noch Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen

	Soll 2009 ²	Januar bis September 2009	Januar bis September 2008	Veränderung ge	genüber Vorjahr
Aufgabenbereich		in M	rd. €¹		in%
Sonstige Einnahmen	29,8	23,5	21,1	+2,4	+11,3
darunter:					
Abführung Bundesbank	3,5	3,5	3,5	-	-
Einnahmen aus Abführungen des Erblastentilgungsfonds	2,8	2,8	-	+2,8	х
Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen, Darlehensrückflüsse sowie Privatisierungserlöse	4,0	3,3	3,2	+0,2	+5,0
Erlöse aus dem Verkauf von CO ₂ -Zertifikaten	0,9	0,1	-	+0,1	x
Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	4,9	3,4	3,8	-0,3	-8,6
Einnahmen aus der streckenbezogenen LKW-Maut	5,0	3,1	2,6	+0,5	+20,7

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

 $^{^{2}}$ Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

³ Soll ohne Berücksichtigung der Veränderungen aufgrund steuerlicher Maßnahmen und Einnahmeentwicklung (Kapitel 6001 Tgr. 01)

⁴ Bis 2008 Zinsabschlag.

⁵ Ab 1. Juli 2009.

 $^{^{6}}$ Abzugsbeträge sind Zahlungen, die aus dem Steueraufkommen des Bundes geleistet werden.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2009

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder¹ im 1. bis 3. Quartal 2009

- - Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern sinken gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6,0 %.
 - Die gewinnabhängigen Steuern entwickelten sich stark rückläufig.
 - Die Steuern vom Umsatz bleiben stabil.

1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne Gemeindesteuern) im 1. bis 3. Quartal 2009

Die bei Bund und Ländern im 1. bis 3. Quartal 2009 eingegangenen Steuereinnahmen betrugen 352 841 Mio. €, das sind - 22 345 Mio. € beziehungsweise - 6,0 % weniger als im 1. bis 3. Quartal 2008.

Die Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2009 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie folgt dar (s. S. 63).

Die **gemeinschaftlichen Steuern** unterschritten im 1. bis 3. Quartal 2009

¹Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 "Finanzen und Steuern", Reihe 4 "Steuerhaushalt" im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht. ihr Vorjahresniveau um - 6,8 %. Zu diesem Rückgang haben alle Einzelkomponenten mit Ausnahme der Steuern vom Umsatz beigetragen. Während im 1. Quartal 2009 die Abstandsrate zum Vorjahr noch bei -1,3 % lag, fiel sie im 2. und 3. Quartal mit - 9,8 % beziehungsweise - 9,1 % deutlich höher aus.

Die Bruttoeinnahmen (vor Abzug von Kindergeld und Altersvorsorgezulage) aus der Lohnsteuer lagen im Berichtszeitraum mit - 0,8 % nur knapp unter dem Ergebnis des Vorjahreszeitraumes. Die Abzugsbeträge nahmen jedoch stark zu: Zu Jahresbeginn wurde das Kindergeld angehoben und im Frühjahr wurde eine Einmalzahlung (Kinderbonus) von 100 € je Kind geleistet. Zudem wirkte sich die letzte Stufe der Anhebung der Altersvorsorgepauschale in diesem Jahr stark aufkommensmindernd aus. Durch die gestiegenen Kindergeldzahlungen (+ rund 3 Mrd. € auf nunmehr 28,1 Mrd. €) und die nahezu verdoppelte Altersvorsorgezulage (+83,5%) sank das Kassenaufkommen aus der Lohnsteuer im 1. bis 3. Quartal 2009 um - 4,9% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 2008.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2009

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2009 Steuereinnahmen nach Ertragshoheit

	1 3. Quarta	l in Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr		
	2009	2008	in Mio. €	in%	
Gemeinschaftliche Steuern	275 676	295 928	-20 253	-6,8	
Reine Bundessteuern	60 873	59 102	1 771	3,0	
Reine Ländersteuern	13 560	17 232	-3 672	-21,3	
Zölle	2732	2 923	-191	-6,5	
Steuereinnahmen insgesamt	352 841	375 186	-22 345	-6,0	
(ohne Gemeindesteuern)	332 041	5.5.66	22 343	0,0	

Differenzen in den Summen durch Rundung.

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer unterschritten von Januar bis September 2009 ihr Vorjahresniveau um -17,9 %. Die aus dieser Steuer zu leistenden Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG erhöhten sich – insbesondere bedingt durch die Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale – um über ein Drittel (+37,8 %), während die Zahlungen der Eigenheimzulage, bei der in jedem Jahr ein Förderjahrgang entfällt, ohne dass ein neuer hinzukommt, um ein Fünftel (-20,4 %) zurückgingen.

Bei der Körperschaftsteuer zeigen sich die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders deutlich. Aufgrund der eingebrochenen Gewinne verminderte sich das Kassenaufkommen um - 60,9% von 13,6 Mrd. € auf nunmehr 5,3 Mrd. €. Geschuldet ist dieser Einbruch den deutlich reduzierten Vorauszahlungen und den hohen Erstattungen für das Vorjahr. Die Auszahlung von Steuerguthaben aus Altkapital nach § 37 Abs. 5 KStG belief sich im 1. bis 3. Quartal 2009 auf insgesamt 1,5 Mrd. €. Die Investitionszulagen stiegen wegen der hohen Investitionen des Jahres 2008 im Berichtszeitraum zeitverzögert um rund ein Drittel (+ 32,7%).

Die Einnahmen aus der **Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge** zeigen ein sehr unterschiedliches Bild: Nach einer Zunahme um + 1,0 % im 1. Quartal 2009 folgten ein Rückgang um - 1,8 % im 2. Quartal 2009 und ein deutliches Minus im 3. Quartal 2009

(-14,2%). Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass im 1. Quartal noch Steuern aus dem Dezember 2008 eingingen, die mit dem höheren Steuersatz von 30 % belastet waren. Dieser wurde zum 1. Januar 2009 von 30 % auf 25 % (d.h. um -16,7%) reduziert. Kumuliert betrug die Veränderungsrate für Januar bis September 2009 insgesamt - 3,5 %.

Einen ähnlichen Verlauf in den drei Quartalen weist auch das Aufkommen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag auf: Nach +4,6% im 1. Quartal mussten in den Folgeguartalen Minusraten im zweistelligen Bereich festgestellt werden (-19,7 % bzw. zuletzt - 29,5 %). Für Januar bis September 2009 ergibt sich somit ein Rückgang um insgesamt - 15,8 % - und das trotz der Anhebung des Steuersatzes von 25 % auf 30 % (+20 %). Diese Einnahmen hängen von der Gewinnentwicklung der Unternehmen im Vorjahr und den daraus resultierenden Gewinnausschüttungen im laufenden Jahr ab. Auch hier hat die Wirtschafts- und Finanzkrise deutliche Spuren hinterlassen.

Recht uneinheitlich entwickelten sich ebenfalls die Kasseneinnahmen der **Steuern vom Umsatz** zu einem Gesamtniveau, das mit + 0,3 % das Vorjahresergebnis knapp übertraf. Während die Umsatzsteuer mit + 2,2 %, + 14,8 % und + 9,2 % in den ersten drei Quartalen jeweils Einnahmensteigerungen verbuchen konnte (im Gesamtzeitraum: + 8,6 %), lagen die entsprechenden Veränderungsraten bei der

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2009

Einfuhrumsatzsteuer aus Nicht-EU-Ländern im zweistelligen Minusbereich (-18,1%, -26,8 % bzw. -25,7%; insgesamt: -23,6 %). Dieser Rückgang ist auf niedrigere Importpreise und ein kleineres Einfuhrvolumen aufgrund der schwachen inländischen Produktionstätigkeit zurückzuführen. Bei der Interpretation der Ergebnisse für die Umsatzsteuer muss der steuertechnische Zusammenhang berücksichtigt werden, dass Einbußen bei der Einfuhrumsatzsteuer weniger Vorsteueranrechnungen zur Folge haben.

Im Gegensatz zu den gemeinschaftlichen Steuern entwickelten sich die **Bundessteuern** mit +3,0 % im 1. bis 3. Quartal 2009 positiv. Allerdings ist dieser Anstieg ausschließlich auf die Tatsache zurückzuführen, dass seit dem 1. Juli 2009 die Ertragskompetenz aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zusteht – gegen Zahlung einer finanziellen Kompensation an die Länder. Ohne die Zuflüsse aus der Kraftfahrzeugsteuer läge das Kassenergebnis der reinen Bundessteuern im Zeitraum Januar bis September bei - 0,2 %.

Von den aufkommensstärksten Bundessteuern weisen die Einnahmen aus der Energiesteuer (+ 2,8 %), der Stromsteuer (+ 2,3 %) und der Versicherungsteuer (+ 0,3 %) einen Anstieg auf. Die Energiesteuer verzeichnet nach Zuwächsen im 1. und 2. Quartal 2009 mit + 2,3 % bzw. + 5,1 % im 3. Quartal 2009 lediglich ein leichtes Plus von + 0,8 %. Die Energiesteuer auf Heizöl stieg im Berichtszeitraum um + 62,2 %, die Energiesteuer auf Erdgas um + 21,2 %. Hier wurde offensichtlich der Nachfragerückstau aus dem Vorjahr abgebaut.

Das Tabaksteueraufkommen verfehlte von Januar bis September 2009 das Vorjahresniveau mit insgesamt - 0,4% knapp, wobei auch hier die einzelnen Quartale ein differenziertes Bild zeigen: Einem Minus im 1. Quartal (-7,1%) folgte nach einem Plus im 2. Quartal (+9,0%) wieder ein Rückgang um - 4,1% im 3. Quartal 2009. Diese starken Schwankungen dürften kassentechnische Ursachen haben.

Der Solidaritätszuschlag sank von Januar bis September 2009 korrespondierend mit der Verringerung seiner Bemessungsgrundlagen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um - 8,9 %.

Die Ländersteuern entwickelten sich im 1. bis 3. Quartal 2009 mit einer Abnahme ihres Aufkommens um - 21,3 % auf den ersten Blick besonders negativ. Ursächlich hierfür ist allerdings vor allem die Wirkung der Kompetenzverlagerung bei der Kraftfahrzeugsteuer. Ohne Berücksichtigung der Kraftfahrzeugsteuer hätte der Rückgang aber immer noch bei - 11,1% gelegen. Die Grunderwerbsteuer büßte gut ein Fünftel (-20,8%) ihres Vorjahresvolumens ein. Auch bei der Erbschaftsteuer (-4,0%) und der Rennwettund Lotteriesteuer (-3,9%) kam es im Berichtszeitraum zu Rückgängen. Auch bei der Bier- und der Feuerschutzsteuer ergaben sich mit jeweils - 1,7% moderate Mindereinnahmen.

2 Entwicklung derSteuereinnahmen in deneinzelnen Monaten des3. Quartals 2009

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) fielen im **Juli 2009** gegenüber dem Vorjahresmonat um -6,6% niedriger aus. Der Rückgang bei den gewinnabhängigen Steuern war erneut beträchtlich. Die gemeinschaftlichen Steuern unterschritten das Vergleichsniveau um -8,4%. Die Zahlen für die Bundessteuern (+11,3%) und die Ländersteuern (-39,8%) sind wegen des Wechsels der Ertragskompetenz bei der Kraftfahrzeugsteuer wenig aussagekräftig. Klammert man die Kfz-Steuer aus, so sind die Bundessteuern in diesem Monat um +1,1% und die Ländersteuern um +0,6% gestiegen.

Noch deutlicher fiel der Rückgang des Steueraufkommens insgesamt im August 2009 mit - 9,9 % aus. Wenngleich auch hier die gewinnabhängigen Steuern drastisch an Volumen verloren haben, so werden diese Einnahmeneinbußen insgesamt durch

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2009

Sonderfaktoren geprägt. Zum einen haben sich die Zahlungen der Altersvorsorgezulage im Vergleich zum Vorjahresmonat verdoppelt und das Lohnsteueraufkommen negativ beeinflusst. Zum anderen war es im Vorjahr zu Verschiebungen bei den Steuern vom Umsatz vom September in den August gekommen, die nun ebenfalls zum schwachen Ergebnis im August 2009 beitrugen (gemeinschaftliche Steuern insgesamt: -10,9%). Die Bundessteuern konnten das Vorjahresergebnis um + 3,9% übertreffen, die Ländersteuern verzeichneten einen zweistelligen Rückgang (-47,0%), wobei auch hier wieder auf die Besonderheiten bei der Kraftfahrzeugsteuer hinzuweisen ist (ohne Kfz-Steuer: Bundessteuern - 4,3%, Ländersteuern - 19,9%).

Im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat **September 2009** lagen die Steuereinnahmen insgesamt um - 7,4% unter dem Vorjahreswert. Hierzu trugen insbesondere die gemeinschaftlichen Steuern bei (- 8,4%), deren Veränderungsraten (Ausnahme: Steuern vom Umsatz + 5,3%) allesamt im Minus-Bereich lagen. Die Körperschaftsteuer unterschritt ihr Vorjahresvolumen um mehr als die Hälfte von 4,7 Mrd. € auf 2,2 Mrd. €. Bei der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer kam es ebenfalls zu Aufkommenseinbußen von - 4,2% bzw. - 11.7%. Die Bundessteuern

lagen im September 2009 um + 7,2 % über dem Vorjahresniveau, die Ländersteuern unterschritten es um - 46,9 % (ohne Berücksichtigung der Kraftfahrzeugsteuer Bundessteuern - 1,9 %, Ländersteuern - 12,8 %).

3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Insgesamt verzeichneten Bund, Länder und Gemeinden im 1. bis 3. Quartal 2009 einen deutlichen Einnahmenrückgang im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Beim Bund wirkten sich dabei die bisher noch deutlich niedrigeren EU-Abführungen positiv aus. Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2009 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in Tabelle 2 dargestellt.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. bis 3. Quartal 2009 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF.

Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

	1 3. Quart	al in Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr		
	2009	2008	in Mio. €	in%	
Bund ¹	165 916	172 412	-6 497	-3,8	
EU	12 945	16214	-3 269	-20,2	
Länder ¹	152 827	164011	-11 184	-6,8	
Gemeinden ²	21 153	22 549	-1 396	-6,2	
Zusammen	352 841	375 186	-22 345	-6,0	

Differenzen in den Summen durch Rundung.

¹ Nach Bundesergänzungszuweisungen.

² Lediglich Gemeindeanteil an Einkommensteuer, Abgeltungsteuer und Steuern vom Umsatz.

Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2008

Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2008

1	Art und Umfang der Erhebung der Steuerrückstände	64
2	Gesamtergebnis für das Bundesgebiet	65
2.1	Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände	65
2.2	Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten	65
2.3	Aufgliederung nach Rückstandsarten	66
	Entwicklung der Rückstandsfälle	
	Einfluss von Rückständeveränderung, Erlass und	
	Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen	68
3	Finzelsteuern	68

- Zum 31. Dezember 2008 betrugen die Steuerrückstände 16,9 Mrd. €.
- Die Rückstandsquote von 3,72 % befand sich auf historischem Tiefststand in der 30 Jahres-Betrachtung.
- Bei der Körperschaftsteuer stiegen die Rückstände im Stichtagsvergleich um 55 % auf 3,0 Mrd. €.

1 Art und Umfang der Erhebung der Steuerrückstände

Das Bundesministerium der Finanzen erstellt jährlich auf der Grundlage von Meldungen der Bundesländer einen ausführlichen Bericht über die Rückstände an Besitzund Verkehrsteuern zum Jahresende. Nachstehend werden die wesentlichen Ergebnisse zum "Stand der Steuererhebung am 31. Dezember 2008 (Rückständestatistik)" dargelegt.

Erfasst sind bei der Rückständestatistik ausschließlich die von den Finanzämtern erhobenen und über die Finanzkassen entrichteten Bundes- und Ländersteuern. Die Erhebung deckt damit mehr als 75 % der gesamten Steuereinnahmen ab. Nicht berücksichtigt sind die Einfuhrumsatzsteuer, die Zölle und Verbrauchsteuern sowie die Gemeindesteuern.

Bei den ermittelten Rückständen handelt es sich um Steueransprüche des Staates an die Steuerpflichtigen, die im Sinne der Steuergesetze entstanden und bis zum Stichtag 31. Dezember 2008 fällig geworden sind. Teilweise ist die Einziehung dieser Steuerschulden durch Verwaltungsakte der Finanzverwaltung wie Stundung oder Aussetzung der Vollziehung hinausgeschoben. Die Finanzverwaltung kann Steueransprüche stunden, wenn deren Einziehung eine erhebliche Härte für den Steuerschuldner bedeuten würde (§ 222 Abgabenordnung). Die Vollziehung eines mit Rechtsmitteln angefochtenen Steuerbescheides soll von der Finanzverwaltung ausgesetzt werden, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes bestehen oder die Vollziehung eine unbillige Härte für den Betroffenen zur Folge hätte (§ 361 Abgabenordnung). Die verbleibenden nicht gestundeten oder ausgesetzten Teile der Steuerrückstände werden als "echte Rückstände" bezeichnet. Die diesen Steueransprüchen zugrunde

Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2008

liegenden Steuerbescheide befinden sich in Vollstreckung.

Die Rückständestatistik zeigt lediglich eine Momentaufnahme eines dynamischen Prozesses, bei dem laufend alte Rückstände aus unterschiedlichen Zeiträumen abgelöst werden und neue hinzukommen. Die Steuerverwaltung ist bestrebt, durch eine möglichst zeitnahe Steuererhebung den Bodensatz an Steuerrückständen so gering wie möglich zu halten.

2 Gesamtergebnis für das Bundesgebiet

2.1 Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände

Die im Laufe eines Jahres neu entstandenen Steuerforderungen (Sollstellungen) bilden zusammen mit den zum Ende des vorangegangenen Berichtszeitraumes festgestellten Rückständen das Kassensoll. Zum Jahresende 2008 lag das Kassensoll der Besitz- und Verkehrsteuern mit 454 148 Mio. € um 4,3 % über dem Wert des Vorjahresstichtages. Das kassenmäßige Aufkommen belief sich Ende 2008 auf 432 616 Mio. € und erhöhte sich damit um 4,4% gegenüber dem Vorjahresaufkommen.

Der Erlass von Steuerbeträgen stieg im Berichtszeitraum auf 318 Mio. € (um 179,4%). Diese Erhöhung dürfte in der Abwicklung von Einzelfällen begründet sein. Die verwaltungsinternen Niederschlagungen von Steueransprüchen wegen festgestellter Erfolglosigkeit der Beitreibung stiegen gegenüber dem Jahr 2007 um 4,2% auf 4 333 Mio. €. Damit ergibt sich für Erlass und Niederschlagungen zusammen ein Anteil von 1,02% am Kassensoll (Vorjahr: 0,98%).

Bereinigt man das Kassensoll um das kassenmäßige Aufkommen sowie die durch Erlass und Niederschlagung entstandenen Steuerausfälle, ergeben sich Gesamtrückstände aller Besitz- und Verkehrsteuern am Erhebungstag 31. Dezember 2008 in Höhe von 16 880 Mio. €. Das bedeutet einen Rückgang um 112 Mio. € bzw. 0,7% gegenüber dem Vorjahr.

2.2 Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten

Gemessen am Kassensoll aller erfassten Besitz- und Verkehrsteuern ergeben sich die nachstehenden Rückstands- , Erlass- und Niederschlagungsquoten (s. S. 66):

Die Rückstandsquote sank auf 3,72% (Ende 2007: 3,90%). Dies ist ein Ergebnis des

Tabelle 1:	Entwicklung	ı der Steuerei	hebuna unc	der S	Steuerrückstände

	Rückstände am		Rückstände am				
Stand am 31.12.	31.12. des Vorjahres	Sollstellungen	Kassensoll (Sp. 2+3)	kassenmäßiges Aufkommen	Erlass	Nieder- schlagungen	Erhebungs- stichtag (Sp. 4 - (5+6+7))
				in Mio. €			
1	2	3	4	5	6	7	8
2004	19 481	341 137	360 618	337 734	41	5 525	17319
2005	17319	350 859	368 178	345 653	387	5 201	16937
2006	16937	376 190	393 127	371 883	67	5 390	15 787
2007	15 787	419 695	435 482	414218	114	4 157	16 993
2008	16 993	437 155	454 148	432 616	318	4333	16 880

Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2008

Tabelle 2: Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten

Stand am 31.12.	Rückstandsquote (Rückstand/ Kassensoll)	Erlassquote (Erlass/ Kassensoll)	Niederschlagungsquote (Niederschlagung/Kassensoll)	
		in%		
1	2	3	4	
2004	4,80	0,01	1,53	
2005	4,60	0,10	1,41	
2006	4,02	0,02	1,37	
2007	3,90	0,03	0,95	
2008	3,72	0,07	0,95	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Rückgangs der Rückstände um 0,7% in Verbindung mit der Erhöhung des Kassensolls um 4,3%. Die Niederschlagungsquote blieb im Vergleich zum Vorjahr unverändert, während die Erlassquote anstieg.

2.3 Aufgliederung nach Rückstandsarten

Die Gesamtrückstände setzen sich aus den gestundeten und ausgesetzten Beträgen sowie den echten Rückständen zusammen. Die Stundungen stiegen um 373 Mio. € (56,7%) auf 1029 Mio. € (6,1% der Gesamtrückstände). Dies dürfte auch auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zurückzuführen sein.

Die Aussetzungen erhöhten sich um 57 Mio. € (0,6 %) auf 8 812 Mio. € (52,2 % der Gesamtrückstände). Bei diesen Beträgen dürfte aufgrund der hohen Erfolgsaussichten eingelegter Rechtsmittel überwiegend nicht mehr mit Zahlungen zu rechnen sein.

Die echten Rückstände, die trotz abgelaufener Zahlungsfristen am Erhebungsstichtag noch nicht gezahlt worden waren und bei denen im Allgemeinen eine Beitreibung eingeleitet worden ist, sanken um 542 Mio. € (7,1%) auf 7 039 Mio. € (41,7% der Gesamtrückstände).

Um die Erfolgsaussichten für die Einziehung echter Rückstände besser beurteilen zu können, werden bei den Finanzämtern zusätzliche Informationen erhoben, die danach unterscheiden, ob diese Rückstände noch "nicht gemahnt", "gemahnt" oder in eine "Rückstandsanzeige aufgenommen" sind.

Tabelle 3: Aufgliederung nach Rückstandsarten

Stand am 31.12.	D" 1"	davon							
	Rückstände	gestu	ındet	ausge	esetzt	echte Rückstände			
	in Mio. €	in Mio. € Anteil in %		in Mio. €	in Mio. € Anteil in %		Anteil in %		
1	2	3	4 (= 3/2)	5	6 (= 5/2)	7	8 (= 7/2)		
2004	17319	831	4,8	8 956	51,7	7 531	43,5		
2005	16937	798	4,7	9015	53,2	7 124	42,1		
2006	15 787	804	5,1	8 473	53,7	6 509	41,2		
2007	16 993	656	3,9	8 756	51,5	7 581	44,6		
2008	16 880	1 029	6,1	8 812	52,2	7 039	41,7		

Г

Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2008

Tabelle 4: Entwicklung der Rückstandsfälle

Stand am 31.12.	Rückstände	Veränderung Rückstand zum Vorjahr	Zahl der Rückstandsfälle	Veränderung Fälle zum Vorjahr	Durchschnitts- betrag je Rückstandsfall	Veränderung Durchschnitts- betrag zum Vorjahr
	in Mio. €	in%	in Tsd.	in%	in€	in%
1	2	3	4	5	6	7
2004	17319	-11,1	3 709	-12,2	4 669	1,3
2005	16 937	-2,2	3 614	-2,5	4 686	0,4
2006	15 787	-6,8	3 4 1 0	-5,6	4 629	-1,2
2007	16 993	7,6	3 508	2,9	4 844	4,6
2008	16 880	-0,7	3 532	0,7	4 779	-1,3

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Nach dieser zusätzlichen Statistik waren 26,9 % der echten Rückstände "weder gemahnt noch in eine Rückstandsanzeige aufgenommen", 25,1% "gemahnt" sowie 47,9 % in einer "Rückstandsanzeige erfasst". Davon wiederum waren bereits 13,1% vor dem Berichtszeitraum fällig. In Verbindung mit den ausgesetzten Rückständen muss deshalb ein erheblicher Teil der statistisch erfassten Rückstände als nicht realisierbar betrachtet werden.

2.4 Entwicklung der Rückstandsfälle

Die Rückstandsfälle sind um 0,7% gestiegen und das Rückständevolumen ist um 0,7% zurückgegangen. Aus dem Anstieg der Anzahl der Fälle und dem Rückgang des Rückständevolumens resultiert eine leichte Verringerung des durchschnittlichen Rückstandsbetrages um 1,3 % auf 4779 €.

Bemerkenswert ist hier die große Variationsbreite, innerhalb derer sich die durchschnittliche Höhe des Forderungsbetrages der Rückstandsfälle bewegt. Diese reicht von 210 € pro Fall bei der Kraftfahrzeugsteuer bis zu 645 299 € bei der Versicherungsteuer. Der größte Anteil an Rückstandsfällen entfiel mit 38,8 % der Gesamtfälle auf die veranlagte Einkommensteuer, gefolgt von der Umsatzsteuer mit 19,7 %, der Kraftfahrzeugsteuer mit 18,3 % und dem Solidaritätszuschlag mit 17,1 %.

Tabelle 5: Einfluss von Rückständeveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen

Erhebungsstichtag 31.12.	Rückstände- veränderung	Erlass	Niederschlagungen	Minderung des kassen	mäßigen Aufkommens
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in % des Kassensolls
1	2	3	4	5 (=2+3+4)	6
2004	-2 163	41	5 525	3 403	0,9
2005	-381	387	5 201	5 207	1,4
2006	-1 150	67	5 390	4 3 0 6	1,1
2007	1 206	114	4 157	5 477	1,3
2008	-112	318	4333	4 539	1,0

Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2008

2.5 Einfluss von Rückständeveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen

Die Minderung des kassenmäßigen Aufkommens um 4 539 Mio. € bzw. 1% des Kassensolls im Jahr 2008 ist niedriger als die Summe aus Erlass und Niederschlagung des Berichtszeitraums. Dies ist auf eine leichte Verringerung der Rückstände gegenüber dem Vorjahr um 112 Mio. € zurückzuführen.

3 Einzelsteuern

Mit einem Anteil von 68,5 % bilden die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer die für das Kassensoll wichtigsten Steuerarten. Bei den Rückständen dominieren hingegen die veranlagte Einkommensteuer, die Umsatzsteuer sowie die Körperschaftsteuer, deren Gesamtgewicht an den Rückständen aller Besitz- und Verkehrsteuern am 31. Dezember 2008 bei 83,3 % lag.

Die Rückstandsquote von 16,19% bei der veranlagten Einkommensteuer vermittelt ein verzerrtes Bild, da hier das Kassensoll bereits um verschiedene Abzüge (Eigenheimzulage, Investitionszulage, Arbeitnehmererstattungen) gemindert ist. Vor Abzug ergibt sich eine Rückstandsquote von unter 11%. Absolut weist die veranlagte Einkommensteuer mit circa 7 Mrd. € die höchsten Rückstände auf.

Die Körperschaftsteuer verzeichnet einen Anstieg der Rückstände um 17,2%. Aufgrund des stärker gesunkenen Kassensolls (um 24,4%) ist die Rückstandsquote – sicherlich auch konjunkturbedingt – auf das sehr hohe Niveau von 15,43% gestiegen.

Die Rückstandsquoten der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer liegen ebenso wie die der Erbschaftsteuer (mit 13,68%) weit über dem Durchschnitt.

Bei der Umsatzsteuer weisen die Rückstände zwar mit 4,1 Mrd. € das zweithöchste Volumen

Tabelle 6: Übersicht der Rückstände nach Einzelsteuern

Rückstände der Einzelsteuern 31.12.2008	Kassensoll Mio. €	Veränd. ggü. Vorj. (%)	Anteil (%)	Rückstände in Mio. €	Veränd. ggü. Vorj. (%)	Anteil (%)	Rückstands- quote (%)	Veränd. ggü. Vorjahr (%)
Lohnsteuer	173 459	5,6	38,2	492	3,8	2,9	0,28	-1,7
Umsatzsteuer	137730	2,6	30,3	4108	-6,2	24,3	2,98	-8,5
veranlagte Einkommensteuer	42 827	19,7	9,4	6935	-3,4	41,1	16,19	-19,3
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	19 972	17,0	4,4	314	4,6	1,9	1,57	-10,6
Körperschaftsteuer	19 566	-24,4	4,3	3 019	17,2	17,9	15,43	55,0
Solidaritätszuschlag	14012	6,3	3,1	573	7,2	3,4	4,09	0,8
Zinsabschlag	13 161	19,3	2,9	12	238,1	0,1	0,09	183,3
Versicherungsteuer	10 528	4,4	2,3	50	-18,8	0,3	0,47	-22,2
Kraftfahrzeugsteuer	8 995	-1,2	2,0	136	-30,1	0,8	1,51	-29,2
Grunderwerbsteuer	6137	-16,3	1,4	391	6,8	2,3	6,36	27,6
Erbschaftsteuer	5 538	9,8	1,2	758	-8,1	4,5	13,68	-16,3
übrige Besitz- und Verkehrsteuern	2 223	-11,4	0,5	95	-8,6	0,6	4,28	3,2
Rückstände gesamt	454 148	4,3	100,0	16 880	-0,7	100,0	3,72	-4,7

Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2008

auf, aufgrund des hohen Kassensolls ergibt sich jedoch lediglich eine Rückstandsquote von 2,98 %.

Die Rückstände der Lohnsteuer weisen sowohl absolut als auch im Verhältnis zum Kassensoll (Rückstandsquote) ein niedriges Niveau auf.

Besonders hohe Anteile der echten Rückstände, also der nicht gestundeten oder ausgesetzten Beträge an den Gesamtrückständen, bestanden am 31. Dezember 2008 beim Zinsabschlag (100,0%), bei der Kraftfahrzeugsteuer (98,7%), bei der Umsatzsteuer (64,2%), bei der Lohnsteuer (56,8%) und bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (56,0%).

Die nachstehende tabellarische Übersicht zeigt die Ergebnisse der Rückständestatistik für die wichtigsten Einzelsteuern in den Jahren 2004 bis 2008 (s. S. 70):

Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2008

Tabelle 7: Ergebnisse wichtiger Einzelsteuern

			in den verg	Rückstände						
Stand am 31.12.	Rückstände im Vorjahr	Soll- stellungen	Kassensoll Sp. 2+3	Kassen- einnahmen	Erlass	Niederschla- gungen	31.12. Sp. 4 abzgl. Sp. 5+6+7	gestundet	ausgesetzt	echte Rückstände
					ir	Mio.€				
1. Lohnsteuer										
2004	904	154 268	155 172	154 081	2	261	827	88	348	392
2005	827	149 772	150 600	149 523	1	235	840	91	459	290
2006	840	153 845	154 685	153 791	1	244	649	81	276	292
2007	649	163 581	164 230	163 587	3	166	474	3	201	271
2008	474	172 985	173 459	172 809	11	146	492	8	205	280
2. Veranlagte Einkommensteuer										
2004	7 548	8 966	16514	8 019	14	1 542	6 939	308	3 769	2 863
2005	6 9 3 9	14038	20 978	12 477	19	1 540	6 941	256	3 921	2 765
2006	6941	21 688	28 630	20 213	31	1 497	6 889	293	3 879	2 717
2007	6889	28 884	35 773	27 289	51	1 256	7 178	302	3 820	3 056
2008	7 178	35 650	42 827	34 548	131	1 214	6 935	468	3 696	2 770
3. Körperschaft- steuer										
2004	2 573	13 803	16377	13 307	2	329	2 738	49	2 192	497
2005	2 738	16723	19 461	16 493	3	339	2 626	47	2 145	434
2006	2 626	23 208	25 834	23 011	3	302	2 518	142	1 967	408
2007	2 518	23 363	25 881	22 995	7	303	2 576	54	1 858	664
2008	2 576	16990	19 566	16 299	8	240	3 019	127	2 385	507
4. Umsatzsteuer										
2004	5 3 3 6	107 227	112 563	104 735	21	3 163	4 645	225	1 409	3 010
2005	4 645	110839	115 483	108 458	21	2 867	4138	255	1 162	2 721
2006	4 138	113 962	118 099	111 328	29	3 132	3 611	125	1 124	2 362
2007	3 611	130 631	134 241	127 566	41	2 257	4377	142	1 562	2 673
2008	4377	133 353	137 730	130 882	157	2 583	4108	236	1 235	2 636
5. Erbschaftsteuer										
2004	791	4216	5 007	4 2 8 2	0	28	697	102	473	122
2005	697	4 156	4853	4 0 9 7	0	23	733	89	527	116
2006	733	3 718	4 451	3 763	0	30	658	73	468	117
2007	658	4387	5 044	4 198	0	22	824	62	587	176
2008	824	4714	5 5 3 8	4764	1	16	758	65	561	131

Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2008

noch Tabelle 7: Ergebnisse wichtiger Einzelsteuern

	Rückstände	in den letzten 12 Monaten				Rückstände	von d	en Rückstänc	len sind:	
Stand am 31.12.	im Vorjahr	Soll- stellungen	Kassensoll Sp. 2+3	Kassen- einnahmen	Erlass	Niederschla gungen	31.12. Sp. 4 abzgl. Sp. 5+6+7	gestundet	ausgesetzt	echte Rückstände
	in Mio. €									
6. Kraftfahrzeug-										
steuer										
2004	238	7 7 4 4	7 982	7 740	0	45	196	1	1	194
2005	196	8 757	8 953	8 675	0	42	236	5	3	228
2006	236	8 931	9 167	8 938	0	42	187	1	3	183
2007	187	8 919	9 106	8 879	0	32	194	2	4	189
2008	194	8 800	8 995	8 832	1	26	136	1	1	134

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure

1	Einleitung	72
	Finanzmarktreformen	
	"G20 Rahmenwerk für starkes, ausgeglichenes und nachhaltiges Wachstum"	
	Exit-Strategien	
	Reform der internationalen Finanzinstitutionen	
	Finanzierung des Klimaschutzes	
	Schlussfolgerung	

- Die Situation an den Finanzmärkten sowie die konjunkturelle Lage haben sich nach Ansicht der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure gebessert. Sorge bereitet aber die hohe Arbeitslosigkeit. Makroökonomische Stützungsmaßnahmen sollten aufrecht erhalten werden, bis die Erholung der Weltwirtschaft gesichert ist.
- Die G20 haben sich auf die Einrichtung eines "G20-Rahmenwerkes für starkes, ausgeglichenes und nachhaltiges Wachstum" verständigt, das die gemeinsamen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen definieren sowie die Umsetzung der mittelfristigen Rahmenkonzepte der G20-Länder begleiten soll.
- Die G20 etablieren sich weiter als globales Forum für wichtige Finanz- und Wirtschaftsfragen.

1 Einleitung

Am 6. und 7. November 2009 fand im schottischen St Andrews ein Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) statt. Es war zugleich das letzte Treffen unter britischer Präsidentschaft in diesem Jahr. Im nächsten Jahr übernimmt Korea, 2011 Frankreich die G20-Präsidentschaft. Aus deutscher Sicht sind die Ergebnisse des Treffens insgesamt zu begrüßen:

Bezüglich der Finanzmarktregulierung wurde erneut versichert, dass die Umsetzung der bei den vorangegangenen Gipfeln (in Washington, London und zuletzt in Pittsburgh) beschlossenen Maßnahmen höchste Priorität hat und insbesondere ein "level playing field" erreicht werden muss.

- Zum neuen "G20-Rahmenwerk für starkes, ausgeglichenes und nachhaltiges Wachstum" wurde ein konkreter Prozess zur multilateralen Kooperation vereinbart. Dieser dient auch der Vorbereitung der geplanten G20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Juni und November nächsten Jahres.
- Bei der Frage des Ausstiegs aus den expansiven fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen sowie den Stützungsprogrammen für den Finanzsektor wurde eine enge Kooperation und Koordination der G20-Staaten bei der Entwicklung und Implementierung der nationalen "Exit-Strategien" vereinbart. Einvernehmen bestand darüber, dass es jetzt noch zu früh wäre, mit dem Exit zu beginnen.

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure

- Die Diskussion zur Reform der internationalen Finanzinstitutionen wurde fortgesetzt.
- Keine wesentlichen Fortschritte konnten bezüglich der Klimafinanzierung erzielt werden: Wegen des Widerstandes insbesondere der großen Schwellenländer konnten keine substantiellen Entscheidungen getroffen werden.

Finanzminister Wolfgang Schäuble hat das Treffen intensiv zu ersten bilateralen Gesprächen mit seinen neuen Gesprächspartnern genutzt (unter anderem mit den Finanzministern der USA und von Korea, mit dem Geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie mit dem EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung).

2 Finanzmarktreformen

Es bestand Einvernehmen, dass die Bewältigung der Finanzkrise und die Schaffung eines zukunftsfähigen und stabilen Rahmens für die globalen Finanzmärkte eine der vordringlichsten Aufgaben der G20 während der nächsten zwölf bis 18 Monate bleiben wird. Zwar hätte sich nach Ansicht der Finanzminister und Notenbankgouverneure die Situation an den Finanzmärkten sowie die konjunkturelle Lage verbessert; Sorge bereite aber die hohe Arbeitslosigkeit. Makroökonomische Stützungsmaßnahmen sollten aufrecht erhalten werden, bis die Erholung der Weltwirtschaft gesichert sei.

Im Zentrum der Diskussion in St Andrews stand die weitere Stärkung der Eigenkapitalunterlegung der Banken, die Verbesserung der Vergütungspraktiken im Finanzsektor sowie die Analyse von Maßnahmen, um das Problem der systemrelevanten Institutionen (Stichwort "too-big-to-fail/too-interconnected-to-fail") zu mindern. Bekräftigt wurde der Auftrag an den IWF, bis zum nächsten G20-Finanzministertreffen Optionen zu erarbeiten, wie der Finanzsektor an den Kosten der Krisenbewältigung beteiligt werden kann. Die Arbeiten zur Bekämpfung unkooperativer Jurisdiktionen soll weiter vorangetrieben werden.

3 "G20-Rahmenwerk für starkes, ausgeglichenes und nachhaltiges Wachstum"

Beim vergangenen Weltfinanzgipfel Ende September in Pittsburgh hatten sich die G20-Staats- und Regierungschefs zur Sicherstellung eines robusten, nachhaltigen und ausgewogenen globalen Wachstumsprozesses verpflichtet. Ein Schwerpunkt dieser Verpflichtung ist der Abbau globaler Ungleichgewichte. Konkret heißt das, dass Länder mit dauerhaft hohen Leistungsbilanzdefiziten (z. B. die USA) zusagen, die private Ersparnisbildung zu fördern, ihre Haushalte zu konsolidieren, offene Märkte beizubehalten und die Exportsektoren zu stärken. Länder mit dauerhaften hohen Leistungsbilanzüberschüssen (z. B. China) verpflichten sich, die binnenwirtschaftlichen Wachstumsquellen zu stärken, z.B. indem die Investitionen erhöht, Kapitalmarktbeschränkungen reduziert, die Produktivität im Dienstleistungssektor gesteigert oder die sozialen Sicherungssysteme ausgebaut werden – je nach landesspezifischen Gegebenheiten.

Zur Implementierung wurde in St Andrews ein Bewertungsprozess ("G20 Framework for Strong, Sustainable, and Balanced Growth") ins Leben gerufen, der die gemeinsamen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen definieren sowie die Umsetzung der mittelfristigen Rahmenkonzepte der Mitgliedsländer begleiten soll. Bewertung und Einordnung in eine globale Betrachtungsebene soll der IWF vornehmen mit regelmäßigen Berichten an die G20 und mit Unterstützung weiterer internationaler Organisationen (Financial Stability Board (FSB), OECD, Internationale Arbeitsorganisation

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure

(ILO), Multilaterale Entwicklungsbanken, WTO sowie die UN-Handelsorganisation UNCTAD). Verabredet wurde ein konkreter Zeitplan: nationale/regionale Rahmenwerke/ Programme/Projektionen sollen bis Ende Januar 2010 festlegt werden; Durchführung des gemeinsamen Bewertungsprozesses zur Konsistenz und Zielorientierung (mit Unterstützung IWF/Weltbank) Anfang April 2010; bis zum nächsten G20-Gipfel im Juni 2010 Entwicklung von Politikoptionen im Hinblick auf gemeinsame Ziele; Verfeinerung der gemeinsamen Bewertung und Entwicklung weiterer Politikempfehlungen bis zum G20-Gipfel im November 2010.

4 Exit-Strategien

Bereits beim G20-Gipfel in London im April verpflichteten sich die G20 zu glaubwürdigen Ausstiegstrategien aus den expansiven fiskalund geldpolitischen Maßnahmen sowie den Stützungsprogrammen für den Finanzsektor. Dies ist wichtig, um die Erwartungen der wirtschaftlichen Akteure zu stabilisieren und um Wettbewerbsverzerrungen im Finanzsektor und Devisenmarktturbulenzen zu verhindern. Der G20-Gipfel in Pittsburgh hat die Finanzminister beauftragt, koordinierte Ausstiegsstrategien zu konzipieren, die sich jedoch national unterscheiden können.

Entsprechend fand in St Andrews eine intensive Diskussion statt. Im Fokus stand dabei die Frage, in welchen Bereichen eine Abstimmung besonders wichtig sei, um Wettbewerbsverzerrungen beziehungsweise negative "spillovers" zu vermeiden. Die Arbeiten von IWF und FSB in dieser Frage wurden begrüßt. Es wurde zudem die Veröffentlichung einer ausführlichen Stellungnahme des IWF beschlossen, in der konkrete Prinzipien für Exit-Strategien benannt werden. Zudem wurde verabredet, weiter eng zusammenzuarbeiten. Einvernehmen bestand darüber, dass es jetzt noch zu früh wäre, mit dem Ausstieg zu beginnen, da der Aufschwung noch nicht gesichert sei.

5 Reform der internationalen Finanzinstitutionen

Zu den internationalen Finanzinstitutionen (IWF, Weltbank, multilaterale Entwicklungsbanken) wurde die laufende Reformdiskussion fortgesetzt. Insbesondere wurden bereits bestehende Beschlüsse (v. a. vom Gipfel in Pittsburgh) bekräftigt, nach denen unter anderem die Governance-Reformen bei der Weltbank im Frühjahr 2010, beim IWF im Januar 2011 abgeschlossen sein sollen. Bis Ende des ersten Halbjahrs 2010 soll die Überprüfung der Kapitalausstattung der multilateralen Entwicklungsbanken abgeschlossen sein.

Mit Blick auf die "International Development Association (IDA)" der Weltbank sowie den "African Development Fund" der Afrikanischen Entwicklungsbank wurde festgehalten, dass die G20 eine angemessene Wiederauffüllung dieser konzessionären Fonds erwartet.

Eine erste Diskussion fand zudem zu Vorschlägen des britischen Vorsitzes zu weiteren IWF-Reformen statt:

- Zum einen geht es um die Frage einer allgemeinen Versicherungsrolle für den IWF gegen Zahlungsbilanzschwierigkeiten seiner Mitgliedstaaten,
- zum anderen um die Frage der Gewährung direkter Haushaltshilfen an Mitgliedstaaten durch den IWF.

Entscheidungen wurden hierzu nicht getroffen; es wurde jedoch festgehalten, dass zu beiden Themen eingehende Analysen notwendig sind, bevor Schlussfolgerungen gezogen werden können.

Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure

6 Finanzierung des Klimaschutzes

Die G20-Finanzminister wurden in Pittsburgh aufgefordert, in St Andrews mögliche Optionen für die Klimaschutzfinanzierung zu entwickeln, die dann als Input für den Klimagipfel Ende dieses Jahres in Kopenhagen verwendet werden könnten.

Die Diskussion in St Andrews erwies sich vor allem aufgrund der Widerstände einiger Schwellenländer als sehr schwierig. Die Formulierungen des Kommuniqués sind jetzt sehr allgemein gehalten. Weder werden die Kosten der Klimaschutzfinanzierung konkret benannt, noch werden Hinweise auf die mögliche Finanzierungsverantwortung (bei entwickelten Ländern, Schwellenländern oder Entwicklungsländern) gegeben.

Die Internationale Energieagentur (IEA), die OPEC, die OECD und die Weltbank wurden gebeten, bis zum nächsten G20-Finanzministertreffen einen gemeinsamen Bericht zu Energiesubventionen zu erstellen. Auf dieser Basis würden dann unter Berücksichtigung nationaler Besonderheiten und unter Einbeziehung der zuständigen Energieminister Umsetzungsstrategien und Zeitpläne für die Einstellung der Subventionen für fossile Energien erarbeitet.

7 Schlussfolgerung

Die Auswirkungen der Finanzkrise haben die Notwendigkeit eines gemeinsamen und geregelten Vorgehens aller Akteure in der Globalisierung deutlich gemacht. Ohne wichtige Schwellenländer wie China, Indien oder Brasilien lassen sich hiermit zusammenhängende Fragen nicht mehr diskutieren. Unter britischer Präsidentschaft haben in diesem Jahr zwei G20-Gipfel in London beziehungsweise Pittsburgh, mehrere Finanzministertreffen sowie zahlreiche Expertentreffen stattgefunden. Die Dichte der Treffen zeigt auch, dass die G20 mittlerweile das globale Forum in Wirtschafts- und Finanzfragen sind, wie dies beim Gipfel in Pittsburgh herausgestellt wurde. Im nächsten Jahr wird Korea die G20-Präsidentschaft übernehmen. Angekündigt sind bereits zwei Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs im Juni sowie im November, die wiederum von mehreren Finanzministertreffen begeleitet werden. Es ist zu erwarten, dass die Relevanz der G20 weiter zunehmen wird.

Übe	rsichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	77
1	Kreditmarktmittel	77
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2008 bis 2013	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2008 bis 2013	79
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2010	
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009	85
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008	87
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	89
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	91
10	Entwicklung der Staatsquote	92
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	93
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	95
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	96
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	97
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	98
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	100
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009	101
1	rsichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008	
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2008	103
3	Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis September 2008	104
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2008	106
Ken	nzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	110
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	110
2	Preisentwicklung	111
3	Außenwirtschaft	112
4	Einkommensverteilung	113
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	114
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	115
7	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	116
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	1177
0	Entwicklung von DAX und Dow Jones	
9 10	Übersicht Weltfinanzmärkte	
10	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
12	Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF	
1/		

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand:
	31. August 2009			30. September 2009
		in M	lio.€	
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	25 000	0	0	25 000
Anleihen ¹	594718	7 736	0	602 454
Bundesobligationen	172 000	7 000	0	179 000
Bundesschatzbriefe ²	9 427	66	44	9 450
Bundesschatzanweisungen	116 000	7 000	13 000	110 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	109 502	15916	11 963	113 455
Finanzierungsschätze ³	1 545	60	285	1 320
Tagesanleihe	2918	44	217	2 746
Schuldscheindarlehen	12 935	13	0	12 948
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditmarktmittel	0	0	0	0
Kreditmarktmittel insgesamt	1 044 097			1 056 424

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	31. August 2009			30. September 2009
		in M	lio.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	251 615			257 522
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	320 988			315 355
langfristig (mehr als 4 Jahre)	471 494			483 546
Kreditmarktmittel insgesamt	1 044 097			1 056 424

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

¹10- und 30-jährige Anleihen des Bundes und Euro-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

² Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

³ 1- jährige und 2- jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

	Ermächtigungsrahmen 2009 Belegung am 30. September 2009		Belegung am 30. September 2008
Ermächtigungstatbestände		in Mrd. €	
Ausfuhren	117,0	106,6	101,6
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	30,4	25,3
bilaterale FZ-Vorhaben	3,3	1,2	1,1
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	240,0	137,3	51,3
Internationale Finanzierungsinstitutionen	56,6	40,3	40,3
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,2	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	4,0	4,0	-

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2008 bis 2013 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Ist	Soll ¹	Reg. Entw.		Finanzplanung	
			in Mr	d.€		
1. Ausgaben	282,3	303,3	327,7	321,1	318,3	313,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+4,4	+7,4	+8,0	-2,0	-0,9	-1,5
2. Einnahmen ²	270,5	253,8	241,3	249,1	259,3	267,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+5,8	-6,2	-4,9	+3,2	+4,1	+3,1
darunter:						
Steuereinnahmen	239,2	224,1	213,8	221,9	232,4	240,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+4,0	-6,3	-4,6	+3,8	+4,7	+3,6
3. Finanzierungssaldo	-11,8	-49,5	-86,4	-72,0	-59,0	-46,2
in % der Ausgaben	4,2	16,3	26,4	22,4	18,5	14,7
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme ³ (-)	229,6	301,8	328,8	359,5	366,2	365,2
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	0,5	-	-	-	-	-
6. Tilgungen (+)	216,2	254,1	243,3	284,2	306,2	314,5
7. Nettokreditaufnahme	-11,5	-49,1	-86,1	-71,7	-58,7	-45,9
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,4	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	24,3	32,8	48,6	43,3	39,1	35,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	-7,2	+34,9	+48,2	+10,8	-9,8	-10,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	3,0	2,5	2,5

 $Abweichungen\ in\ den\ Summen\ durch\ Runden\ der\ Zahlen.$

Stand: Juli 2009.

¹Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

² Gem. BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

³ Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Ist	Soll ¹	Entwuf		Finanzplanung	
Ausgabeart			in M	lio.€		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 012	27 791	27 991	28 382	28 343	28 261
Aktivitätsbezüge	20 298	20 959	21 071	21 455	21 374	21 293
Ziviler Bereich	8 870	9 3 6 7	9 682	10210	10214	10 225
Militärischer Bereich	11 428	11 592	11389	11 245	11 160	11 068
Versorgung	6714	6832	6919	6927	6 969	6 9 6 8
Ziviler Bereich	2 416	2 392	2 437	2 438	2 439	2 426
Militärischer Bereich	4 298	4 441	4 482	4 489	4530	4 5 4 2
Laufender Sachaufwand	19 742	21 129	21 674	21 675	21 761	21 813
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 421	1 451	1 467	1 478	1 451	1 434
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	9 622	10 360	10 594	10 595	10 704	10 780
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 699	9318	9 613	9 602	9 606	9 599
Zinsausgaben	40 171	41 431	39 275	41 340	46 683	52 006
an andere Bereiche	40 171	41 431	39 275	41 340	46 683	52 006
Sonstige	40 171	41 431	39 275	41 340	46 683	52 006
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	40 127	41 388	39 231	41 298	46 642	51 965
an Ausland	3	2	2	0	0	0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	168 424	179 871	190 171	193 007	194 568	196 470
an Verwaltungen	12930	15 055	15 022	16 349	16 674	16 649
Länder	8 341	8 845	9 089	10 152	10 446	10 394
Gemeinden	21	21	18	11	9	9
Sondervermögen	4 5 6 8	6 188	5 9 1 5	6186	6218	6 246
Zweckverbände	0	1	0	0	0	0
an andere Bereiche	155 494	164816	175 149	176 658	177 894	179 821
Unternehmen	22 440	23 930	25 172	24983	25 476	26 056
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 120	30 881	33 313	33 349	33 115	32 783
an Sozialversicherung	99 123	104 653	111 172	112887	113 869	115 568
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 099	1 437	1 487	1 471	1 442	1 423
an Ausland	3 708	3 909	4 004	3 966	3 991	3 989
an Sonstige	4	5	1	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	255 350	270 222	279 110	284 404	291 355	298 550
Ausgaben der Kapitalrechnung ^a						
Sachinvestitionen	7 199	8 649	8 182	7 711	7 352	7 338
Baumaßnahmen	5 777	7 061	6 5 7 9	6 079	5 758	5 766
Erwerb von beweglichen Sachen	918	1 055	1 058	1 034	962	931
Grunderwerb	504	533	546	598	632	641

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2008 bis 2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Ist	Soll 1	Entwurf		Finanzplanung	
Ausgabeart			in M	io.€		
Vermögensübertragungen	16 660	15 377	15 681	15 188	14 910	14 792
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14018	14961	15 285	14810	14554	14 438
an Verwaltungen	5713	5 154	5 178	5 230	5 140	5 089
Länder	5 654	5 089	5114	5 158	5 055	5 003
Gemeinden und Gemeindeverbände	59	60	60	69	81	81
Sondervermögen	0	5	4	4	4	4
an andere Bereiche	8 305	9807	10 107	9 580	9414	9 3 4 9
Sonstige - Inland	5 8 3 6	6758	6933	6 400	6 2 9 8	6 2 2 9
Ausland	2 469	3 049	3 174	3 179	3 1 1 6	3 120
Sonstige Vermögensübertragungen	2 642	417	396	378	356	354
an andere Bereiche	2 642	417	396	378	356	354
Unternehmen - Inland	2 267	0	0	0	0	0
Sonstige - Inland	149	176	148	141	136	134
Ausland	225	241	248	237	220	220
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen,	3 099	9 192	25 136	20 815	17 190	13 191
Kapitaleinlagen	2 395	8 257	24317	20 087	16 299	12 289
Darlehensgewährung	2 393	6 2 5 7 1	24317	20067	16299	12 2 6 9
an Verwaltungen Länder	1	1	1	1	1	1
	2 395	8 256	24316	20 086	16 298	12 288
an andere Bereiche						
Sozialversicherung	0	0	20 000	14 000	11 000	8 000
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	922	6 750	2 760	4 435	3 797	2 797
Ausland	1 473	1 507	1 556	1 651	1 501	1 490
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	704	935	819	728	891	903
Inland	26	13	13	1	1	1
Ausland	678	921	806	727	891	902
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung ^a	26 958	33 218	48 999	43 714	39 452	35 322
^a Darunter: Investive Ausgaben	24316	32 802	48 604	43 336	39 096	34967
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	-134	-409	-7 018	-12 507	-20 372
Ausgaben zusammen	282 308	303 307	327 700	321 100	318 300	313 500

¹ Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2010

	Ausgabengruppe	Ausgaben	Ausgaben der	Personal-	Laufender	Zince	Laufende
		zusammen	laufenden Rechnung	ausgaben	Sachaufwand	Zinsausgaben	Zuweisunger und Zuschüss
Funktion					in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	54 066	47 686	24 975	17 194	-	5 517
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 302	5 908	3 890	1278	-	740
2	Auswärtige Angelegenheiten	75	3 681	494	163	-	3 0 2 4
3	Verteidigung	31 217	30911	15 871	14 097	-	944
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 732	3 3 1 0	2 098	1012	-	200
5	Rechtsschutz	374	356	260	83	-	14
6	Finanzverwaltung	3 940	3 5 1 9	2 3 6 2	562	-	595
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,	14 778	11 461	481	754	_	10 225
	kulturelle Angelegenheiten					_	
13	Hochschulen	2818	1 823	10	9	-	1804
14	Förderung von Schülern, Studenten	1992	1 992	-	-	-	1992
15	Sonstiges Bildungswesen Wissenschaft, Forschung, Entwicklung	499	436	9	68	-	359
16	außerhalb der Hochschulen	8 750	6 688	462	674	-	5 5 5 5 3
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	720	522	1	4	-	517
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	178 659	157 670	234	213	-	157 222
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	126 439	106 439	54	-	-	106386
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6 405	6 405	-	-	-	6 405
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 788	2 534	-	42	-	2 491
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	41 387	41 274	50	102	-	41 122
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	147	147	-	-	-	147
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 492	871	131	69	-	672
3	Gesundheit und Sport	1 403	836	278	283	-	275
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	433	363	147	160	-	56
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	433	363	147	160	-	56
32	Sport	140	116	-	7	-	109
33	Umwelt- und Naturschutz	386	198	83	62	-	53
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	443	159	47	54	-	57
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 007	596	-	11	-	585
41	Wohnungswesen	1 259	586	-	1	-	585
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	5	0	-	-	-	0
44	Städtebauförderung	742	9	-	9	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 060	584	28	155	-	400
52	Verbesserung der Agrarstruktur	677	251	-	1	-	250
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	143	143	-	70	-	73
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	143	143	-	70	-	73
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	240	189	28	83		78

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2010

	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ¹	¹ Darunter: Investive Ausgaben
Funktion	1			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	1 110	2 590	2 680	6 380	6 341
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	392	2	0	394	394
2	Auswärtige Angelegenheiten	75	2 381	2 362	4820	4819
3	Verteidigung	217	88	-	305	268
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	304	118	-	423	423
5	Rechtsschutz	18	-	-	18	18
6	Finanzverwaltung	102	0	319	421	421
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	283	3 023	11	3 317	3 317
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	62	-	63	63
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	261	1 790	11	2 062	2 062
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	21	177	-	198	198
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	978	20 001	20 989	20 632
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung		-	20 000	20 000	20 000
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	253	1	255	5
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	6	108	-	113	6
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	617	-	621	621
3	Gesundheit und Sport	350	217	-	567	567
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	58	12	-	70	70
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	58	12	-	70	70
32	Sport	-	24	-	24	24
33	Umwelt- und Naturschutz	8	180	-	188	188
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	283	2	-	285	285
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 408	3	1 411	1 411
41	Wohnungswesen	-	670	3	673	673
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	5	-	5	5
44	Städtebauförderung		733	-	733	733
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7	469	1	476	476
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	425	1	426	426
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53		-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	7	44	0	51	51

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2010

	Ausgabengruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion					in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 444	3 162	60	680	-	2 422
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	875	731	-	520	-	211
621	Kernenergie	75	197	-	-	-	197
622	Erneuerbare Energieformen	38	15	-	2	-	13
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	565	519	-	518	-	1
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 980	1 961	-	4	-	1 957
64	Handel	133	133	-	69	-	65
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	689	15	-	13	-	2
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2 767	322	60	75	-	187
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 337	4 216	1 041	2 062	-	1 112
72	Straßen	7 670	964	-	877	-	87
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 871	864	509	287	-	68
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	340	8	-	-	-	8
75	Luftfahrt	202	200	46	21	-	134
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 255	2 180	486	878	-	816
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 386	11 969	-	8	-	11 961
81	Wirtschaftsunternehmen	11 056	6 639	-	8	-	6 631
832	Eisenbahnen	4328	82	-	5	-	77
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 728	6 5 5 6	-	2	-	6 554
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 3 3 0	5 3 3 0	-	-	-	5 3 3 0
873	Sondervermögen	5 3 3 0	5 3 3 0	-	-	-	5 3 3 0
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	40 561	40 932	893	313	39 275	451
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	488	450	-	-	-	450
92	Schulden	39 286	39 286	-	11	39 275	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	787	1 196	893	302	-	1
Summe a	ller Hauptfunktionen	327 700	279 110	27 991	21 674	39 275	190 171

 $\ddot{\textbf{U}}\textbf{BERSICHTEN} \textbf{ und Grafiken} \textbf{ zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung}$

noch Tabelle 5:	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach
	Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2010

	Ausgabengruppe	Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung ¹	¹ Darunter Investive Ausgaber
Funktio	on			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	76	779	2 426	3 282	3 282
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	75	69	-	144	144
621	Kernenergie	75	-	-	75	75
622	Erneuerbare Energieformen	-	23	-	23	23
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	47	-	47	47
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	674	-	674	674
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	17	2 426	2 445	2 445
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 347	1 775	-	8 122	8 122
72	Straßen	5 2 7 8	1 428	-	6707	6 707
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 007	-	-	1 007	1 007
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	1	-	-	1	1
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	61	14	-	74	74
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und	_	4 404	13	4 417	4 417
	Kapitalvermögen, Sondervermögen					
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4 404	13	4417	4 4 1 7
832	Eisenbahnen	-	4 2 4 6	-	4 2 4 6	4 2 4 6
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	158	13	172	172
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-		-	-	-
Summe	aller Hauptfunktionen	8 182	15 681	25 136	48 999	48 604

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
				Ist-Erge	ebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-0,2	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
Anteil a. d. Personalausgaben des	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
öffentl. Gesamthaushalts ³								·
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,
Anteil an den Bundesausgaben Anteil an den Zinsausgaben des öffentl.	%	2,7	3,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0
nachrichtlich: Schuldenstand ³								
öffentliche Haushalte²	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
				Is	t-Ergebnis	se				Soll ⁴
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,4	282,3	303,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-0,5	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	7,4
Einnahmen	Mrd.€	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	253,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-0,1	-1,6	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-6,2
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-22,9	-32,7	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-49,
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-22,8	-31,9	-38,6	-39,5	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-49,
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,9	-0,6	-0,3	-0,2	-0,3	-0,4	-0,3	-0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,0	27,0	27,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,1	0,7	0,9	-1,8	-1,4	-1,0	-0,3	3,7	2,
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,6	9,
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl.	0/	15.0	15.0	15.7	15.4	15.2	147	15.0	15.1	15
Gesamthaushalts ³	%	15,8	15,6	15,7	15,4	15,3	14,7	15,0	15,1	15,
Zinsausgaben	Mrd.€	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	38,7	40,2	41,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-3,9	-1,5	-0,5	-1,6	3,0	0,3	3,3	3,7	3,
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,2	13,
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl.	%	56,7	56,0	56,2	55,9	58,3	58,0	58,7	61,0	61,
Gesamthaushalts ³	Na-4 c	27.2	24,1	2F 7	22,4	22.0	22.7	26.2	24.2	22
Investive Ausgaben	Mrd.€	27,3		25,7		23,8	22,7	26,2	24,3	32,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-3,1	-11,7	6,9	-13,0	6,2	-4,4	15,4	-7,2	34,
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl.	%	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,6	10,
Gesamthaushalts ³	%	34,1	32,5	35,4	34,0	34,2	33,7	39,6	31,5	28,
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	230,0	239,2	225,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	-2,5	-0,9	-0,1	-2,5	1,7	7,2	12,8	4,0	-5,
Anteil an den Bundesausgaben	%	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,7	74,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	88,4	88,
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	41,4	43,0	43,5	42,3	42,9	45,1	47,1	44,5	42,
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-22,8	-31,9	-38,6	-39,5	-31,2	-27,9	-14,3	-11,5	-47,
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,1	15,
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	47,4	145,
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl.										
Gesamthaushalts ³	%	57,6	61,0	59,3	60,1	58,6	52,4	99,3	X	51,
nachrichtlich: Schuldenstand ³										
öffentliche Haushalte²	Mrd.€	1 223,5	1 277,3	1 357,7	1 429,8	1 489,9	1 545,4	1 553,1	1 578,5	170
darunter: Bund	Mrd.€	760,2	784,6	826,5	869,3	903,3	950,3	957,3	985,7	108

 $^{^1} Nach \, Abzug \, der \, Erg\"{a}nzungszuweisungen \, an \, L\"{a}nder.$

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Juli 2009; 2009 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

⁴ Stand: 2. Nachtragshaushalt 2009.

Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008

	2002	2003	2004	2005	2006 ²	2007	2008
				in Mrd.€			
Öffentlicher Gesamthaushalt ¹							
Ausgaben	612,9	620,7	615,3	627,7	639,6	647,2	675,6
Einnahmen	556,2	552,9	549,9	575,1	599,1	652,5	667,9
Finanzierungssaldo	-57,0	-67,9	-65,5	-52,5	-40,0	9,2	-7,1
darunter:							
Bund							
Ausgaben	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3
Einnahmen	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5
Finanzierungssaldo	-32,7	-39,2	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8
Länder							
Ausgaben	257,7	259,7	257,1	260,0	260,0	264,9	275,1
Einnahmen	228,5	229,2	233,5	237,2	250,1	272,1	274,9
Finanzierungssaldo	-29,4	-30,5	-23,5	-22,7	-10,1	9,5	-0,2
Gemeinden							
Ausgaben	150,0	149,9	150,1	153,2	157,4	160,7	167,3
Einnahmen	146,3	141,5	146,2	150,9	160,1	169,3	174,9
Finanzierungssaldo	-3,7	-8,4	-3,9	-2,2	2,8	8,6	7,6
			Veränderun	gen gegenübe	Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	1,4	1,3	-0,9	2,0	1,9	1,2	4,4
Einnahmen	-0,3	-0,6	-0,5	4,6	4,2	8,9	2,4
darunter:							
Bund							
Ausgaben	2,5	3,0	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4
Einnahmen	-1,6	0,4	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8
Länder							
Ausgaben	0,9	0,7	-1,0	1,1	0,0	1,9	3,8
Einnahmen	-1,0	0,3	1,9	1,6	5,4	8,8	1,1
Gemeinden							
Ausgaben	1,1	- 0,0	0,1	2,1	2,8	2,1	4,1
Einnahmen	1,4	-3,3	3,3	3,3	6,0	5,8	3,3

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2002 bis 2008

	2002	2003	2004	2005	2006 ²	2007	2008
				Anteile in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-2,7	-3,1	-3,0	-2,3	-1,7	0,4	-0,3
darunter:							
Bund	-1,5	-1,8	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5
Länder	-1,4	-1,4	-1,1	-1,0	-0,4	0,4	- 0,0
Gemeinden	-0,2	-0,4	-0,2	-0,1	0,1	0,4	0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-9,3	-10,9	-10,6	-8,4	-6,3	1,4	-1,1
darunter:							
Bund	-13,1	-15,3	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2
Länder	-11,4	-11,7	-9,1	-8,7	-3,9	3,6	-0,1
Gemeinden	-2,4	-5,6	-2,6	-1,5	1,8	5,4	4,6
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,7	27,8	28,0	27,5	26,7	27,1
darunter:							
Bund	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2	11,2	11,3
Länder	12,0	12,0	11,6	11,6	11,2	10,9	11,0
Gemeinden	7,0	6,9	6,8	6,8	6,8	6,6	6,7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0	22,2	22,5

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse, Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, Versorgungsfonds des Bundes, Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin), Investitions- und Tilgungsfonds, Sondervermögen Vorsorge für Schlusszahlungen für inflationsindexierte Bundeswertpapiere.

Stand: September 2009.

 $^{^2}$ Bis einschließlich 2006 Rechnungsergebnisse.

 $^{^3}$ Steuern des öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

		Steuerauf	kommen		
	:		dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Steueraufkommen								
	insgesamt	davon						
	msgesame	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern			
Jahr		in Mrd. €		ir	1%			
		Bundesrepubli	k Deutschland					
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9			
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0			
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1			
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5			
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2			
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6			
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5			
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4			
2008	561,2	290,3	270,9	51,7	48,3			
2009²	524,1	254,5	269,6	48,6	51,4			
2010 ²	511,5	238,0	273,6	46,5	53,5			

¹Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: November 2009.

² Steuerschätzung vom 3. bis 5. November 2009.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	Finanzstatistik
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zur	m BIP in %	
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,0	34,8	22,4	33,5
1975	22,8	38,1	23,1	37,9
1976	23,7	39,5	23,4	38,9
1977	24,6	40,4	24,5	39,8
1978	24,2	39,9	24,4	39,4
1979	23,9	39,6	24,3	39,3
1980	23,8	39,6	24,3	39,7
1981	22,8	39,1	23,7	39,5
1982	22,5	39,1	23,3	39,4
1983	22,5	38,7	23,2	39,0
1984	22,6	38,9	23,2	38,9
1985	22,8	39,1	23,4	39,2
1986	22,3	38,6	22,9	38,7
1987	22,5	39,0	22,9	38,8
1988	22,2	38,6	22,7	38,
1989	22,7	38,8	23,4	39,0
1990	21,6	37,3	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,0
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002	22,3	40,5	20,6	37,
2003	22,3	40,6	20,4	37,7
2004	21,8	39,7	20,0	36,9
2005	22,0	39,7	20,1	36,8
2006³	22,8	40,0	21,0	37,2
2007³	23,7	40,2	22,2	37,6
2008 ³	23,7	40,1	22,5	37,8

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

 $^{^2\,}Ab\,1970\,in\,der\,Abgrenzung\,des\,Europ\"{a}ischen\,Systems\,Volkswirtschaftlicher\,Gesamtrechnungen\,1995.$

 $^{^{\}rm 3}$ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2009.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote 1,2

	Ausgaben des Staates						
		darunt	ter				
	insgesamt	Gebietskörperschaften ³	Soziaversicherungen ³				
Jahr		in Relation zum BIP in %					
1960	32,9	21,7	11,2				
1965	37,1	25,4	11,6				
1970	38,5	26,1	12,4				
1975	48,8	31,2	17,7				
1976	48,3	30,5	17,8				
1977	47,9	30,1	17,8				
1978	47,0	29,4	17,6				
1979	46,5	29,3	17,2				
1980	46,9	29,6	17,3				
1981	47,5	29,7	17,9				
1982	47,5	29,4	18,1				
1983	46,5	28,8	17,7				
1984	45,8	28,2	17,6				
1985	45,2	27,8	17,4				
1986	44,5	27,4	17,1				
1987	45,0	27,6	17,4				
1988	44,6	27,0	17,6				
1989	43,1	26,4	16,7				
1990	43,6	27,3	16,4				
1991	46,3	28,2	18,0				
1992	47,2	28,0	19,2				
1993	48,2	28,3	19,9				
1994	47,9	27,8	20,0				
1995	48,1	27,6	20,6				
1996	49,3	27,9	21,4				
1997	48,4	27,1	21,2				
1998	48,0	27,0	21,1				
1999	48,1	26,9	21,1				
2000	47,6	26,5	21,1				
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1				
2001	47,6	26,3	21,3				
2002	48,1	26,4	21,7				
2003	48,5	26,5	22,0				
2004	47,1	25,9	21,2				
2005	46,8	26,1	20,8				
2006 ⁵	45,4	25,4	19,9				
2007 ⁵	43,7	24,5	19,1				
2008 ⁵	43,7	24,7	19,0				

 $^{^{\}rm 1}$ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der VGR. Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

 $^{^{5}\,\}mbox{Vorläufiges}$ Ergebnis der VGR; Stand: August 2009.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
			Scl	hulden (Mio. €)	1		
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 277 272	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 399	1 553 058	1 579 53
Bund	784 615	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 74
Kernhaushalte	725 405	767 697	812 082	887915	919304	940 187	959 91
Kreditmarktmittel iwS	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 16
Kassenkredite	6 008	7 2 4 4	9 0 8 8	15 262	17 250	18 142	26 74
Extrahaushalte	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 83
Kreditmarktmittel iwS	59 210	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 70
Kassenkredite		-	-	-	978	1 483	2 13
Länder	392 123	423 666	448 622	471 339	482 818	485 162	484 92
Kernhaushalte	392 123	423 666	448 622	471 339	481 822	484 038	483 57
Kreditmarktmittel iwS	384773	414952	442 922	468 214	479 489	481 628	480 39
Kassenkredite	7 350	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 18
Extrahaushalte		-	-	-	996	1 124	1 35
Kreditmarktmittel iwS		-	-	-	986	1 124	1 32
Kassenkredite	-	-	-	-	10	-	2
Gemeinden	100 534	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 86
Kernhaushalte	93 332	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 18
Kreditmarktmittel iwS	82 662	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239	7638
Kassenkredite	10 670	15964	19 936	23 882	27 664	28 776	2980
Extrahaushalte	7 202	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 68
Kreditmarktmittel iwS	7 153	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 62
Kassenkredite	49	69	72	79	53	52	5
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	492 657	531 197	560 418	586 571	595 061	595 789	593 78
Maastricht-Schuldenstand	1 293 000	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 571 000	1 578 000	1 644 00
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	59 210	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 83
ERP-Sondervermögen	19 400	19 261	18 200	15 066	14357	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 441	39 099	38 650	-	-	-	
Entschädigungsfonds	369	469	400	300	199	100	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	-	16 478	16 983	17 63
SoFFin	-	-	-	-	-	-	8 20
Investitions- und Tilgungsfonds	-		-	_	-	-	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	
			Anteil a	n den Schulde	n (in %)			
Bund	61,4	60,9	60,8	60,6	61,5	61,6	62,4	
Kernhaushalte	56,8	56,5	56,8	59,6	59,5	60,5	60,	
Extrahaushalte	4,6	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	
Länder	30,7	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,	
Gemeinden	7,9	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	38,6	39,1	39,2	39,4	38,5	38,4	37,	
		Anteil der Schulden am BIP (in %)						
Öffentlicher Gesamthaushalt	59,6	62,7	64,7	66,4	66,5	64,0	63,	
Bund	36,6	38,2	39,3	40,3	40,9	39,4	39,	
Kernhaushalte	33,8	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38,	
Extrahaushalte	2,8	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,	
Länder	18,3	19,6	20,3	21,0	20,8	20,0	19,	
Gemeinden	4,7	5,0	5,1	5,1	4,8	4,6	4,	
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	23,0	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23,	
Maastricht-Schuldenstand	60,3	63,9	65,7	68,0	67,6	65,0	65,	
			Schu	lden insgesam	t (€)			
je Einwohner	15 487	16 454	17331	18 066	18 761	18 880	19 23	
nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 143,2	2 163,8	2 210,9	2 242,2	2 325,1	2 428,2	2 495,	
Einwohner 30.06.	82 474 729	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 62	

 $^{^1} Kredit markt schulden im weiteren Sinne zzgl. \, Kassen kredite. \,$

 $\label{thm:Quelle:Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.}$

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

		Abgrenzu	ing der Volkswirtscha	aftlichen Gesam	ntrechungen²		Abgrenzung de	r Finanzstatistik
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Ge	esamthaushalt³
Jahr		in Mrd. €		i	n Relation zum BIP	in%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9		
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		-
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0
2005	-74,2	-70,3	-3,9	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3
2006 ⁵	-38,1	-43,1	5,0	-1,6	-1,9	0,2	-40,0	-1,7
2007 ⁵	4,7	-6,2	10,9	0,2	-0,3	0,4	9,2	0,4
2008 ⁵	1,0	-7,2	8,2	0,0	-0,3	0,3	-7,1	-0,3

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

 $^{^2 \,} Ab \, 1970 \, in \, der \, Abgrenzung \, des \, Europ\"{a}ischen \, Systems \, Volkswirtschaftlicher \, Gesamtrechnungen \, 1995.$

 $^{^3}$ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

 $^{^4\,\}mathrm{Einschlie}$ ßlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

 $^{^{5}}$ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: August 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land						in%d	es BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	-1,6	0,2	0,0	-3,4	-5,0	-4,6
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	0,3	-0,2	-1,2	-5,9	-5,8	-5,8
Griechenland	_	-	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-2,9	-3,7	-7,7	-12,7	-12,2	-12,8
Spanien	_	-	-	-6,5	-1,1	1,0	2,0	1,9	-4,1	-11,2	-10,1	-9,3
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,3	-2,7	-3,4	-8,3	-8,2	-7,7
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,1	4,8	1,7	3,0	0,3	-7,2	-12,5	-14,7	-14,7
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-3,3	-1,5	-2,7	-5,3	-5,3	-5,1
Zypern	-	-	-	-0,8	-2,3	-2,4	-1,2	3,4	0,9	-3,5	-5,7	-5,9
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	1,3	3,7	2,5	-2,2	-4,2	-4,2
Malta	-	-	-	-4,2	-6,2	-2,9	-2,6	-2,2	-4,7	-4,5	-4,4	-4,3
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,5	0,2	0,7	-4,7	-6,1	-5,6
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,6	-1,6	-0,6	-0,4	-4,3	-5,5	-5,3
Portugal	-7,1	-8,6	-6,2	-5,0	-3,2	-6,1	-3,9	-2,6	-2,7	-8,0	-8,0	-8,7
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-3,5	-1,9	-2,3	-6,3	-6,0	-5,5
Slowenien	-	-	-	-8,4	-3,8	-1,4	-1,3	0,0	-1,8	-6,3	-7,0	-6,9
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,9	2,8	4,0	5,2	4,5	-2,8	-4,5	-4,3
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,1	-2,5	-1,3	-0,6	-2,0	-6,4	-6,9	-6,5
Bulgarien	-	-	-	-3,4	-0,3	1,9	3,0	0,1	1,8	-0,8	-1,2	-0,4
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,4	5,2	5,2	4,5	3,4	-2,0	-4,8	-3,4
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	2,3	2,6	-2,7	-3,0	-3,2	-3,0
Lettland	_	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,5	-0,3	-4,1	-9,0	-12,3	-12,2
Litauen	_	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-0,4	-1,0	-3,2	-9,8	-9,2	-9,7
Polen	_	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,6	-1,9	-3,6	-6,4	-7,5	-7,6
Rumänien	_	-	-	-2,1	-4,7	-1,2	-2,2	-2,5	-5,5	-7,8	-6,8	-5,9
Schweden	-	-	-	-7,4	3,7	2,3	2,5	3,8	2,5	-2,1	-3,3	-2,7
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-2,6	-0,7	-2,1	-6,6	-5,5	-5,7
Ungarn	_	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-9,3	-5,0	-3,8	-4,1	-4,2	-3,9
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-2,7	-5,0	-12,1	-12,9	-11,1
EU	_	-	_	-5,1	-0,6	-2,4	-1,4	-0,8	-2,3	-6,9	-7,5	-6,9
Japan	-4,5	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-1,6	-2,5	-3,8	-8,0	-8,9	-9,1
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,0	-2,7	-6,4	-11,3	-13,0	-13,1

 $^{^{1}\}mbox{F\"{u}r}$ EU-Mitglieds staaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2009.

Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009

Stand: November 2009.

 $^{^2 \, \}text{Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erl\"{o}se.}$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in% des BIP												
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	67,6	65,0	65,9	73,1	76,7	79,7	
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,9	107,6	92,1	88,1	84,2	89,8	97,2	101,2	104,0	
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	101,8	100,0	97,1	95,6	99,2	112,6	124,9	135,4	
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	43,0	39,6	36,1	39,7	54,3	66,3	74,0	
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,7	63,8	67,4	76,1	82,5	87,6	
Irland	69,1	100,6	93,2	81,1	37,7	27,6	25,0	25,1	44,1	65,8	82,9	96,2	
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,8	106,5	103,5	105,8	114,6	116,7	117,8	
Zypern	_	-	-	-	58,8	69,1	64,6	58,3	48,4	53,2	58,6	63,4	
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,1	6,6	6,6	13,5	15,0	16,4	17,7	
Malta	_	-	-	-	55,9	70,2	63,6	62,0	63,8	68,5	70,9	72,5	
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	47,4	45,5	58,2	59,8	65,6	69,7	
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,4	63,9	62,2	59,5	62,6	69,1	73,9	77,0	
Portugal	30,5	58,3	55,0	61,0	50,4	63,6	64,7	63,6	66,3	77,4	84,6	91,1	
Slowakei	_	-	-	22,2	50,3	34,2	30,5	29,3	27,7	34,6	39,2	42,7	
Slowenien	_	-	-	-	26,8	27,0	26,7	23,3	22,5	35,1	42,8	48,2	
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	41,8	39,3	35,2	34,1	41,3	47,4	52,7	
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,4	69,4	70,1	68,3	66,0	69,3	78,2	84,0	88,2	
Bulgarien	_	-	-	-	74,3	29,2	22,7	18,2	14,1	15,1	16,2	15,7	
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	37,1	31,3	26,8	33,5	33,7	35,3	35,2	
Estland	_	-	-	9,0	5,1	4,6	4,5	3,8	4,6	7,4	10,9	13,2	
Lettland	_	-	-	-	12,3	12,4	10,7	9,0	19,5	33,2	48,6	60,4	
Litauen	_	-	-	11,5	23,7	18,4	18,0	16,9	15,6	29,9	40,7	49,3	
Polen	_	-	-	-	36,8	47,1	47,7	45,0	47,2	51,7	57,0	61,3	
Rumänien	_	-	-	-	24,6	15,8	12,4	12,6	13,6	21,8	27,4	31,3	
Schweden	39,3	60,9	41,2	72,1	53,6	51,0	45,9	40,5	38,0	42,1	43,6	44,1	
Tschechien	-	-	-	14,6	18,5	29,7	29,4	29,0	30,0	36,5	40,6	44,0	
Ungarn	-	-	-	86,2	55,0	61,8	65,6	65,9	72,9	79,1	79,8	79,1	
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	50,8	41,0	42,2	43,2	44,2	52,0	68,6	80,3	88,2	
EU	-	_	_	69,6	63,1	62,7	61,3	58,7	61,5	73,0	79,3	83,7	
Japan	51,4	67,7	68,4	92,5	142,1	191,6	191,3	187,7	173,1	189,8	197,6	206,0	
USA	43,9	56,1	64,3	71,5	55,0	61,7	61,2	62,2	70,7	65,2	75,5	87,8	

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2009; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

Stand: November 2009.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP											
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007				
Deutschland ^{2,3}	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	20,9	21,9	23,0				
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	31,1	31,0	30,7				
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	49,6	48,1	47,9				
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,9	31,3	31,1				
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,7	27,8	27,4				
Griechenland	14,0	14,5	18,3	19,5	23,6	20,2	20,2					
Irland	26,1	26,6	28,2	27,8	27,5	26,0	27,6	27,3				
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	28,3	29,6	30,2				
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,5	17,3	17,7					
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,6				
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,3	26,0	26,7				
Niederlande	23,1	26,6	26,9	24,1	24,2	25,7	25,1	24,2				
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,4				
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	27,6	27,3	27,8				
Polen	-	-	-	25,2	22,4	20,7	21,4					
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	23,4	24,3	24,9				
Schweden	32,1	33,0	38,0	34,4	38,1	36,3	36,6	35,6				
Schweiz	16,2	18,9	19,7	20,2	22,7	22,2	22,7	22,8				
Slowakei	-	-	-	-	19,7	19,0	17,9	17,9				
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,0	23,6	24,4	25,0				
Tschechien	-	-	-	22,0	19,7	21,4	20,8	20,3				
Ungarn	-	-	-	26,6	26,9	25,6	25,2	26,4				
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,0	28,4	30,8	29,5	30,3	29,8				
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	20,6	21,3	21,6				

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.

 $^{^2 \, \}text{Nicht vergleichbar} \, \text{mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.} \,$

 $^{^3}$ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP										
	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007			
Deutschland ^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	35,6	36,2			
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,8	44,5	44,4			
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,7	49,1	48,9			
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,9	43,5	43,0			
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,2	43,6			
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,1	31,3	31,3				
Irland	28,4	31,0	33,1	32,5	31,7	30,6	31,9	32,2			
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	40,9	42,1	43,3			
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	27,4	27,9				
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,3			
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,1	39,1	37,8	35,9	36,9			
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,7	38,8	39,3	38,0			
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	43,9	43,4			
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,2	42,6	42,1	41,7	41,9			
Polen	-	-	-	36,2	31,6	32,9	33,5				
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	34,7	35,7	36,6			
Schweden	37,8	46,4	52,2	47,5	51,8	49,5	49,1	48,2			
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,6	29,7			
Slowakei	-	-	-	-	33,8	31,8	29,8	29,8			
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,8	36,6	37,2			
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,5	36,9	36,4			
Ungarn	-	-	-	41,3	38,0	37,2	37,1	39,3			
Vereinigtes Königreich	37,0	35,1	36,1	34,5	37,1	36,3	37,1	36,6			
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	27,3	28,0	28,3			

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2007, Paris 2008.

Stand: Oktober 2008.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

 $^{^3}$ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land				Ge	samtausgal	oen des Staa	tes in % des	BIP			
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland ¹	46,9	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	44,2	43,9	48,2	49,0
Belgien	54,8	58,4	52,2	52,1	49,1	52,1	48,4	48,3	49,8	52,9	54,3
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,5	48,3	50,1	48,6	47,3	48,3	52,8	54,3
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,7	55,6	56,4
Griechenland	-	-	45,8	46,6	46,6	43,1	42,0	43,7	44,9	45,3	45,2
Irland	-	53,2	42,8	41,1	31,5	33,7	34,0	35,7	41,0	45,8	49,1
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,1	48,7	47,9	48,8	51,2	51,1
Luxemburg	-	-	37,7	39,7	37,6	41,6	38,6	37,2	40,7	44,2	45,7
Malta	-	-	-	39,7	41,0	44,7	43,7	42,6	45,3	44,4	44,8
Niederlande	55,2	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,6	45,3	45,4	48,3	50,2
Österreich	50,0	53,5	51,5	56,2	52,0	49,8	49,3	48,5	48,6	51,6	52,1
Portugal	33,5	38,8	40,0	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,9	48,9	48,7
Slowenien	-	-	-	52,6	46,8	45,3	44,6	42,4	43,6	47,7	48,6
Spanien	-	-	-	44,4	39,1	38,4	38,5	38,8	40,5	45,2	47,1
Zypern	-	-	-	-	37,0	43,6	43,4	42,9	44,0	44,4	45,0
Euroraum	-	-	-	-	46,3	47,3	46,6	46,1	46,6	50,1	51,0
Bulgarien	-	-	-	-	42,6	39,3	36,5	41,5	37,4	39,5	39,3
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,6	51,5	50,9	51,8	55,0	57,0
Estland	-	-	-	41,4	36,5	34,0	34,2	35,5	40,9	45,0	47,3
Lettland	-	-	31,6	38,6	37,3	35,6	38,2	35,9	39,5	46,8	49,8
Litauen	-	-	-	35,7	39,1	33,3	33,6	34,9	37,2	39,5	42,7
Polen	-	-	-	47,7	41,1	43,4	43,8	42,1	43,1	46,1	46,8
Rumänien	-	-	-	49,8	38,5	33,5	35,3	36,6	38,5	38,5	38,9
Schweden	-	-	-	65,2	55,6	55,0	54,0	52,5	53,1	56,6	57,3
Slowakei	-	-	-	48,6	50,9	38,2	36,9	34,4	34,9	38,3	39,4
Tschechien	-	-	-	54,5	41,8	45,0	43,9	42,6	42,4	45,9	47,6
Ungarn	-	-	-	-	46,5	50,1	51,9	49,7	49,9	50,8	52,0
Vereinigtes Königreich	47,6	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	44,2	44,0	47,7	50,5	52,4
EU-27	-	-	-	-	44,8	46,8	46,3	45,7	46,8	50,1	51,1
USA	34,1	36,8	37,1	37,0	34,2	36,6	36,4	37,3	39,1	44,4	45,9
Japan	-	-	-	-	39,0	38,4	36,3	36,2	37,5	42,1	44,4

¹1980 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: Mai 2009.

 $Quelle: EU-Kommission\, \hbox{\tt ``Statistischer Anhang der Europ\"{a} ischen Wirtschaft".}$

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

		Eu-Haush	nalt 2008 ¹			EU-Haus	halt 2009 ²	
	Verpflicht	tungen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio.€	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	58 341,9	44,5	45 731,7	39,5	60 195,9	45,0	45 999,5	39,6
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4			500,0	0,4		
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	56 314,7	43,0	53 217,1	46,0	56 121,4	41,9	52 566,1	45,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 625,9	1,2	1 488,9	1,3	1 514,9	1,1	1 296,4	1,1
4. Die EU als globaler Akteur	7311,2	5,6	7 847,1	6,8	8 103,9	6,1	8 324,2	7,2
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	239,2	0,2			244,0	0,2		
5. Verwaltung	7 279,2	5,6	7 279,8	6,3	7 700,7	5,8	7 700,7	6,6
6. Ausgleichszahlungen	206,6	0,2	206,6	0,2	209,1	0,2	209,1	0,2
Gesamtbetrag	tbetrag 131 079,6 100,0				133 846,0	100,0	116 096,1	100,0

¹ EU-Haushalt 2008 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-10/2008).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2008 bis 2009

	Differe	enz in %	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	2,3	0,6	1 853,9	267,8
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	-	0,0	0,0
Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-0,3	- 1,2	- 193,3	-651,0
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	- 6,8	-12,9	-111,0	- 192,5
4. Die EU als globaler Akteur	10,8	6,1	792,7	477,0
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	-	4,8	0,0
5. Verwaltung	5,8	5,8	421,5	421,0
6. Ausgleichszahlungen	1,2	1,2	2,5	2,5
Gesamtbetrag	2,1	0,3	2 766,3	324,8

² EU-Haushalt 2009 (endg. Feststellung vom 18.12.2008).

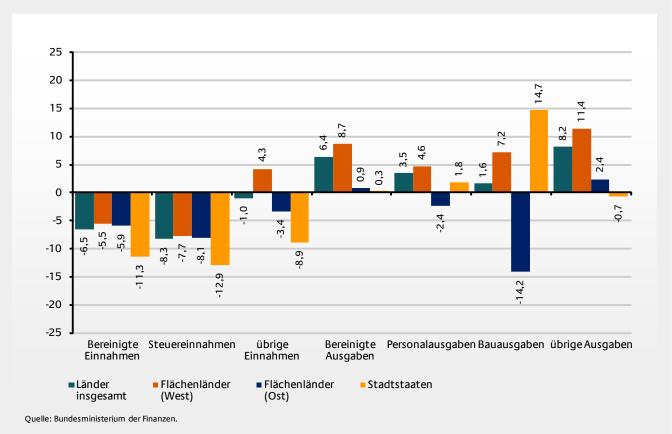
ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2009 im Vergleich zum Jahressoll 2009

	Flächenlä	nder (West)	Flächenlä	inder (Ost)	Stadts	taaten	Länder z	usammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in N	⁄lio.€			
Bereinigte Einnahmen	185 266	133 910	52 664	37 630	32 898	23 874	264 142	190 240
darunter:								
Steuereinnahmen	144 645	107 000	28 165	19 805	21 372	14459	194 183	141 264
übrige Einnahmen	40 621	26 910	24 499	17 826	11 526	9 4 1 5	69 960	48 976
Bereinigte Ausgaben	203 525	153 555	52 593	36 710	36 453	26 596	285 885	211 686
darunter:								
Personalausgaben	77 608	58 273	12 290	8 564	11 113	8317	101 012	75 154
Bauausgaben	3 432	1 635	1 491	708	905	384	5 8 2 8	2726
übrige Ausgaben	122 484	93 647	38 812	27 438	24435	17895	179 046	133 805
Finanzierungssaldo	-18 257	-19 645	75	921	-3 549	-2 721	-21 730	-21 446

Abbildung 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2009



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2009

						in Mio. €				
		Se	ptember 200)8	A	ugust 2009		Sep	otember 200	9
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	192 212	203 483	383 648	166 641	165 866	321 397	187 996	190 240	366 101
111	darunter: Steuereinnahmen	171 088	154 020	325 109	144318	124 748	269 066	164 480	141 264	305 744
112 113	Länderfinanzausgleich ¹ nachrichtlich:	- 167578 ³	- 43 139	- 210717	- 171 236 ³	57 082	- 228 318	- 201 397 ³	62 555	- 263 952
	Kreditmarktmittel (brutto)	101310	75 155	210717	171230	37 002	220310	201331	02 333	203 332
12	Bereinigte Ausgabe' für das laufende Haushaltsjahr	216 794	199 032	403 780	196 426	187 770	373 086	218 608	211 686	418 159
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	20 566	72 641	93 207	18 863	67 152	86 015	21 543	75 154	96 698
122	Bauausgaben	3 606	2 684	6289	3 3 6 4	2 338	5 702	4031	2 726	6 757
123	Länderfinanz- ausgleich ¹	-	-32	- 32	-	323	323	-	-343	- 343
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	166977	57 636	224613	150 068	49 375	199 443	182 202	56 666	238 868
13	Mehrein. (+), Mehrausg. (-) (Finanzierungssaldo)	-24 582	4 451	-20 132	-29 786	-21 904	-51 689	-30 612	-21 446	-52 058
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres									
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15) Abgrenzungsposten zur	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse /	1 645	-15 216	-13 572	21 366	1 446	22 812	19 418	1 657	21 075
2	Landeshauptkassen² Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	715	715	-	866	866	-	744	744
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	1 903	1 903	-	- 214	-214	-	-214	- 214
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	11 539	15 419	26 957	8 925	88 120	97 045	17 346	94 184	111530
32	Vorschüsse	-	34 142	34 142	-	92 776	92 776	-	99 618	99 618
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	14 630	14630	-	15 757	15 757	-	15 553	15 553
34	_	11 539	-4 094	7 445	8 925	11 101	20 026	17 346	10119	27 465

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2009

		in Mio. €									
			September 200	08	A	ugust 2009		S	September 200	9	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-11 399	-12 242	-23 641	505	-8 704	-8 198	6 152	-9 139	-2 98	
5	Schwebende Schulden										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	11 399	4 2 6 2	15 661	- 505	3 547	3 042	-6 151	3 372	-2 77	
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	212	21	
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-		
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-		
55	Sonstige	-	465	465	-	663	663	-	200	20	
56	Zusammen	11 399	4727	16126	- 505	4210	3 705	-6 151	3 784	-2 36	
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	-7 515	-7515	0	-4 494	-4 494	1	-5 355	-5 35	
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)										
71	Innerer Kassenkredit ⁴ Nicht zum Bestand der	-	2 143	2 143	-	1 473	1 473	-	1 705	1 70	
72	Bundeshauptkasse/Landesha uptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	3 434	3 434	-	2 213	2 213	-	2 056	2 05	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $^{{}^2\,}Haushalts technische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.$

 $^{^{\}rm 3}$ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung.

⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2009

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Rezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ⁷	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	24 282,5	29 060,8 ^a	6 884,7	12 805,6	5 269,9	17 370,5	34 661,5	8 541,4	1 889,1
111	darunter: Steuereinnahmen	18 495,8	23 540,4	3 646,3	10 546,2	2 577,3	13 260,0	28 808,1	6 245,1	1 547,7
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	437,0	-	380,7	161,7	17,0	254,3	67,9
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	5 577,0	7 023,8 ^b	2 488,5	3 203,9	412,2	4 272,9	15 612,4	4980,3	1 090,5
12	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsiahr	26 110,2	36 365,7 °	7 067,5	14 848,7	4 790,5	18 056,4	39 350,3	10 064,5	2 717,9
121	darunter: Personalausgaben (inkl. Versorgung)	10 935,8	12 711,0	1 609,6	5 644,5	1 135,4	6 838,8 ³	14 552,3 ³	4 000,7	1 038,5
122	Bauausgaben	307,5	681,0	17,4	297,9	111,4	155,2	80,1	24,0	3,1
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 645,9	2 714,5	-	998,1	-	-	144,1	-	-
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	5 825,5	2 461,8 ^d	2 850,6	3 135,2	1 141,9	4 3 4 5, 7	14 231,5	5 458,7	612,3
13	Mehrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)									
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-1 827,7	-7 304,9 e	- 182,8	-2 043,1	479,4	- 685,9	-4 688,8	-1 523,2	- 828,8
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkassen ²	-300,1	4 384,1	-1 180,9	- 9,8	- 698,6	- 44,2	1 323,3	- 479,9	475,2
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres	744,1	-	-	-	-	-	-	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	796,6	-2 129,4	-	-	-	-	-	-	-
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	3 931,0	2 027,2	1 776,7	1 281,5	167,5	175,1	2 553,6	2 581,0	440,1
32	Vorschüsse	4 226,6	4 671,6	1 016,3	161,3	0,9	618,1	73,4	1 796,9	- 3,8
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	814,8	7 694,8	-	685,9	563,7	2 232,1	331,5	2,5	14,2
34	Saldo (31-32+33)	519,2	5 050,4	760,4	1 806,1	730,3	1 789,1	2 811,6	786,5	458,1
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 67,9	0,0	- 603,3	- 246,7	511,1	1 059,0	- 553,8	-1 216,5	104,5

 $Abweichungen\ in\ den\ Summen\ durch\ Runden\ der\ Zahlen.$

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2009

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern ⁷	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	241,0	220,0	-	-	1 902,0	1 217,0	149,9
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	
55	Sonstige	-	-	-	200,0	-	-	-	-	
56	Zusammen	-	-	241,0	420,0	-	-	1 902,0	1 217,0	149,9
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 67,9	0,0	- 362,3	173,3	511,1	1 059,0	1 348,2	0,5	254,4
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	-	-	-	-	-	1 704,6	-	-	
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landes- hauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	-	2 232,1	290,4	-	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

 $^{^1 \, \}text{In} \, \text{der} \, \text{L\"{a}} \text{ndersumme ohne} \, \text{Zuweisungen von L\"{a}} \text{ndern im L\"{a}} \text{nderfinanzausgleich.}$

 $^{{}^2} Hau shalt stechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.\\$

³ Ohne August-Bezüge.

⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

 $^{^{5}}$ SH - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

⁷ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 15,3 Mio. €; b) 6 061,3 Mio. €; c) 7 030,6 Mio. €; d) 250,0 Mio. €;

e) Der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB beträgt - 114,4 Mio. €.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2009

					in Mio. €				
Lfd. Nr.	Rezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen ¹ für das laufende Haushaltsjahr	11 896,6	6 959,3	5 970,3	6 619,7	14 458,9	2 504,9	6 970,8	190 240,0
111	darunter: Steuereinnahmen	6 434,3	3 685,0	4 556,6	3 461,8	7 144,0	1 547,9	5 767,3	141 263,8
112	Länderfinanzausgleich ¹	812,1	441,0	170,7	444,2	2 342,0	377,9	-	-
113	nachrichtlich: Kreditmarktmittel (brutto)	-2 210,2	3 595,3	2 601,9	1 245,0	9 508,6	3 708,9	- 556,2	62 554,8
12	Bereinigte Ausgaben ¹ für das laufende Haushaltsjahr	11 043,8	7 170,4	6 712,9	6 637,3	15 674,1	3 101,3	7 880,6	211 685,6
121	darunter: Personalausgaben (incl. Versorgung)	2 526,4	1 651,2	2 551,7	1 641,2	4878,4	1 009,4	2 429,5	75 154,4
122	Bauausgaben	368,0	83,8	85,9	127,0	129,3	29,1	225,3	2 726,0
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	60,5	-343,4
124	nachrichtlich: Tilgung von Kreditmarktmitteln	- 895,5	3 415,7	2 160,2	1 414,8	7 098,0	3 409,1	-	56 665,5
13	Mehrein.(+), Mehrausg.(-) (Finanzierungssaldo)	852,8	- 211,1	- 742,6	- 17,6	-1 215,2	- 596,4	- 909,8	-21 445,7
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
15	AusgabenderAuslauf periodedesVorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-		-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen²	-3 252,3	217,9	469,2	- 133,1	1 126,3	312,9	- 552,6	1 657,4
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)								
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	-	-	-	-	744,1
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist- Abschluss)	1 118,7	-	-	-	-	-	-	- 214,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	594,4	722,6	0,0	-311,0	- 264,0	28,4	78 480,2	94 184,3
32	Vorschüsse	2 506,9	370,9	0,0	182,3	-	73,5	83 923,1	99 618,0
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	3 102,7	39,0	0,0	319,8	323,2	241,6	-812,9	15 552,9
34	Saldo (31-32+33)	1 190,2	390,7	0,0 5	- 173,5	59,2	196,5	-6 255,8	10 119,0
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 90,6	397,4	-273,4	- 324,2	- 29,7	- 87,0	-7 718,2	-9 139,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2009

					in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammer
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-417,4	-	-	39,8	20,0	-	3 372,
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	212,0	212,0
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	200,
56	Zusammen	-	-417,4	-	-	39,8	20,0	212,0	3 784,
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	- 90,6	- 20,0	- 273,4	-324,2	10,1	- 67,0	-7 506,2	-5 355,
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit 4	-	-	-	-	-	-	-	1 704,
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschl. 71)	-	-	-	-	323,2	23,6	- 812,9	2 056,

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung.

³ Ohne Juli-Bezüge.

⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen.

 $^{^{5}\,\}mathrm{SH}$ - Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln.

⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

⁷ BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a) 15,3 Mio. €; b) 6 061,3 Mio. €; c) 7 030,6 Mio. €; d) 250,0 Mio. €;

e) Der Finanzierungssaldo ohne Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und Bayern LB beträgt - 114,4 Mio. \in .

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr					Erwerbslosen-	Bruttoi	nlandsprodukt	(real)	Investitions-
	Erwerbstä	tige im Inland ¹	Erwerbsquote ²	Erwerbslose	quote ³	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	quote ⁴
	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	Mio.	in%	Verä	inderung in % p	.a.	in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3	•			23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,2	2,5	2,9	18,2
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,8	0,7	18,8
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,3	-0,1	0,0	19,0
2003/98	38,8	0,4	51,2	3,5	8,3	1,2	0,8	1,7	20,0
2008/03	39,3	0,8	52,3	3,9	9,1	1,8	1,0	1,1	18,1

¹Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $^{^2\,}Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $^{^4\,} Anteil\, der\, Bruttoanlage investitionen\, am\, Bruttoinlandsprodukt\, (nominal).$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten ²
			\	/eränderung in % p	.a.		
1991							
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	-0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	-2,2	0,9	1,4	1,9	-0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	-0,7	-4,8	0,9	0,9	1,5	0,7
2001	2,5	1,2	-0,1	1,3	1,7	2,0	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	-0,3	1,1	1,4	1,7	-0,5
2005	1,4	0,6	-1,4	1,2	1,4	1,6	-0,8
2006	3,7	0,5	-1,3	1,0	1,1	1,6	-1,6
2007	4,4	1,9	0,4	1,9	1,8	2,3	0,1
2008	2,8	1,5	-0,8	1,9	2,2	2,6	2,2
2003/98	1,9	0,7	-0,3	0,8	1,1	1,3	0,6
2008/03	2,9	1,1	-0,7	1,4	1,6	1,9	-0,1

 $^{^{1}} Ohne\, private\, Organisation en\, ohne\, Erwerbszweck.$

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo
	Exporte	importe	Ausenbeitrag	übrige Welt	Exporte	importe	Ausenbeitrag	übrige Welt
	Veränderu	ng in % p.a.	in Mı	d.€		Anteile	am BIP in %	
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,5	8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2
2006	14,4	14,9	132,5	154,4	45,4	39,7	5,7	6,6
2007	8,0	4,9	171,7	192,7	46,9	39,9	7,1	7,9
2008	3,5	5,8	155,7	165,6	47,3	41,0	6,2	6,6
2003/98	6,5	5,0	46,3	4,3	32,9	30,7	2,2	0,2
2008/03	8,9	8,4	129,6	130,1	42,5	36,9	5,6	5,6

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

Jahr		Unternehmens-	Arbeitnehmer-	Lohno	quote	Bruttolöhne und -	Reallöhne
	Volkseinkommen	und Vermögens- einkommen	entgelte (Inländer)	unbereinigt ¹	bereinigt ²	gehälter (je Arbeitnehmer)	(je Arbeitnehmer)³
	V	eränderung in % p.:	а.	in	1%	Veränderu	ng in % p.a.
1991				71,0	71,0		
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0
2005	1,3	5,5	-0,6	66,7	68,3	0,3	-1,0
2006	4,9	11,4	1,7	64,6	66,2	0,9	-1,3
2007	3,5	4,8	2,8	64,2	65,7	1,6	-0,5
2008	2,5	0,2	3,7	65,0	66,4	2,3	-0,6
2003/98	1,8	1,5	1,9	71,3	72,2	1,5	0,6
2008/03	3,3	7,2	1,6	66,5	68,0	1,1	-0,5

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 5: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land					jährliche	Veränderu	ngen in %				
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	0,8	3,2	2,5	1,3	- 5,0	1,2	1,7
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,8	2,8	2,9	1,0	- 2,9	0,6	1,5
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	2,2	4,5	4,5	2,0	- 1,1	- 0,3	0,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,6	4,0	3,6	0,9	- 3,7	- 0,8	1,0
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	1,9	2,2	2,3	0,4	- 2,2	1,2	1,5
Irland	3,1	7,6	9,8	9,4	6,2	5,4	6,0	-3,0	- 7,5	- 1,4	2,6
Italien	2,8	2,1	2,8	3,7	0,7	2,0	1,6	- 1,0	- 4,7	0,7	1,4
Zypern	-	-	9,9	5,0	3,9	4,1	4,4	3,7	- 0,7	0,1	1,3
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	5,4	5,6	6,5	0,0	- 3,6	1,1	1,8
Malta	-	-	6,2	6,4	4,1	3,8	3,7	2,1	- 2,2	0,7	1,6
Niederlande	2,3	4,2	3,1	3,9	2,0	3,4	3,6	2,0	- 4,5	0,3	1,6
Österreich	2,5	4,2	2,5	3,7	2,5	3,5	3,5	2,0	- 3,7	1,1	1,5
Portugal	1,6	7,9	2,3	3,9	0,9	1,4	1,9	0,0	- 2,9	0,3	1,0
Slowakei	-	-	5,8	1,4	6,5	8,5	10,4	6,4	- 5,8	1,9	2,6
Slowenien	-	-	4,1	4,4	4,5	5,8	6,8	3,5	- 7,4	1,3	2,0
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,1	2,8	4,9	4,2	1,0	- 6,9	0,9	1,6
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,9	1,7	3,0	2,8	0,6	- 4,0	0,7	1,5
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	6,2	6,3	6,2	6,0	- 5,9	- 1,1	3,1
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	2,4	3,3	1,6	- 1,2	- 4,5	1,5	1,8
Estland	-	-	4,5	9,6	9,4	10,0	7,2	- 3,6	- 13,7	- 0,1	4,2
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	10,6	12,2	10,0	- 4,6	- 18,0	- 4,0	2,0
Litauen	-	-	3,3	3,3	7,8	7,8	9,8	2,8	- 18,1	- 3,9	2,5
Polen	-	_	7,0	4,3	3,6	6,2	6,8	5,0	1,2	1,8	3,2
Rumänien	-	-	7,1	2,4	4,2	7,9	6,3	6,2	- 8,0	0,5	2,6
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	3,3	4,2	2,6	-0,2	- 4,6	1,4	2,1
Tschechien	-	-	5,9	3,6	6,3	6,8	6,1	2,5	- 4,8	0,8	2,3
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,5	4,0	1,0	0,6	- 6,5	- 0,5	3,1
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	3,1	3,9	2,2	2,9	2,6	0,6	- 4,6	0,9	1,9
EU	2,5	3,0	2,5	3,9	2,0	3,2	2,9	0,8	- 4,1	0,7	1,6
Japan	6,3	5,6	1,9	2,9	1,9	2,0	2,3	- 0,7	- 5,9	1,1	0,4
USA	4,1	1,9	2,5	4,2	3,1	2,7	2,1	0,4	- 2,5	2,2	2,0

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2008. Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 6: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land			jährlich	ne Veränderunger	nin%		
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	1,9	1,8	2,3	2,8	0,3	0,8	1,0
Belgien	2,5	2,3	1,8	4,5	0,0	1,3	1,5
Griechenland	3,5	3,3	3,0	4,2	1,2	1,4	2,1
Spanien	3,4	3,6	2,8	4,1	-0,4	0,8	2,0
Frankreich	1,9	1,9	1,6	3,2	0,1	1,1	1,4
Irland	2,2	2,7	2,9	3,1	- 1,5	- 0,6	1,0
Italien	2,2	2,2	2,0	3,5	0,8	1,8	2,0
Zypern	2,0	2,2	2,2	4,4	0,8	3,1	2,5
Luxemburg	3,8	3,0	2,7	4,1	0,0	1,8	1,7
Malta	2,5	2,6	0,7	4,7	2,0	2,0	2,2
Niederlande	1,5	1,7	1,6	2,2	1,1	0,9	1,2
Österreich	2,1	1,7	2,2	3,2	0,5	1,3	1,6
Portugal	2,1	3,0	2,4	2,7	- 1,0	1,3	1,4
Slowakei	2,8	4,3	1,9	3,9	1,1	1,9	2,5
Slowenien	2,5	2,5	3,8	5,5	0,9	1,7	2,0
Finnland	0,8	1,3	1,6	3,9	1,8	1,6	1,5
Euroraum	2,2	2,2	2,1	3,3	0,3	1,1	1,5
Bulgarien	6,0	7,4	7,6	12,0	2,4	2,3	2,9
Dänemark	1,7	1,9	1,7	3,6	1,1	1,5	1,8
Estland	4,1	4,4	6,7	10,6	0,2	0,5	2,1
Lettland	6,9	6,6	10,1	15,3	3,5	-3,7	- 1,2
Litauen	2,7	3,8	5,8	11,1	3,9	- 0,7	1,0
Polen	2,2	1,3	2,6	4,2	3,9	1,9	2,0
Rumänien	9,1	6,6	4,9	7,9	5,7	3,5	3,4
Schweden	0,8	1,5	1,7	3,3	1,9	1,7	1,7
Tschechien	1,6	2,1	3,0	6,3	0,6	1,5	1,8
Ungarn	3,5	4,0	7,9	6,0	4,3	4,0	2,5
Vereinigtes Königreich	2,1	2,3	2,3	3,6	2,0	1,4	1,6
EU	2,3	2,3	2,4	3,7	1,0	1,3	1,6
Japan	- 0,3	0,3	0,0	1,4	- 1,2	-0,4	0,3
USA	3,4	3,2	2,8	3,8	- 0,5	0,8	0,1

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 7: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Land					in % der zivil	en Erwerbs	bevölkerun	g			
	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	10,7	9,8	8,4	7,3	7,7	9,2	9,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	8,3	7,5	7,0	8,2	9,9	10,3
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,9	8,3	7,7	9,0	10,2	11,0
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,5	8,3	11,3	17,9	20,0	20,5
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	9,2	8,4	7,8	9,5	10,2	10,0
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,4	4,5	4,6	6,0	11,7	14,0	13,2
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,8	6,1	6,8	7,8	8,7	8,7
Zypern	-	-	2,6	4,9	5,3	4,6	4,0	3,6	5,6	6,6	6,7
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,6	4,2	4,9	6,2	7,3	7,7
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	7,1	6,4	5,9	7,1	7,4	7,3
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	4,7	3,9	3,2	2,8	3,4	5,4	6,0
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,8	4,4	3,8	5,5	6,0	5,7
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	7,8	8,1	7,7	9,0	9,0	8,9
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	13,4	11,1	9,5	12,3	12,8	12,6
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	6,0	4,9	4,4	6,7	8,3	8,5
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	7,7	6,9	6,4	8,5	10,2	9,9
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,3	9,0	8,3	7,5	7,5	9,5	10,7	10,9
Bulgarien	-	-	12,7	16,4	10,1	9,0	6,9	5,6	7,0	8,0	7,2
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,9	3,8	3,3	4,5	5,8	5,6
Estland	-	-	9,7	12,8	7,9	5,9	4,7	5,5	13,6	15,2	14,2
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,8	6,0	7,5	16,9	19,9	18,7
Litauen	_	0,0	6,9	16,4	8,3	5,6	4,3	5,8	14,5	17,6	18,2
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	13,9	9,6	7,1	8,4	9,9	10,0
Rumänien	-	-	6,1	7,3	7,2	7,3	6,4	5,8	9,0	8,7	8,5
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,4	7,0	6,1	6,2	8,5	10,2	10,1
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	7,2	5,3	4,4	6,9	7,9	7,4
Ungarn	_	-	10,0	6,4	7,2	7,5	7,4	7,8	10,5	11,3	10,5
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,4	5,3	5,6	7,8	8,7	8,0
EU	9,4	7,2	10,0	7,7	8,9	8,2	7,1	7,0	9,1	10,3	10,2
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	5,8	6,3	7,0
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	4,6	5,8	9,2	10,1	10,2

Quellen:

Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2009.

Für die Jahre ab 2005: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2009.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 8: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoi	inlandspro	odukt		Verbraud	herpreise			Leistun	gsbilanz	
			Verände	erung gege	enüber Vo	rjahr in %			ı		nominalen ndprodukt	s
	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹	2007	2008	2009 ¹	2010 ¹
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten darunter	8,6	5,5	-6,7	2,1	9,7	15,6	11,8	9,4	4,2	4,9	2,9	4,4
Russische Föderation	8,1	5,6	-7,5	1,5	9,0	14,1	12,3	9,9	5,9	6,1	3,6	4,5
Ukraine	7,9	2,1	-14,0	2,7	12,8	25,2	16,3	10,3	-3,7	-7,2	0,4	0,2
Asien	10,6	7,6	6,2	7,3	5,4	7,5	3,0	3,4	7,0	5,9	5,0	5,2
darunter												
China	13,0	9,0	8,5	9,0	4,8	5,9	-0,1	0,6	11,0	9,8	7,8	8,6
Indien	9,4	7,3	5,4	6,4	6,4	8,3	8,7	8,4	-1,0	-2,2	-2,2	-2,5
Indonesien	6,3	6,1	4,0	4,8	6,0	9,8	5,0	6,2	2,4	0,1	0,9	0,5
Korea	5,1	2,2	-1,0	3,6	2,5	4,7	2,6	2,5	0,6	-0,7	3,4	2,2
Thailand	4,9	2,6	-3,5	3,7	2,2	5,5	-1,2	2,1	5,7	-0,1	4,9	2,7
Lateinamerika	5,7	4,2	-2,5	2,9	5,4	7,9	6,1	5,2	0,4	-0,7	-0,8	-0,9
darunter												
Argentinien	8,7	6,8	-2,5	1,0	8,8	8,6	5,6	5,0	1,6	1,4	4,4	4,9
Brasilien	5,7	5,1	-0,7	3,5	3,6	5,7	4,8	4,1	0,1	-1,8	-1,3	-1,9
Chile	4,7	3,2	-1,7	4,0	4,4	8,7	2,0	2,3	4,4	-2,0	0,7	-0,4
Mexiko	3,3	1,3	-7,3	3,3	4,0	5,1	5,4	3,5	-0,8	-1,4	-1,2	-1,3
Sonstige												
Türkei	4,7	0,9	-6,5	3,7	8,8	10,4	6,2	6,8	-5,8	-5,7	-1,9	-3,7
Südafrika	5,1	3,1	-2,2	1,7	7,1	11,5	7,2	6,2	-7,3	-7,4	-5,0	-6,5

¹ Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook Oktober 2009 in veröffentlichter Form.

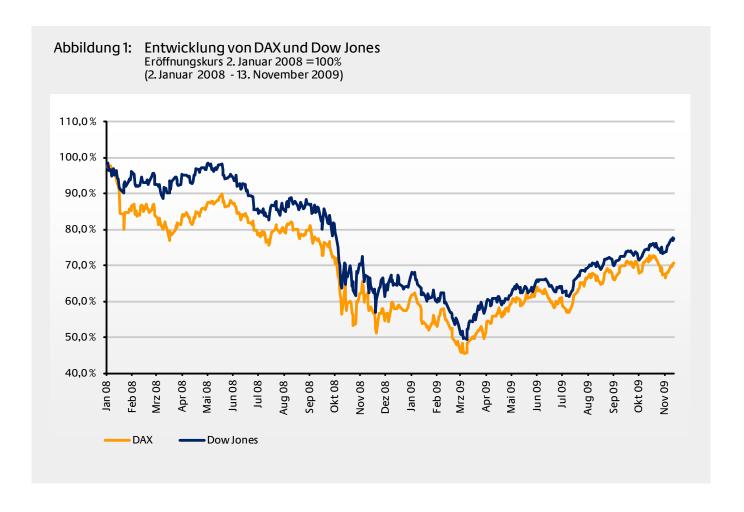


Tabelle 9: Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.11.2009	2008	zu Ende 2008	2008/2009	2008 2009
Dow Jones	10 270	8 776	17,02	6 547	13 058
Eurostoxx 50	2 883	2 451	17,60	1810	4339
Dax	5 687	4810	18,22	3 666	7 949
CAC 40	3 806	3 218	18,27	2 5 1 9	5 550
Nikkei	9 770	8 860	10,28	7 055	14 691
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	13.11.2009	2008	US-Bond	2008 2009	2008/2009
USA	3,45	2,23	-	2,07	4,33
Deutschland	3,34	2,95	-0,11	2,91	4,68
Japan	1,35	1,18	-2,10	1,18	1,89
Vereinigtes Königreich	3,77	3,06	0,32	2,99	5,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.11.2009	2008	zu Ende 2008	2008 2009	2008/2009
Dollar/Euro	1,49	1,39	6,83	1,25	1,60
Yen/Dollar	89,66	90,23	-0,63	87,35	111,90
Yen/Euro	133,51	126,14	5,84	113,65	169,75
Pfund/Euro	0,89	0,95	-6,43	0,74	0,98

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Deutschland												
EU-KOM	1,3	-5,0	1,2	1,7	2,8	0,3	0,8	1,0	7,3	7,7	9,2	9,3
OECD	1,0	-6,1	0,2	-	2,8	0,3	0,4	-	7,3	8,7	11,6	-
IWF	1,2	-5,3	0,3	-	2,8	0,1	0,2	-	7,4	8,0	10,7	-
USA												
EU-KOM	0,4	-2,5	2,2	2,0	3,8	-0,5	0,8	0,1	5,8	9,2	10,1	10,2
OECD	1,1	-2,8	0,9	-	3,8	-0,6	1,0	-	5,8	9,3	10,1	-
IWF	0,4	-2,7	1,5	-	3,8	-0,4	1,7	-	5,8	9,3	10,1	-
Japan												
EU-KOM	-0,7	-5,9	1,1	0,4	1,4	-1,2	-0,4	0,3	4,0	5,8	6,3	7,0
OECD	-0,7	-6,8	0,7	-	1,4	-1,4	-1,4	-	4,0	5,2	5,7	-
IWF	-0,7	-5,4	1,7	-	1,4	-1,1	-0,8	-	4,0	5,4	6,1	-
Frankreich												
EU-KOM	0,4	-2,2	1,2	1,5	3,2	0,1	1,1	1,4	7,8	9,5	10,2	10,0
OECD	0,3	-3,0	0,2	-	3,2	0,3	0,7	-	7,4	9,7	11,2	-
IWF	0,3	-2,4	0,9	-	3,2	0,3	1,1	-	7,9	9,5	10,3	-
Italien												
EU-KOM	-1,0	-4,7	0,7	1,4	3,5	0,8	1,8	2,0	6,8	7,8	8,7	8,7
OECD	-1,0	-5,5	0,4	-	3,5	1,1	1,2	-	6,8	8,4	10,2	-
IWF	-1,0	-5,1	0,2	-	3,5	0,7	0,9	-	6,8	9,1	10,5	-
Vereingtes												
Königreich EU-KOM	0,6	-4,6	0,9	1,9	3,6	2,0	1,4	1,6	5,6	7,8	8,7	8,0
OECD	0,7	-4,3	0,0	-	3,6	1,9	1,2	-	5,7	8,2	9,7	0,0
IWF	0,7	-4,4	0,9	_	3,6	1,9	1,5	_	5,5	7,6	9,3	_
Kanada	0,7	,	0,3		3,0	1,5	1,5		3,3	7,0	9,5	
EU-KOM	_	-	_	_	_	_	_	_	_	_	_	_
OECD	0,4	-2,6	0,7	_	2,4	0,1	1,0	-	6,1	8,6	9,8	_
IWF	0,4	-2,5	2,1	_	2,4	0,1	1,3	_	6,2	8,3	8,6	_
Euroraum	0,1	2,3			-, .	0,1	1,5		0,2	0,5	0,0	
EU-KOM	0,6	-4,0	0,7	1,5	3,3	0,3	1,1	1,5	7,5	9,5	10,7	10,9
OECD	0,5	-4,8	0,0	-	3,3	0,5	0,7	-	7,5	10,0	12,0	
IWF	0,7	-4,2	0,3	_	3,3	0,3	0,8	-	7,6	9,9	11,7	_
EZB	0,6	-4,1	-0,7	_	3,3	0,3	1,2		-	-	-	_
EU-27	5,0	,, 1	J,1		3,3	5,7	1,2					
EU-KOM	0,8	-4,1	0,7	1,6	3,7	1,0	1,3	1,6	7,0	9,1	10,3	10,2
IWF	1,0	-4,2	0,5	-	3,7	0,9	1,1	-		-	-	10,2

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirts chafts ausblick Europa, Oktober 2009.

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; Sept. 2009 (nur BIP u. Verbr.-preise sowie nur für den Euroraum).

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Belgien													
EU-KOM	1,0	-2,9	0,6	1,5	4,5	0,0	1,3	1,5	7,0	8,2	9,9	10,3	
OECD	1,0	-4,1	-0,5	-	4,5	0,3	0,7	-	7,0	8,3	10,6	-	
IWF	1,0	-3,2	0,0	-	4,5	0,2	1,0	-	7,0	8,7	9,9	-	
Finnland													
EU-KOM	1,0	-6,9	0,9	1,6	3,9	1,8	1,6	1,5	6,4	8,5	10,2	9,9	
OECD	0,7	-4,7	0,8	-	3,9	1,6	1,0	-	6,4	8,7	10,8	-	
IWF	1,0	-6,4	0,9	-	3,9	1,0	1,1	-	6,4	8,7	9,8	-	
Griechenland													
EU-KOM	2,0	-1,1	-0,3	0,7	4,2	1,2	1,4	2,1	7,7	9,0	10,2	11,0	
OECD	2,9	-1,3	0,3	-	4,2	1,3	1,7	-	7,7	9,5	10,3	-	
IWF	2,9	-0,8	-0,1	-	4,2	1,1	1,7	-	7,6	9,5	10,5	-	
Irland													
EU-KOM	-3,0	-7,5	-1,4	2,6	3,1	-1,5	-0,6	1,0	6,0	11,7	14,0	13,2	
OECD	-2,3	-9,8	-1,5	-	3,1	-1,3	-1,5	-	6,0	12,2	14,8	-	
IWF	-3,0	-7,5	-2,5	-	3,1	-1,6	-0,3	-	6,1	12,0	15,5	-	
Luxemburg													
EU-KOM	0,0	-3,6	1,1	1,8	4,1	0,0	1,8	1,7	4,9	6,2	7,3	7,7	
OECD	-0,9	-4,0	-0,4	-	4,1	-0,3	1,2	-	4,4	6,0	7,2	-	
IWF	0,7	-4,8	-0,2	-	3,4	0,2	1,8	-	4,4	6,8	6,0	-	
Malta													
EU-KOM	2,1	-2,2	0,7	1,6	4,7	2,0	2,0	2,2	5,9	7,1	7,4	7,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	2,1	-2,1	0,5	-	4,7	2,1	1,9	-	5,8	7,3	7,6	-	
Niederlande													
EU-KOM	2,0	-4,5	0,3	1,6	2,2	1,1	0,9	1,2	2,8	3,4	5,4	6,0	
OECD	2,1	-4,9	-0,4	-	2,2	1,4	0,9	-	2,9	4,0	7,0	-	
IWF	2,0	-4,2	0,7	-	2,2	0,9	1,0	-	2,8	3,8	6,6	-	
Österreich													
EU-KOM	2,0	-3,7	1,1	1,5	3,2	0,5	1,3	1,6	3,8	5,5	6,0	5,7	
OECD	1,7	-4,3	-0,1	-	3,2	0,6	0,8	-	4,9	6,1	7,9	-	
IWF	2,0	-3,8	0,3	-	3,2	0,5	1,0	-	3,9	5,3	6,4	-	
Portugal													
EU-KOM	0,0	-2,9	0,3	1,0	2,7	-1,0	1,3	1,4	7,7	9,0	9,0	8,9	
OECD	0,0	-4,5	-0,5	-	2,7	-0,2	1,0	-	7,6	9,6	11,2	-	
IWF	0,0	-3,0	0,4	-	2,7	-0,6	1,0	-	7,6	9,5	11,0	_	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Slowakei													
EU-KOM	6,4	-5,8	1,9	2,6	3,9	1,1	1,9	2,5	9,5	12,3	12,8	12,6	
OECD	6,4	-5,0	3,1	-	4,6	1,8	1,8	-	9,6	11,8	13,6	-	
IWF	6,4	-4,7	3,7	-	4,6	1,5	2,3	-	9,6	10,8	10,3	-	
Slowenien													
EU-KOM	3,5	-7,4	1,3	2,0	5,5	0,9	1,7	2,0	4,4	6,7	8,3	8,5	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	3,5	-4,7	0,6	-	5,7	0,5	1,5	-	4,4	6,2	6,1	-	
Spanien													
EU-KOM	0,9	-3,7	-0,8	1,0	4,1	-0,4	0,8	2,0	11,3	17,9	20,0	20,5	
OECD	1,2	-4,2	-0,9	-	4,1	-0,1	0,3	-	11,3	18,1	19,6	-	
IWF	0,9	-3,8	-0,7	-	4,1	-0,3	0,9	-	11,3	18,2	20,2	-	
Zypern													
EU-KOM	3,7	-0,7	0,1	1,3	4,4	0,8	3,1	2,5	3,6	5,6	6,6	6,7	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	3,6	-0,5	0,8	-	4,4	0,4	1,2	-	3,7	5,6	5,9	-	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2009.

IWF: Weltwirtschaftsausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2009.

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslo	senquote	
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Bulgarien												
EU-KOM	6,0	-5,9	-1,1	3,1	12,0	2,4	2,3	2,9	5,6	7,0	8,0	7,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	6,0	-6,5	-2,5	-	12,0	2,7	1,6	-	-	-	-	-
Dänemark												
EU-KOM	-1,2	-4,5	1,5	1,8	3,6	1,1	1,5	1,8	3,3	4,5	5,8	5,6
OECD	-1,1	-4,0	0,1	-	3,4	1,3	1,5	-	3,3	6,0	7,9	-
IWF	-1,2	-2,4	0,9	-	3,4	1,7	2,0	-	1,7	3,5	4,2	-
Estland												
EU-KOM	-3,6	-13,7	-0,1	4,2	10,6	0,2	0,5	2,1	5,5	13,6	15,2	14,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,6	-14,0	-2,6	-	10,4	0,0	-0,2	-	-	-	-	-
Lettland												
EU-KOM	-4,6	-18,0	-4,0	2,0	15,3	3,5	-3,7	-1,2	7,5	16,9	19,9	18,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-4,6	-18,0	-4,0	-	15,3	3,1	-3,5	-	-	-	-	-
Litauen												
EU-KOM	2,8	-18,1	-3,9	2,5	11,1	3,9	-0,7	1,0	5,8	14,5	17,6	18,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	3,0	-18,5	-4,0	-	11,1	3,5	-2,9	-	-	-	-	-
Polen												
EU-KOM	5,0	1,2	1,8	3,2	4,2	3,9	1,9	2,0	7,1	8,4	9,9	10,0
OECD	4,9	-0,4	0,6	-	4,2	3,5	1,8	-	7,1	9,0	11,6	-
IWF	4,9	1,0	2,2	-	4,2	3,4	2,6	-	-	-	-	-
Rumänien												
EU-KOM	6,2	-8,0	0,5	2,6	7,9	5,7	3,5	3,4	5,8	9,0	8,7	8,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	7,1	-8,5	0,5	-	7,8	5,5	3,6	-	-	-	-	-
Schweden												
EU-KOM	-0,2	-4,6	1,4	2,1	3,3	1,9	1,7	1,7	6,2	8,5	10,2	10,1
OECD	-0,4	-5,5	0,2	-	3,4	-0,4	0,9	-	6,2	8,7	11,4	-
IWF	-0,2	-4,8	1,2	-	3,3	2,2	2,4	-	6,2	8,5	8,2	-
Tschechien												
EU-KOM	2,5	-4,8	0,8	2,3	6,3	0,6	1,5	1,8	4,4	6,9	7,9	7,4
OECD	2,8	-4,2	1,4	-	6,3	1,6	0,3	-	4,4	6,9	9,2	-
IWF	2,7	-4,3	1,3	-	6,3	1,0	1,1	-	4,4	7,9	9,8	-

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 10: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

	BIP (real)					Verbrauc	herpreise		Arbeitslosenquote				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Ungarn													
EU-KOM	0,6	-6,5	-0,5	3,1	6,0	4,3	4,0	2,5	7,8	10,5	11,3	10,5	
OECD	0,4	-6,1	-2,2	-	6,0	4,5	4,1	-	7,9	10,7	11,7	-	
IWF	0,6	-6,7	-0,9	-	6,1	4,5	4,1	-	-	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2009.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009\ \&\ Regionaler\ Wirts chafts ausblick\ Europa, Oktober 2009.$

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Deutschland													
EU-KOM	0,0	-3,4	-5,0	-4,6	65,9	73,1	76,7	79,7	6,6	4,0	3,8	3,7	
OECD	-0,1	-3,7	-6,2	-	66,0	75,2	81,1	-	6,6	2,8	3,0	-	
IWF	-0,1	-4,2	-4,6	-	67,1	78,7	84,5	-	6,4	2,9	3,6	-	
USA													
EU-KOM	-6,4	-11,3	-13,0	-13,1	70,7	64,8	75,1	87,3	-4,9	-2,9	-3,4	-3,3	
OECD	-5,9	-10,2	-11,2	-	71,1	87,4	97,5	-	-4,7	-2,3	-2,4	-	
IWF	-5,9	-12,5	-10,0	-	70,4	84,8	93,6	-	-4,9	-2,6	-2,2	-	
Japan													
EU-KOM	-3,8	-8,0	-8,9	-9,1	173,1	189,8	197,6	206,0	3,2	1,8	2,0	1,0	
OECD	-2,7	-7,8	-8,7	-	172,1	189,6	199,8	-	3,2	1,4	1,9	-	
IWF	-5,8	-10,5	-10,2	-	196,6	218,6	227,0	-	3,2	1,9	2,0	-	
Frankreich													
EU-KOM	-3,4	-8,3	-8,2	-7,7	67,4	76,1	82,5	87,6	-3,3	-2,3	-2,2	-2,4	
OECD	-3,4	-6,7	-7,9	-	68,1	78,4	86,1	-	-1,9	-1,5	-1,5	-	
IWF	-3,4	-7,0	-7,1	-	67,5	76,7	82,6	-	-2,3	-1,2	-1,4	-	
Italien													
EU-KOM	-2,7	-5,3	-5,3	-5,1	105,8	114,6	116,7	117,8	-3,0	-2,4	-2,4	-2,4	
OECD	-2,7	-5,3	-5,8	-	105,8	114,2	118,6	-	-3,4	-4,0	-4,0	-	
IWF	-2,7	-5,6	-5,6	-	105,7	115,8	120,1	-	-3,4	-2,5	-2,3	-	
Vereinigtes Königreich EU-KOM	-5,0	-12,1	-12,9	-11,1	52,0	68,6	80,3	88,2	-1,6	-2,4	-1,6	-0,9	
OECD	-5,5	-12,8	-14,0	-	52,0	70,3	84,2	_	-1,7	-2,6	-2,4		
IWF	-5,1	-11,6	-13,2	_	52,0	68,7	81,7	_	-1,7	-2,0	-1,9		
Kanada							_						
EU-KOM		-	_	-	_	-		-	-	-	-	-	
OECD	0,1	-4,8	-5,9	-	68,4	77,7	82,0	-	0,5	-1,3	-1,4		
IWF	0,1	-4,9	-4,1	-	62,7	78,2	79,3	-	0,5	-2,6	-1,8	-	
Euroraum													
EU-KOM	-2,0	-6,4	-6,9	-6,5	69,3	78,2	84,0	88,2	-0,8	-0,7	-0,5	-0,5	
OECD	-1,9	-5,6	-7,0	-	69,9	79,2	86,0	-	-0,4	-1,1	-1,0		
IWF	-1,8	-6,2	-6,6	-	69,2	80,0	86,3	-	-0,7	-0,7	-0,3		
EU-27													
EU-KOM	-2,3	-6,9	-7,5	-6,9	61,5	73,0	79,3	83,7	-1,1	-0,7	-0,5	-0,4	
IWF	-0,9	-2,3	-6,9	-7,5		-		-	-0,5	-1,1	-0,8	-0,5	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2009.

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Belgien													
EU-KOM	-1,2	-5,9	-5,8	-5,8	89,8	97,2	101,2	104,0	0,2	0,6	0,9	0,8	
OECD	-1,2	-4,6	-6,1	-	89,8	96,7	102,9	-	-2,6	-0,2	-0,4	-	
IWF	-1,2	-5,8	-6,3	-	-	-	-	-	-2,5	-1,0	-0,9	-	
Finnland													
EU-KOM	4,5	-2,8	-4,5	-4,3	34,1	41,3	47,4	52,7	2,6	1,1	1,2	1,3	
OECD	4,1	-1,5	-2,8	-	33,4	40,7	45,0	-	1,7	0,4	0,4	-	
IWF	4,4	-2,9	-4,2	-	-	-	-	-	2,4	0,5	2,0	-	
Griechenland													
EU-KOM	-7,7	-12,7	-12,2	-12,8	99,2	112,6	124,9	135,4	-13,8	-8,8	-7,9	-7,7	
OECD	-5,0	-6,1	-6,7	-	97,6	103,4	108,3	-	-14,4	-12,9	-13,4	-	
IWF	-5,0	-6,4	-7,1	-	-	-	-	-	-14,4	-10,0	-9,0	-	
Irland													
EU-KOM	-7,2	-12,5	-14,7	-14,7	44,1	65,8	82,9	96,2	-5,1	-3,1	-1,8	-1,5	
OECD	-7,1	-11,5	-13,6	-	43,2	60,0	75,9	-	-4,5	-0,6	0,9	-	
IWF	-7,3	-12,1	-13,3	-	-	-	-	-	-5,2	-1,7	0,6	-	
Luxemburg													
EU-KOM	2,5	-2,2	-4,2	-4,2	13,5	15,0	16,4	17,7	5,5	9,4	11,2	12,2	
OECD	2,6	-2,4	-4,9	-	14,7	16,3	23,0	-	5,5	2,8	4,1	-	
IWF	1,4	-3,4	-4,4	-	-	-	-	-	9,1	7,6	7,0	-	
Malta													
EU-KOM	-4,7	-4,5	-4,4	-4,3	63,8	68,5	70,9	72,5	-5,6	-3,2	-2,8	-2,5	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,7	-4,5	-4,4	-	-	-	-	-	-5,6	-6,1	-6,1	-	
Niederlande													
EU-KOM	0,7	-4,7	-6,1	-5,6	58,2	59,8	65,6	69,7	4,2	3,1	3,1	3,9	
OECD	1,0	-4,4	-7,0	-	58,2	63,2	70,3	-	7,5	6,1	5,9	-	
IWF	0,9	-3,8	-5,7	-	-	-	-	-	7,5	7,0	6,8	-	
Österreich													
EU-KOM	-0,4	-4,3	-5,5	-5,3	62,6	69,1	73,9	77,0	3,6	1,5	1,4	1,8	
OECD	-0,5	-4,3	-6,1	-	62,6	70,0	76,0	-	3,8	1,6	1,6	-	
IWF	-0,5	-4,2	-5,6	-	-	-	-	-	3,5	2,1	2,0	-	
Portugal													
EU-KOM	-2,7	-8,0	-8,0	-8,7	66,3	77,4	84,6	91,1	-12,1	-10,2	-10,2	-10,2	
OECD	-2,7	-6,5	-6,5	-	66,4	74,9	81,3	-	-12,1	-9,5	-10,7	-	
IWF	-2,6	-6,9	-7,3	-	-	-	-	-	-12,1	-9,9	-9,7	-	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	uldenquot	е	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Slowakei													
EU-KOM	-2,3	-6,3	-6,0	-5,5	27,7	34,6	39,2	42,7	-6,8	-5,8	-5,3	-5,0	
OECD	-2,2	-4,9	-6,3	-	27,6	32,2	38,5	-	-6,5	-6,9	-6,2	-	
IWF	-2,5	-5,3	-4,4	-	-	-	-	-	-6,5	-8,0	-7,8	-	
Slowenien													
EU-KOM	-1,8	-6,3	-7,0	-6,9	22,5	35,1	42,8	48,2	-6,1	-0,8	-0,2	-0,6	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-0,3	-5,9	-5,6	-	-	-	-	-	-5,5	-3,0	-4,7	-	
Spanien													
EU-KOM	-4,1	-11,2	-10,1	-9,3	39,7	54,3	66,3	74,0	-9,5	-5,4	-4,6	-4,2	
OECD	-3,8	-9,1	-9,6	-	39,5	51,2	60,9	-	-9,5	-6,1	-5,6	-	
IWF	-3,8	-12,3	-12,5	-	-	-	-	-	-9,6	-6,0	-4,7	-	
Zypern													
EU-KOM	0,9	-3,5	-5,7	-5,9	48,4	53,2	58,6	63,4	-18,0	-11,6	-9,0	-7,7	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	0,9	-4,1	-6,3	-	-	-	-	-	-18,3	-10,0	-9,8	-	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2009.

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. H	aushaltssal	do		Staatssch	uldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Bulgarien													
EU-KOM	1,8	-0,8	-1,2	-0,4	14,1	15,1	16,2	15,7	-22,9	-13,7	-9,8	-7,9	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	3,0	-0,8	-1,8	-	-	-	-	-	-25,5	-11,4	-8,3	-	
Dänemark													
EU-KOM	3,4	-2,0	-4,8	-3,4	33,5	33,7	35,3	35,2	2,2	1,9	2,2	2,9	
OECD	3,4	-2,4	-4,1	-	33,3	39,7	44,5	-	2,0	1,5	2,5	-	
IWF	3,4	-1,3	-3,5	-	-	-	-	-	1,0	1,1	1,5	-	
Estland													
EU-KOM	-2,7	-3,0	-3,2	-3,0	4,6	7,4	10,9	13,2	-9,1	3,9	1,3	-0,3	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-2,3	-3,8	-3,0	-	-	-	-	-	-9,3	1,9	2,0	-	
Lettland													
EU-KOM	-4,1	-9,0	-12,3	-12,2	19,5	33,2	48,6	60,4	-13,0	6,8	5,4	3,4	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,4	-13,0	-12,0	-	-	-	-	-	-12,6	4,5	6,4	-	
Litauen													
EU-KOM	-3,2	-9,8	-9,2	-9,7	15,6	29,9	40,7	49,3	-12,4	0,1	0,3	-0,4	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-3,3	-10,3	-7,6	-	-	-	-	-	-11,6	1,0	0,5	-	
Polen													
EU-KOM	-3,6	-6,4	-7,5	-7,6	47,2	51,7	57,0	61,3	-5,1	-1,9	-2,8	-3,2	
OECD	-3,9	-6,3	-7,6	-	47,1	53,1	59,8	-	-5,5	-3,5	-3,3	-	
IWF	-3,1	-5,8	-6,5	-	-	-	-	-	-5,5	-2,2	-3,1	-	
Rumänien													
EU-KOM	-5,5	-7,8	-6,8	-5,9	13,6	21,8	27,4	31,3	-12,3	-5,5	-5,5	-5,7	
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-4,9	-7,3	-5,9	-	-	-	-	-	-12,4	-5,5	-5,6	-	
Schweden													
EU-KOM	2,5	-2,1	-3,3	-2,7	38,0	42,1	43,6	44,1	8,3	7,8	7,9	8,3	
OECD	2,5	-3,3	-4,5	-	38,0	43,6	47,7	-	8,3	7,4	7,5		
IWF	2,5	-3,5	-3,9	-	-	-	-	-	7,8	6,4	5,4	-	
Tschechien													
EU-KOM	-2,1	-6,6	-5,5	-5,7	30,0	36,5	40,6	44,0	-3,3	-2,5	-1,4	-0,8	
OECD	-1,4	-4,5	-4,9	-	29,9	31,5	34,2	-	-3,0	-1,4	1,0	-	
IWF	-1,4	-6,0	-7,0	-	-	-	-	-	-3,1	-2,1	-2,2		

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	uldenquot	e	Leistungsbilanzsaldo				
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	
Ungarn													
EU-KOM	-3,8	-4,1	-4,2	-3,9	72,9	79,1	79,8	79,1	-6,6	-1,3	-1,7	-1,8	
OECD	-3,4	-4,2	-4,2	-	72,6	78,8	83,1	-	-8,2	-4,0	-3,2	-	
IWF	-3,4	-3,9	-3,8	-	-	-	-	-	-8,4	-2,9	-3,3	-	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2009.

OECD: Wirtschaftsausblick, Juni 2009.

IWF: Weltwirts chafts ausblick, Oktober 2009 & Regionaler Wirtschafts ausblick Europa, Oktober 2009.

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, November 2009

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X